

Lateinamerika

Im Verlag Klaus Dieter Vervuert



Frauke Gewecke: **Die Karibik. Zur Geschichte, Politik und Kultur einer Region.** 165 S., DM 16,80.

Die Karibik steht heute als Konfliktherd zwischen Großmachtinteressen und Neokolonialismus einerseits und den Bemühungen um nationale Unabhängigkeit und regionale Integration andererseits im Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses. Das vorliegende Buch ist eine zusammenhängende Einführung in die Geschichte, Politik und Kultur dieser Region, die trotz der starken naturräumlichen wie politischen Fragmentierung und der sprachlichen Vielfalt das Bild eines relativ einheitlichen Kulturraums vermittelt. Im ersten Teil werden die heute aktuellen Probleme in ihrem historischen Kontext

analysiert, von der Entdeckung durch Kolumbus 1492 bis zur Invasion der USA in Grenada 1983 und ihren Folgen.

Im zweiten Teil wird anhand von kulturellen, vorwiegend literarischen Zeugnissen das Ringen um eine nationale oder karibische Identität nachgezeichnet, von den ersten Ansätzen eines patriotischen bzw. kreolischen Selbstverständnisses im 19. Jhd. über die afro-amerikanischen Bewegungen (Harlem Renaissance, Afrocubanismo, Négritude) bis zu den heutigen Äußerungsformen einer Binnen- oder Alternativkultur (Rasta und Reggae).

Weitere Titel:

Dieter Eich: **Ayllu und Staat der Inka. Zur Diskussion der asiatischen Produktionsweise.** 311 S., DM 28,-.

Aufgrund der Analyse von Primärquellen aus der Zeit der Conquista und der Forschungsergebnisse der neueren peruanischen Diskussion stellt der Verfasser den Gemeinplatz, den die Inka innerhalb der Theorie der asiatischen Produktionsweise einnehmen, in Frage. Er weist durch die Beschreibung der vorherrschenden Produktionsweise im Tahuantinsuyu nach, daß die historische Realität des Inkareiches der Theoriebildung über sie widerspricht.

Clarita Müller-Plantenberg: **Überlebenskampf und Selbstbestimmung. Zur Arbeiter- und Volksbewegung in kolumbianischen Städten.** 195 S., DM 16,80.

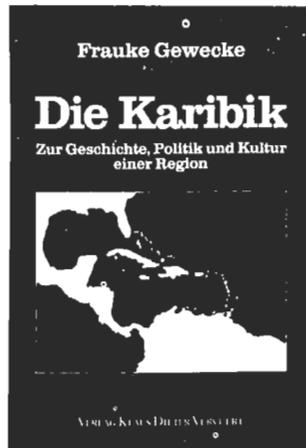
Absicht dieser Studie ist es, die Organisation und die Möglichkeiten des Widerstands der Arbeiter und weiterer Sektoren des Volkes in einem Land aufzuzeigen, das von wenigen inländischen Familien und ausländischen Wirtschaftsinteressen beherrscht wird.

Clarita Müller-Plantenberg: **Frauen und Familie im gesellschaftlichen Befreiungsprozeß. Drei Analysen zur chilenischen Situation zwischen 1964 und 1982.** 170 S., DM 16,80.

Die drei Aufsätze dieses Bandes behandeln: 1. den Versuch der Unidad Popular, die gesellschaftliche und damit auch die familiäre Arbeitsteilung zu verändern, 2. die Frage nach der Logik des Handelns bürgerlicher und proletarischer Frauen im Klassenkampf, 3. den Widerstand unter der Militärdiktatur.

Norbert Schmidt-Relenberg/Hartmut Kärner/Volkmar Köhler: **Selbstorganisation der Armen. Ein Bericht aus Venezuela.** 125 S., DM 12,80.

Dieser Bericht aus Venezuela, die Analyse der Armut in den venezolanischen Städten, die Beschreibung der Selbsthilfeversuche, ist ein Plädoyer für die Armen Lateinamerikas.



Verlag Klaus Dieter Vervuert

Wielandstr. 40, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/599615

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 129

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

August 1984

Solidaritätspreis DM 4,-

Aus dem Inhalt
dieser Nummer:

BRASILIEN:

Wann kommen die
Direktwahlen? —
Die Bewegung der
Landlosen —

VERSCHULDUNG:

Das Schuldnerkartell
ist nicht in Sicht —
**DOMINIKANISCHE
REPUBLIK:**

Millionenpoker um
GULF AND WESTERN
URUGAY:

Vier Monate vor den
Wahlen —

MEXIKO/USA:

Altes Unrecht in
neuen Kleidern

PERU:

Was können die
Wahlen bringen?

EL SALVADOR:

Krieg und Ökologie



PABLO NERUDA – 80 Jahre

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:.....	5
– BRASILIEN: Wann kommen die Direktwahlen	7
Die Bewegung der Landlosen	14
– VERSCHULDUNG: Trotz wachsender Schulden – Das Kartell ist nicht in Sicht	21
– DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Millionenpoker in Santo Domingo	24
– CHILE: Pablo Neruda, 80 Jahre	30
– URUGUAY: Vier Monate vor den nationalen Wahlen	36
– MEXIKO/USA: Altes Unrecht in neuen Kleidern	42
– MEXIKO/GUATEMALA: Guatemaltekkische Flüchtlinge in Mexiko – wieder auf der Flucht	48
– PERU: Was können die Wahlen bringen?	53
– EI SALVADOR: Krieg und Ökologie	57
– SOLIDARITÄT mit den politischen Geiseln in Uruguay	60
– BRD – NICARAGUA: Städtepartnerschaft Nürnberg – San Carlos.....	62
Wende jetzt auch im Bereich der Jugendhilfe	63
– REZENSIONEN: Isabel Allende: Das Geisterhaus	64
Die Karibik – Zur Geschichte, Politik und Kultur einer Region	65
Eroberer und Eroberte	67
Von Dollars und Kanonen	70
– ZEITSCHRIFTENSCHAU	71
– INGEANGANGENE BÜCHER	72

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12. Juli 1984

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 862 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

NEUERSCHEINUNG

edition FDCL 6

Michael Rediske NICARAGUA – Der Niedergang der Diktatur und die Genese der Sandinistischen Revolution

(Arbeitstitel)

Hauptverantwortlich für die gegenwärtigen Schwierigkeiten Nicaraguas ist zweifelsohne die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der US-Regierung. Dennoch bleiben bisherige Erfolge und Fehlschläge dieser Intervention kaum verständlich ohne die Vorgeschichte der Sandinistischen Revolution.

Wie in weniger als zwei Jahren aus einer stagnierenden und isolierten Guerilla die Führung eines erfolgreichen Volksaufstandes werden konnte, untersucht dieses Buch. Es versucht dabei, möglichen Mystifizierungen des Befreiungskampfes entgegenzuwirken: So enorm die Sprengkraft von Befreiungsorganisation und Massenbewegung in Nicaragua war, so spezifisch und unwiederholbar sind die Bedingungen dieses Erfolgs, die hier dargestellt werden.

Obwohl ursprünglich als Dissertation verfasst, liefert dieses Buch eine allgemein verständliche Darstellung von Aufstieg und Konsolidierung der Somoza-Diktatur (1933 - 1972), des Weges in die Regimekrise (1973 - 1977) und des mit ungeheurer Schnelligkeit ablaufenden Prozesses der Jahre 1978 und 1979. Eine taktisch kluge Bündnispolitik der Sandinisten und ihre direkte offensive Konfrontation mit der Diktatur entreißen den bürgerlichen Akteuren - auch den USA - mehr und mehr die Initiative und lassen die Befreiungsbewegung schließlich die einzige Alternative zu Somoza werden.

Doch hat der rasche Volksaufstand zwar den Gewaltapparat der Nationalgarde, aber längst nicht alle ideologischen Elemente der bürgerlichen Herrschaft in Nicaragua überwinden können. So beschäftigt sich der letzte Abschnitt des Buches damit, welche Folgen die Geschichte dieses Kampfes heute hat:

Der Schwenk der katholischen Kirche gegen Somoza, internationale Bündnisse der Sandinisten mit bürgerlichen Regierungen, die geringe Beteiligung der ländlichen Bevölkerung an den Aufständen werden als Wurzeln der Wiederbelebung bürgerlicher Herrschaftselemente gerade in den Konflikten vor den angekündigten Wahlen analysiert.

Das Buch hat ca. 280 Seiten und kostet DM 19,80

Es erscheint im September 1984.

Subskriptionspreis DM 15,- (incl. Porto) bei Bestellungen gegen Vorauskasse (Verrechnungsscheck der Bestellung beifügen) bis zum 15. 9. 1984 an

LN-Vertrieb

Gneisenaustraße 2

1000 Berlin 61

Einladung zur Subskription:

Stabsammelmappen für die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Viele Leser sammeln die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN bereits seit Jahren. Einen Jahrgang binden zu lassen kostet inzwischen fast so viel wie das Jahresabonnement. Wir haben eine preiswertere Lösung gesucht und gefunden:

Stabsammelmappen aus strapazierfähiger kartonverstärkter PVC-Folie.
Jede Stabsammelmappe fasst einen Jahrgang (11 Hefte plus Index).

Diese Mappen auf Verdacht herstellen zu lassen und womöglich unverkauft über längere Zeit im Lager liegen zu haben läßt die Finanzlage der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN nicht zu.

Deshalb laden wir ein zur Subskription:

Wenn eine genügend große Anzahl von Stabsammelmappen bis zum 1. September bestellt werden, geben wir die Herstellung in Auftrag.

PREISE (bei Bestellung bis 1. 9. 84):

1 Stabsammelmappe	DM 10,-- (incl. Porto)
2 Stabsammelmappen	DM 19,-- (incl. Porto)
3 Stabsammelmappen	DM 28,-- (incl. Porto)
jede weitere Mappe	DM 8,50

Nach dem 1. 9. 84 wird der Preis pro Stabsammelmappe DM 12,-- zzgl. Porto betragen.

bitte ausschneiden und einsenden an:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

Ich bestelle zur Subskription

... Stück Stabsammelmappen

.....
Name

.....
Strasse

.....
PLZ Ort

.....
Datum Unterschrift

bitte ausschneiden und einsenden an:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

Ich bestelle zum Subscriptionspreis:

... Ex. Rediske "NICARAGUA - Der Niedergang der Diktatur und die Genese der Sandinistischen Revolution"

.....
Name

.....
Strasse

.....
PLZ Ort

.....
Datum Unterschrift

Einen Verrechnungsscheck über DM ,-- lege ich bei.

Zu diesem Heft

Bundeskanzler Kohl reist durch die Welt - im Namen der freien Marktwirtschaft und des freien Westens. Er "verströmte viel politische Zuversicht und Hoffnung", meinte das Handelsblatt (9.7.1984). Vor allem aber verströmte er die Überzeugung, die hochverschuldeten Länder Argentinien und Mexico müßten "opfervolle" Eigenanstrengungen erbringen, um die Schulden zurückzahlen zu können. Die Konzerne, die mit ihrer Kapitalflucht nach neuesten Schätzungen etwa für ein Drittel der Schulden verantwortlich sind, sind von derartigen Anstrengungen natürlich ausgenommen. Dagegen zeigt die "vorbildliche Sparpolitik" der mexicanischen Regierung den richtigen Weg (und die eigentlichen Opfer): Sie kürzt die Sozialleistungen, nimmt Entlassungen im öffentlichen Dienst vor, verhängt eine restriktive Lohnpolitik und unterdrückt die Gewerkschaften - ganz im Sinne der CDU-Sparpolitik.

In beiden Ländern stehen die Direktinvestitionen der Bundesrepublik an zweiter Stelle nach denen der USA. So kommt es nicht von ungefähr, daß eine Delegation hochkarätiger Wirtschaftsvertreter den Kanzler begleitete; sie unterstützten mit ihren Bedingungen für mögliche zukünftige Investitionen die Argumente des Kanzlers: es ist wichtiger, die Schulden zu bezahlen, als die Bevölkerung zu ernähren (die vergibt nämlich keine Kredite). So wird dann die Situation der "überschaubaren Risiken" geschaffen, die bundesdeutsche Investoren mögen.

Und da Kohl sich ja auch als Weltpolitiker profilieren will, hofft er lauthals auf eine friedliche Lösung des Konflikts in Mittelamerika - natürlich ganz im Sinne der USA. Als besonderen Clou verkündete er die Einberufung einer Konferenz der wichtigsten Regierungschefs nach Costa Rica, um die Krise in Zentralamerika zu beenden. Durfte da der brave kleine Bruder als das Sprachrohr der westlichen Führungsmacht fungieren oder war es nur ein bunter Luftballon, der dem Gehirn des mittlerweile weitgereisten Kanzlers entstieg?

Die innenpolitischen Begleitöne zur Friedensinitiative kamen von Familienminister Geißler: Da es der Sandinistischen Jugendorganisation an "Pluralität" fehlt, strich sein Ministerium dem Verband Christlicher Pfadfinder den Zuschuß zu dem Besuch bei der befreundeten Organisation in Nicaragua.

Geißler war überhaupt groß in Fahrt: In seiner bekannt frauenfreundlichen Art will er werdende Mütter vor Pro Familia schützen, auf daß Schwangerschaftsabbrüche in Zukunft noch schwieriger zu erreichen sind. Ganz seiner Meinung ist da auch Papst Johannes Paul II, der gerade die Gültigkeit der Enzyklika Humanae Vitae mit ihrem Verhütungsverbot bekräftigt hat. Die Weltbank dagegen hat eine Studie veröffentlicht, die ein Bevölkerungswachstum von 2,5 Mrd. (1950) auf 10 Mrd. (2050) voraussagt; sie will deshalb in Zukunft verstärkt Kredite für Familienplanung vergeben. Ob Geißler nun dafür plädieren wird, die bundesdeutschen Zahlungen an eine Institution einzustellen, die Verhütung und Schwangerschaftsabbruch geradezu fördert?

In den letzten Monaten scheint Lateinamerika - folgt man der bundesdeutschen Presse - vor allem aus Schulden und mehr oder weniger zahlungsunfähigen Regierungen zu bestehen. Als diese sich Ende Juni in Cartagena trafen, sorgten sich einige Blätter bereits über ein mögliches Schuldnerkartell (das internationale Kartell der Großbanken erregt da weniger Besorgnis). Aber Cartagena hat lediglich wie die früheren Konferenzen gezeigt, daß eine konzertierte Aktion der Schuldnerländer derzeit keine Aussichten auf Realisierung hat. Es bleibt bei allgemeinen Prinzipienklärungen und Lamentos über die Schuldenlast.

Das alles beherrschende Schulden Thema wurde in Bolivien kurzfristig durch den Putschversuch vom 30. 6. in den Hintergrund gedrängt. Nach letzten Informationen wurde der Putsch durchgeführt von der Anti-Drogen-Polizei, genannt die "Leoparden". Die Beteiligung an der Verschwörung ging aber durch alle Parteien. Unzufriedene mit der Regierung Siles Zuazo von den Banzeranhängern über die MNR bis hin zum MIR waren beteiligt. Über die Absichten und Ziele der Verschwörer ist uns bislang nichts bekannt. Der Putschversuch scheiterte offensichtlich vor allem deshalb, weil einer der Verschwörer, ein hoher Regierungsbeamter, Verdacht erregte, sich absetzte und ohne Absprache mit den Armee-Einheiten das Signal zum Losschlagen verfrüht gab, und die möglichen Mitverschwörer im Militär es daraufhin vorzogen, sich nicht an dem Abenteuer zu beteiligen.

Der vierte Generalstreik der COB in diesem Jahr stellte die Forderung nach der Wiedereinführung der gleitenden Lohnskala auf. Die Regierung hatte diese bereits früher verkündet, sich dann aber nicht an ihre Versprechen gehalten. Da die bolivianische Regierung sich offensichtlich nur durch massiven Druck seitens der Gewerkschaften dazu zwingen läßt, ihre Versprechungen einzuhalten, sah sich die COB gezwungen, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. (Da wir über die hier wiedergegebenen Informationen hinaus kein weiteres Material haben, können wir in dieser Nummer keinen Bericht zu den Ereignissen der letzten Wochen bringen.)

In Uruguay ist Bewegung in die starren Verhältnisse unter der Militärdiktatur gekommen. Die Rückkehr des Führers der Blanco-Partei, Wilson Ferreira Aldunate und seine sofortige Inhaftierung gehören in den widersprüchlichen Liberalisierungsprozeß, in dem sich die demokratischen Parteien immer mehr Spielräume erkämpfen, die Militärs - und zunehmend paramilitärische Gruppen - weiterhin entführen, foltern und morden. U.a. hält die Diktatur seit über zehn Jahren neun ehemalige Tupamaro-Mitglieder als Geiseln gefangen - d.h. ohne Gerichtsverfahren und mit der Drohung, sie bei regimfeindlichen Aktionen zu ermorden.

Am 12. Juni wäre Pablo Neruda 80 Jahre alt geworden. Mit einem Artikel und einigen seiner Gedichte wollen wir an den Dichter und Politiker erinnern, der kurz nach dem Putsch von 1973 starb.

Unter die Rubrik "was fehlt" fallen diesmal vor allem Honduras und Nicaragua. Die verblüffende Kehrtwendung in der Außenpolitik von Honduras ist offensichtlich als Versuch zu verstehen, für die Unterstützung der Aktionen der Contras und der Interventionspolitik mehr Geld zu kassieren. Die Haltbarkeit des Sinneswandels wird wohl vor allem von der Spendierfreude der USA abhängen.

Am 19. Juli ist der 5. Jahrestag des Sturzes der Somozadiktatur in Nicaragua. Die FSLN wird diesen Jahrestag sicher nicht mit uneingeschränktem Jubel und Optimismus begehen können. Die ständige kriegerische Intervention sowie die Konflikte im Vorfeld der für November angekündigten Wahlen dürften die Feiern überschatten. Minister Jaime Wheelock hat in diesem Zusammenhang die endgültige Aufhebung der Pressezensur und einiger Bestimmungen des Ausnahmezustandes für den 19. Juli angekündigt, womit der Wahlkampf dann auch offiziell eröffnet sein wird.

ZWEI WICHTIGE HINWEISE FÜR DIE ABONNENTEN DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Wegen der Sommerpause der Redaktion erscheint das nächste Heft (LN 130) Ende September.

Wir gratulieren den Abonnenten, die eine neue Wohnung gefunden haben und wünschen ihnen einen guten Umzug. Wir bitten sie jedoch, spätestens eine Woche vor dem Umzug die neue Adresse, die bisherige Adresse, den Umzugstermin und - wenn noch bekannt - die letzte Abrechnungsnummer mitzuteilen (Postkarte genügt)! Das verschenkte Porto für als "unbekannt verzogen" zurückgesandte Hefte summiert sich innerhalb eines Jahres auf DM 1 000,-.

BRASILIEN

Wann kommen die Direktwahlen?

In den ersten vier Monaten dieses Jahres gab es in Brasilien die größten Demonstrationen und politische Massenveranstaltungen, die das Land je gesehen hatte. Weit über 20 Millionen Menschen im ganzen Land gingen auf die Straße - bei einer einzigen Veranstaltung in São Paulo wurden 1,7 Mio. Teilnehmer geschätzt - mit dem Slogan, der fast alle existierenden ideologischen Unterschiede und regionalen Disparitäten überwand: "Diretas Já!" (Direktwahlen jetzt!). Die Brasilianer wollen die letzte Etappe in dem nun schon 10 Jahre dauernden und sich mühsam dahin schleppenden Prozeß der "Abertura", der politischen Öffnung, endlich erreichen und den Nachfolger des jetzigen Präsidenten Figueiredo direkt wählen, dessen Amtszeit im März 1985 ausläuft. In verschiedenen taktischen Schritten hatte das Regime bereits versucht, hinter einer demokratischen Fassade ihre Macht mit allen Mitteln zu erhalten. Wichtigstes Instrument hierfür soll das "Colégio Eleitoral" sein, ein Wahlmännnergremium, das den neuen Präsidenten unter Ausschluß der Öffentlichkeit wählt, und dessen Zusammensetzung vorsichtshalber in der Weise organisiert wurde, daß die Nachfolgefrage im Sinne des Regimes ausfallen würde (siehe LN 126). Doch diese Rechnung scheint nun nicht aufzugehen.

DIRETAS JA!

Die Bewegung für die *diretas já* wird von allen Oppositionsparteien, wie auch von anderen wichtigen Sektoren der brasilianischen Gesellschaft, wie Gewerkschaften, Verbände, Kirchen, usw. getragen. Weit über 80% der Bevölkerung sprach sich in Umfragen dafür aus. Doch zentrales Hindernis zur Realisierung von Direktwahlen ist noch die gegenwärtige Rechtslage, denn die Indirektwahl des Präsidenten ist in der Verfassung festgeschrieben. Deshalb hat Dante de Oliveira, Abgeordneter der größten Oppositionspartei PMDB (Partido Movimento Democrático Brasileiro), einen Verfassungsänderungsantrag in den Kongreß eingebracht, der freilich eine 2/3-Mehrheit benötigte. Aufgrund der Repräsentation der einzelnen Parteien im Abgeordnetenhaus und im Senat war allerdings eine solche Mehrheit nicht zu erwarten. Dennoch gelang es der massiven Bewegung auf der Straße, das Regierungslager zu verunsichern und erreichte, daß immer mehr Politiker der Regierungspartei PDS (Partido Democrático Social) mit Direktwahlen sympathisierten. Neben dem öffentlichen Druck gibt es hierfür allerdings auch noch parteiinterne Gründe, denn bei der PDS handelt es sich keineswegs um eine geschlossene Partei, auch daran erkennbar, daß sie immerhin vier Präsidentschaftskandidaten präsentiert.

Am 25./26. April wurde dann über den Antrag von Dante de Oliveira im Kongreß abgestimmt. Um die Abgeordneten und Senatoren nicht dem öffentlichen Druck auszusetzen und diese "frei" abstimmen zu lassen, war der Ausnahmezustand über die Hauptstadt verhängt worden, was mit einem Demonstrationsverbot verbunden war. 320 Stimmen wären im Abgeordnetenhaus für eine Änderung notwendig gewesen, doch der Antrag erreichte nur 298 Stimmen. Aber immerhin hatten 54 PDS-Abgeordnete die Seiten gewechselt, was sowohl die internen Auseinandersetzungen im Regierungslager reflektierte, als auch fortan diese Auseinandersetzungen noch verstärkte. Was eine noch größere Zahl von PDS-Abgeordneten daran hinderte, für den Änderungsantrag der Opposition zu stimmen, war die Tatsache, daß Präsident Figueiredo wenige Tage vor der Abstimmung ein eigenes Projekt für eine Verfassungsreform in den Kongreß einbrachte, in dem unter anderem die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von derzeit 6 Jahren auf 4 Jahre enthalten war, wie auch die Einführung von Direktwahlen für den Nachfolger seines Nachfolgers, also 1988. Mit diesem Angebot konnten noch eine Reihe von Zweiflern in der Partei gehalten werden.

Die Niederlage des Oppositionsantrages hatte, obwohl es für den genauen Beobachter keine Sensation war, zunächst verheerende Folgen für die Brasilianer. Man sprach der "Frustration einer ganzen Nation" und diese hatte dann auch zu einer schnellen Entleerung der Bewegung geführt. Die befürchteten gewalttätigen Reaktionen größeren Ausmaßes sind allerdings ausgeblieben. Ebenfalls ausgeblieben sind die großen Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition über das weitere Vorgehen. Schon nach wenigen Tagen, nachdem der Schock einigermaßen überwunden war, begannen informelle Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung, denn trotz der Abstimmungsniederlage ging die Opposition eher gestärkt aus der Situation hervor, während die siegende PDS eher noch mehr geschwächt war als vorher.

DIE SITUATION DER OPPOSITIONSPARTEIEN

Die PMDB, größte Oppositionspartei mit eigenem Präsidentschaftskandidaten, hat die der Niederlage folgenden Diskussionen über das weitere Vorgehen erstaunlich gut überstanden. Zwar gibt es auch eine sog. "Grupo Só Diretas" (Gruppe-Nur-Direktwahlen), doch hat sich die große Mehrheit der Partei auf ein zweigleisiges Vorgehen geeinigt. Während die Forderung "diretas já" noch immer im Vordergrund steht, werden gleichzeitig Verhandlungen mit der PDS geführt, die ja nur zum Ziel haben können, einen Kandidaten des "nationalen Konsens" zu finden, der dann gemeinsam von PDS und den Oppositionsparteien im Colégio Eleitoral indirekt gewählt werden würde. Da eine Verfassungsänderung in dieser Frage im Moment parlamentarisch nicht durchsetzbar ist, will sich die PMDB nicht die Möglichkeit verbauen, wenigstens ihren Kandidaten indirekt zu wählen.

Diese Einschätzung herrscht auch in der PDT (Partido Democrático Trabalhista) vor. Obwohl ihr Vorsitzender und Gouverneur von Rio de Janeiro Leonel Brizola selbst Ambitionen zur Präsidentschaft zu haben scheint, ist die Partei zu schwach, um diesen Anspruch geltend machen zu können und die Unterstützung der anderen Oppositionsparteien zu erlangen. Außerdem gilt der Sozialist Brizola in Brasília als Persona ingrata, und würde möglicherweise Reaktionen der Militärs hervorrufen. Brizola hat deshalb auch die Unterstützung des PMDB-Kandidaten zugesagt.



Aureliano Chaves. Vize-Präsident und "Anführer" der PDS-Dissidenten.

Auch bei der PT (Partido dos Trabalhadores) ist eine ähnliche Position zu erwarten, wenngleich sich der Vorsitzende "Lula" persönlich gegen eine Beteiligung seiner Partei am Colégio Eleitoral ausgesprochen hat. Sollte aber die Möglichkeit für Direktwahlen 1984/85 endgültig begraben sein und sich mit den Stimmen der PT ein PDS-Präsident verhindern lassen, würde sie eine Beteiligung wohl kaum verweigern können.

Obwohl sie parteipolitisch nicht zur Opposition gehören, sind sie es in der Frage der Präsidentschaftsnachfolge doch - die PDS-Dissidenten. Ihre Zahl ist seit Januar ständig gestiegen und sie sind es möglicherweise, die die taktischen Vorüberlegungen des Regimes zum Machterhalt zunichte machen können. Auch wenn diese Parlamentarier nicht die Fraktionen wechseln können, da sie sonst ihre Mandate verlieren (ebenfalls ein juristisches Mittel der Regierung, Parteidis-

ziplin zu wahren), sind sie im Colégio Eleitoral frei in ihrer Entscheidung. Ob ihre Zahl noch weiter zunimmt, hängt wesentlich von der innerparteilichen Entwicklung der PDS ab.

DIE SITUATION DER REGIERUNGSPARTEI

Die PDS befindet sich bereits seit geraumer Zeit in der Krise. Spätestens aber seit den Wahlen im November 1982, wo sie zwar, wenn auch mit Hilfe einiger Tricks, noch die knappe Mehrheit behaupten konnte, ist der Verfall immer deutlicher geworden. Sie hat fast alle wichtigen Bundesstaaten verloren und verwaltet im Grunde nur noch des Erbe der Militärdiktatur in Brasília, das sie immer wieder versucht, mit demokratischen Kleidern zu schmücken. Aber selbst mit der innerparteilichen Demokratie (von der außerparteilichen ganz zu schweigen) ist es nicht weit her, die Regierung ist nicht nur vom



Paulo Maluf. PDS-Abgeordneter aus São Paulo. Umstrittener Favorit für indirekte Wahlen.

Parlament, sondern auch von der eigenen Partei weitgehend abgekoppelt. Die Frage der Präsidentschaftsnachfolge hat diese inneren Widersprüche nun immer mehr offen zutage treten lassen.

Nachdem Präsident Figueiredo, anders als seine Vorgänger, die Nachfolgerfrage nicht selbst entschied, sondern die Entscheidung der PDS übertrug, begann ein harter Machtkampf innerhalb des Regierungslagers. Vier Kandidaten gibt es in der Partei, wovon auf dem Parteitag der PDS Anfang September ein einziger Kandidat ausgewählt wird, der sich dann dem Colégio Eleitoral zur Wahl präsentiert. Zwei dieser Kandidaten, Aureliano Chaves, Vize-Präsident, aus Minas Gerais stammend, und der Senator M. Maciel aus Pernambuco gelten bereits als Außenseiter in diesem Rennen. Der Innenminister Mário Andreazza galt bislang als Favorit, doch scheint er nun in den Rückstand geraten zu sein gegenüber Paulo Maluf, Abgeordneter aus São Paulo (siehe auch LN 126). Beide gelten, obwohl sie nicht Militärs sind, als feste Vertreter des Regimes und zeichnen sich besonders durch Skrupellosigkeit in Sachen Korruption aus. Beide setzen auf das Colégio Eleitoral, denn nur dort können sie gewinnen.

Maciel und vor allem Aureliano Chaves, der als "Anführer" der PDS-Dissidenten gilt, haben sich angesichts dieser Situation für Direktwahlen ausgesprochen. Wenngleich sie noch eine Minderheit in ihrer Partei repräsentieren, ist vor allem Aureliano Chaves eine einflußreiche Persönlichkeit und ein wichtiger Ansprechpartner für die Opposition, die, sei es zur Erreichung von Direktwahlen bei einer neuen Abstimmung im Kongreß, oder sei es zur Wahl eines eigenen Kandidaten im Colégio Eleitoral, Stimmen aus dem PDS-Lager benötigt.

Die Trennungslinie diretas/indiretas hat inzwischen so tiefe Gräben in die Partei gerissen, daß innerhalb von zwei Wochen zwei Parteivorsitzende verschlissen wurden. Bei dem jetzigen Vorsitzenden handelt es sich um den reaktionären Senator aus Rio de Janeiro, Amaral Peixoto, was als Sieg der "linha dura" in der Partei gesehen wird. Zentraler Streitpunkt beim Parteivorsitz war eine interne Kompromißformel, um die Kandidatenfrage nach innen "demokratischer" zu lösen und um nach außen hin mehr Legitimität der Kandidatur zu erreichen. Die Formel hieß Vorwahlen. Nach US-amerikanischem Vorbild sollte die Parteibasis konsultiert werden, um auf dem Parteitag dann auf diesem Ergebnis basierend den Kandidaten endgültig zu bestimmen. Selbstredend, daß der Spitzenkandidat Maluf sich weigerte diese Vorwahlen zu akzeptieren. Denn während er noch in der Lage ist, eine bestimmte Anzahl von Delegierte zu kaufen, so würde ihm das mit der ganzen Parteibasis nicht gelingen.

DAS EI DES KOLUMBUS

Die Spannungen in der Regierungspartei nehmen inzwischen auch noch zu, nachdem die Regierung einen weiteren Coup gelandet hat. Unmittelbar vor der Abstimmung über den Oppositionsantrag im April hatte Figueiredo ein Änderungspaket im Kongreß eingereicht, vor allem um mögliche Dissidenten zurückzuhalten. Jetzt wurde dieser Antrag von der Regierung wieder zurückgezogen. Grund dafür war das "Ei des Kolumbus", wie es der Parteivorsitzende der PMDB Ulysses Guimarães nannte, für die Einführung der Direktwahl, das der Präsident mit diesem Antrag beinahe selbst gelegt hätte. Die Opposition plante nämlich, diesem Antrag zuzustimmen, beabsichtigte aber zu beantragen, daß jener Paragraph aus dem Antrag herausgelöst werde, der für die nächste Präsidentschaftswahl ausnahmsweise noch einmal indirekte Wahlen vorsah.

Für die Herauslösung dieses Paragraphen hätte die einfache Mehrheit im Kongreß ausgereicht, was die Opposition hätte erreichen können. Um den Paragraphen dann aber wieder gesondert aufnehmen zu können, hätte die PDS eine 2/3-Mehrheit benötigt, was ihr kaum gelungen wäre. Dadurch hätte die Regierung ungewollt und indirekt die Direktwahl schon für 1985 ermöglicht. Nach dem Rückzug des Antrages haben die Regierung und die PDS allerdings noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Demokratisierung des Landes verspielt.



Tancredo Neves. Gouverneur aus Minas Gerais. Kandidat des "nationalen Konsens" für direkte oder indirekte Wahlen.

TANCREDO JA!

Während Regierung und PDS sich immer mehr in Rückzugsgefechten verschleißen, hat die Opposition die Suche nach dem Kandidaten des "nationalen Konsens" abgeschlossen. Obwohl Ulysses Guimarães bislang offizieller Kandidat der Opposition war, galt er nicht unbedingt als der ideale. Wenn es um den Kandidaten ging, der auf breite Unterstützung in den Oppositionsparteien, in der Bevölkerung, in den organisierten gesellschaftlichen Gruppen, und nicht zuletzt in Teilen der PDS rechnen konnte, war schon seit längerem der Name Tancredo Neves genannt worden. Vor kurzem hat er nun seine Kandidatur auch öffentlich gemacht. Der 74-jährige Gouverneur aus Minas Gerais ist seit fast 50 Jahren in der Politik aktiv und gilt als geschickter Berufspolitiker, der für die unterschiedlichsten politischen Strömungen akzeptabel scheint, und vor allem auch bei Teilen der PDS als Kompromißkandidat Chancen hat. Schon jetzt spricht man in Brasilien vom "acordo mineiro", der Übereinkunft der beiden "mineiros" Tancredo Neves und Aureliano Chaves, eine Art historischer Kompromiß zwischen Opposition und Regierung. Gelingt es dieser vorläufigen Übereinkunft noch eine solidere Basis zu verschaffen, so würde der Zusammenhalt der PDS ernsthaft gefährdet. Schon jetzt signalisiert eine wachsende Zahl von unzufriedenen PDS-Politikern, daß sie eine Kandidatur des gegenwärtigen Favoriten Maluf nicht akzeptieren würden, und in einem solchen Fall Tancredo vorziehen.

Und für die Oppositionspolitiker, auch für diejenigen, die Tancredo nicht für den Traumkandidaten halten, ist die Alternative Maluf oder Tancredo ohnehin keine Frage. So wird die Zauberformel "diretas já" zunehmend ersetzt durch "Tancredo já". Ob dies durch direkte oder indirekte Wahlen realisiert wird, scheint gegenwärtig ein nachgeordnetes Problem zu sein. Jedenfalls sind die nun wieder begonnenen Demonstrationen für Direktwahlen wesentlich bescheidener ausgefallen, als noch vor Monaten. Die Bewegung hat das Ruder wieder an die Polit-Profis abgegeben.

Die Bewegung der Landlosen

Der brasilianische Rechtsanwalt Herber S. B. dos Reis, der bei der Landarbeitergewerkschaft von Sao Paulo (FETAG), der "Frente Nacional de Trabalho" (unabhängige Körperschaft) und dem Abgeordnetenhaus von Sao Paulo tätig ist, hat im Juni in Berlin eine Reihe von Vorträgen gehalten. Der folgende Artikel versucht die wichtigsten Punkte der Diskussionen zusammenzufassen und die letzten Entwicklungen der Agrarbewegungen im Süden Brasiliens verständlich zu machen.

Die Agrarreform ist seit dem letzten Jahr in Brasilien wieder ein aktuelles Thema.

Obwohl die Bewegung für die Agrarreform im Rahmen der rapiden Politisierung der brasilianischen Gesellschaft Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre von vielen Gruppen, Parteien und Institutionen getragen wurde und auch die Organisation der Bauern und Landarbeiter wesentliche Fortschritte gemacht hatte (Bauernligen ab 1955, Konföderation der Bauern und Landarbeitergewerkschaften, CONTAG, 1963), die z. T. schon in die institutionelle Verankerung der Rechte der Landbevölkerung eingemündet war (Estatuto do Trabalhador Rural (Statut des Landarbeiters), 1963), versuchte der Putsch vom April 1964 diese Entwicklung zurückzudrehen, was dem Militärregime auch lange gelingen sollte. Alle Organisationen auf dem Lande wurden brutal zerschlagen.

Aber die Notwendigkeit einer Agrarreform wurde damals auch von einem Flügel der putschenden Offiziere anerkannt, was sich in dem 1964 verabschiedeten Estatuto da Terra niederschlug. Dieses Gesetz sieht Enteignungen (gegen Entschädigung) der "unproduktiven Latifundien" vor. Es wurde von der Militärgewalt gezielt eingesetzt, um die akutesten Landkonflikte zu entschärfen.

In den siebziger Jahren versuchte die Regierung, die notwendige Agrarreform zu umgehen, in dem sie das "leere" Amazonasgebiet als ideales Auffangbecken für landlose Bauern anpries. Da die notwendigen Infrastrukturbedingungen für die Siedler (Transporte, Kredite, usw.) nie gewährleistet wurden, und auf der anderen Seite das Regime Bodenschätze und Land an transnationale Unternehmen verschachtelte sowie mit Riesenprojekten (Staudämmen, usw.) die Landbevölkerung aus den betroffenen Gebieten vertrieb, entwickelte sich das Amazonasgebiet zu einer neuen konfliktreichen Region, ohne daß die Migrationen aus den anderen Teilen des Landes die bisherigen Konfliktsituationen gelöst hätten.

DIE MILITARISIERUNG DER LANDKONFLIKTE

Unter dem Militärregime ist die ohnehin schon hohe Konzentration des Bodeneigentums noch gestiegen. 1980 hatten 2.410 landwirtschaftliche Betriebe Besitze von mehr als 10.000 ha, insgesamt 17,9% der nutzbaren Fläche von Brasilien. Diesen Riesenbesitzern stehen 2.593.971 Betriebe mit weniger als 10 ha gegenüber, d. h. 50,3 % aller landwirtschaftlichen Betriebe, die insgesamt 2,46% des nutzbaren Bodens bebauen. In den letzten 30 Jahren ist die durchschnittliche Größe dieser Betriebe von 4,4 ha auf 3,45 ha gefallen (Quelle: CPT, 1983). Die Konzentration des Landbesitzes wurde auf Kosten der Kleinbauern durchgeführt, und ist von der Regierung gefördert oder geduldet worden.

Die CPT (Comissao Pastoral da Terra, Landkommission der katholischen Kirche) hat von 1979 bis 1983 zahlreiche Landkonflikte registriert. Dabei standen insgesamt 1.806.725 Kleinbauern 1.225 Großgrundbesitzern gegenüber, es ging um insgesamt 45 Mio. ha Land.

Der Wiederaufbau unabhängiger Organisationen der Kleinbauern und Landarbeiter wurde durch die konsequente Unterstützung durch den engagierten Flügel der katholischen Kirche und die "demokratische Öffnung" begünstigt (1979 fand der erste CONTAG-Kongress seit 1964 statt).

Diese Entwicklung versuchen das Regime, die skrupellosesten Großgrundbesitzer und die professionellen Landräuber (grileiros genannt) auf verschiedene Arten einzudämmen.

Das Militärregime hat die Kompetenzen der Bundestaaten in Landfragen zunehmend eingeschränkt, in jedem Bundestaat gibt es Grundeigentum, daß der Zentralregierung untersteht. Vor kurzem wurde ein Sonderministerium für Landfragen geschaffen, dessen Minister gleichzeitig Chef des Nationalen Sicherheitsrates ist: General Danilo Venturini. In den besonders konfliktreichen Regionen im Amazonasgebiet wurden sogenannte Exekutivgruppen geschaffen, die über die Köpfe der betroffenen Bundesregierungen hinweg Entscheidungen treffen können (Grupo Executivo do Araguaia-Tocantins-GETAT, Grupo Executivo do Baixo-Amazonas-GEBA). Auch sie sind dem Nationalen Sicherheitsrat direkt unterstellt. Das bedeutet für die Kleinbauern und Landarbeiter dieser Regionen, daß ihre Aktionen leicht in Konflikt mit dem Militärgesetz geraten können (Gesetz für die Nationale Sicherheit). So wurden z. B. die 13 posseiros (Bauern ohne Besitztitel) und die beiden französischen Priester aus dem Araguaia-Gebiet 1982 zu hohen Gefängnisstrafen durch ein Militärfeldgericht verurteilt.

Parallel dazu versuchen viele Großgrundbesitzer die Landbevölkerung durch paramilitärische Aktionen einzuschüchtern, in dem sie die Ernten der Bauern, die sie vertreiben wollen, vernichten, ihre Häuser in Brand stecken oder sie durch angeheuerte Gangster ermorden lassen. Von 1979 bis Juni 1983 hat die CPT 110 Morde an Kleinbauern, Landarbeitern und sie unterstützende Personen registriert (davon 13 Gewerkschaftsführer und 5 Rechtsanwälte). Kein einziger dieser Morde hat zu einer Verurteilung der Mörder durch die brasilianische Justiz geführt. Diese Eskalation der Gewalt auf dem Lande sowie die Militarisierung der Landkonflikte stehen im schreienden Widerspruch zu der vom Militärregime in der Öffentlichkeit so hochgejubelten Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft.

DAS BEISPIEL VON RONDA ALTA

Der Süden und vor allem der Südosten sind die "entwickeltesten" Gebiete Brasiliens. In Bundesstaaten wie São Paulo hatte das Regime bis jetzt die Existenz von Bodenproblemen bestritten.

Aber gerade die Wachstumszentren im Südosten sind von der Krise am schwersten getroffen worden. Von den Millionen Zuwanderern aus den ländlichen Gebieten des Nordostens sind mit der Krise viele arbeitslos geworden. Die Situation in den Metropolen wie Rio und São Paulo ist katastrophal. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt unter dem absoluten Existenzminimum, Tausende von Bettlern und Obdachlosen bevölkern die Plätze und Straßen. So ist es zu erklären, daß laut offizieller Statistik 1982 zum ersten Mal die Zahl der Nordestinos, die in den Nordosten zurückgekehrt sind, höher ist als die der Zuwanderer.

Die Landwirtschaft São Paulo's ist zum größten Teil kapitalisiert. Es gibt viele riesige Soja- oder Zuckerrohrplantagen, die Lohnarbeiter beschäftigen, von denen die größte Zahl die sog. Boias-frias (wörtlich: kaltes Essen) stellen, Wanderarbeiter, die nur saisonal eingesetzt werden und oft viele Monate im Jahr arbeitslos sind. Diese Unternehmen produzieren hauptsächlich für den Weltmarkt (z. B. Soja) oder Zuckerrohr für das von der Regierung hochsubventionierte Alkohol - (statt Benzin)- Programm.



Landlose Bauern im Gouverneurspalast von Porto Alegre (Rio Grande do Sul)

Der Fall der Zuckerpreise auf dem Weltmarkt und die Intensivierung der Produktion von seitens der Usinas (Zuckerrohrverarbeitungs-komplex) hat im letzten Jahr zu schweren Tarifkonflikten geführt, wobei die "Boias-frias", um ihren Forderungen nach minimalen Löhnen mehr Gewicht zu verleihen, Zuckerrohrfelder in Brand setzten.

Die meisten "Boias-frias" und viele Arbeitslose in den Städten haben Erfahrungen mit Subsistenzwirtschaft gemacht, d. h. haben schon selbst Land bestellt und ein Stück Land bedeutet, angesichts der gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt in Brasilien, für viele eine Möglichkeit zu überleben.

Ronda Alta (im Bundesstaat Rio Grande do Sul) war das erste Beispiel eines Zeltlagers von Landlosen am Straßenrand. Im Februar 81 vertrieb ein Großgrundbesitzer einen Pächter von seinem Land. Da dieser nicht wußte, wo er mit seiner Familie hinziehen sollte, errichtete er ein Zelt am Straßenrand, um auf seine mißliche Lage hinzuweisen. Andere vertriebene Kleinbauern, Posseiros, Landarbeiter ohne Arbeit, Pächter usw. aus der Gegend stießen zu dem Lager. Im Juli waren es schon über 600 Familien, die dort überwinterten, drei Kinder erfroren (In diesem südlichsten Bundesstaat von Brasilien kann die Temperatur unter 0 °C fallen). Unterstützungskomitees wurden ins Leben gerufen, Solidaritätskampagnen von Kirche, Gewerkschaften u. a. Organisationen in die Wege geleitet, um das Lager mit Nahrung und Kleidung zu versorgen. Die Bewegung der landlosen Bauern (Movimento dos Agricultores sem Terra) wurde gegründet.

Die Regierung versuchte ihre übliche Taktik: sie versuchte die Landlosen zu überzeugen, nach Mato Grosso oder Rondonia auszuwandern, da es im Süden kein verfügbares Land mehr gäbe. Da jedoch selbst die Regierungsbehörde INCRA (Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agraria) in einer Untersuchung viele unproduktive Ländereien festgestellt hatte, blieben die Landlosen in ihrem Lager am Straßenrand. Daraufhin verstärkte sich der Druck der Regierung. Riesige Polizeiaufgebote, Einschüchterungen usw. bewirkten, daß 100 Familien sich bereit erklärten, nach Mato Grosso do Sul auszuwandern.

Der Kirche gelang es genügend Geld zu sammeln um 108 ha Land zu kaufen, wo im März 1982 200 Familien angesiedelt wurden. Unter dem Druck der Bewegung verkaufte die Landesregierung 1983 in dieser Gegend nochmals 500 ha sowie 1300 ha in Salto do Jacuí. Zwei Jahre lang mußten so hunderte von Familien am Straßenrand lagern, damit ihnen einige ihrer elementarsten Rechte gewährt wurden.

DIE BEWEGUNG IM BUNDESSTAAT SAO PAULO

Ende 1983 fanden verschiedene Landbesetzungen in São Paulo statt.

Im November 1983 besetzten landlose Bauern und Arbeitslose in der Gegend von Campinas Land der "Usina" Tamoyo in Araraquara, in der Annahme, das Land gehöre dem Staat. Diese Firma besaß Hunderttausende ha Land das teilweise mit Zuckerrohr bepflanzt worden war. Die Produktion lag aber seit 2 Jahren brach, die Firma war aus verschiedenen Gründen bankrott (Veruntreuung von Geldern, Mißmanagement). Nachdem die 47 Besetzer von dort vertrieben wurden, besetzten sie einen Teil eines Besitzes des bundesstaatlichen Unternehmens FEPASA in Araras. Nach vier Tagen hatten sie schon den Wald gerodet und Mais, Bohnen und Kartoffeln angepflanzt. Die FEPASA bot den Besetzern in Verhandlungen eine auf 15 Monate befristete Arbeit bei der FEPASA an. Dieser Vorschlag wurde von den Posseiros ausgeschlagen, wo-

raufhin die FEPASA Klage einreichte. Das Lager wurde von der Militärpolizei geräumt, nachdem die richterliche Anordnung dafür erfolgt war. Während die Militärpolizei das Lager räumte, versammelten sich die Posseiros im Kreis, gaben sich die Hände und beteten. Sie weigerten sich in den von der Polizei gestellten Omnibus zu steigen und gingen die 12 km bis zu ihrem Ausgangspunkt zu Fuß. Dabei trugen sie ein Kreuz, wobei sie sich alle zehn Minuten abwechselten (siehe Foto).



Die Vertreibung der Landbesetzer von Araras

In der Gemeinde von Teodoro Sampaio am Ufer des Paranapanemafusses wurden 1983 über 8.000 Arbeiter der Firma CESP, die dort verschiedene "Usinas" gebaut hatten, arbeitslos. Außerdem wurde den Obdachlosen der letzten Überschwemmung des Paranapanema (Dezember 82-März 83) im Juli 83 die Lebensmittelhilfe eingestellt. In dem nahegelegenen Ribeirao bonito waren zudem viele Pächter vertrieben worden. Es entwickelte sich in den Diskussionen von Mitgliedern dieser Gruppen die Idee einer großangelegten Landbesetzung. Auch hier spielte die kirchliche Basisgemeinschaft eine Rolle bei der Organisation und der Unterstützung der Aktion. In diesem Gebiet sind fast alle Großgrundbesitze auf recht dubiose Weise entstanden. Aus diesem Grund hatte die Regierung auch jahrelang die *Acoes discriminatorias* (Demarkation von öffentlichem und privatem Land) verhindert. Als Ziel für die Landbesetzung wurde von der Bewegung das Land der Camargo Correa festgelegt, eine Firma, die Tausende von Arbeitern in Sao Paulo entlassen hatte. Am 14.11. waren alle Sensen und Messer in der Stadt ausverkauft... Am 15.11. um drei Uhr morgen begann die Landbesetzung. Am selben Tag wurde der Wald gerodet, ein Brunnen für Trinkwasser gebaut und die notdürftigen Zelte der Besetzer errichtet. Aus den ursprünglich 300 Besetzern wurden schnell 500, dann mehr als 1000. Die Besetzer erklärten der ange-reisten Presse, daß sie es satt hätten, neben fetten Weiden und unproduktivem und kultivierbarem Land zu hungern: "Wir wollen

pflanzen und essen!" Die Besetzer hatten nur Essen für ein paar Tage und waren somit auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Auch die CPT unterstützte diese friedlich verlaufene Besetzung.

Nach der Vertreibung durch die Militärpolizei einige Tage später beschlossen die Landlosen, ein Lager am Straßenrand genau gegenüber von dem begehrten Land zu errichten, und es nach dem Tag der Besetzung "Lager des XV. November" (auch ein brasilianischer Feiertag) zu nennen. Im Dezember 83 lebten bereits 1420 Erwachsene und 523 Kinder in dem Lager. Auf diese Weise hoffen sie die Regierung unter Druck zu setzen und mittelfristig Land vom Staat zur Nutzung zu erhalten.

Ähnliche Aktionen wurden auch in anderen Orten durchgeführt und haben, wie z. B. in Promissao, zu Landverteilungen geführt.

Die Lager der Landlosen am Straßenrand sind von der Unterstützung von Aussenstehenden abhängig. Der angestrebte Druck auf die Landes- und Zentralregierungen wird nur effektiv, wenn Presse,

Parteien und andere Organisationen die Bewegung unterstützen und sie im ganzen Land bekannt machen. Die CPT und die unabhängigen Landarbeitergewerkschaften versuchen bei der Koordination der Bewegung behilflich zu sein. Rechtsanwälte versuchen die Ländereien ausfindig zu machen, die sich am besten für eine Besetzung eignen, d. h. die unter die Kategorie "unproduktives Latifundium" fallen. Wenn die Besetzung erfolgt ist, versuchen sie die Räumung hinauszuzögern, in dem sie formelle Fehler bei der Räumungsklage beanstanden, usw., denn es ist in solchen Fällen wichtig, Zeit zu gewinnen. In Brasilien erwirbt ein Posseiro (Landbesetzer) schon nach 1 Jahr und 1 Tag einer "friedlichen" Landbesetzung Rechte auf das Land, so daß ihm dann zumindest Entschädigungen zustehen.

DIE KAMPAGNE FÜR DIE AGRARREFORM

Die Organisation der Unterstützung der Landlosen war auch einer der Gründe warum am 16. August 1983 im Bundesstaat Sao Paulo die Kampagne für die Agrarreform ins Leben gerufen wurde. Die Kampagne wird u. a. von der Konföderation der Landarbeitergewerkschaft CONTAG, Organisationen der Kirche (CPT, Brasilianische Bischofskonferenz CNBB) und von Abgeordneten der Oppositionsparteien unterstützt.

Die Kampagne will

- 1) die Unterstützung der brasilianischen Gesellschaft für die Agrarreform erreichen;
- 2) die brasilianische Gesellschaft für Aktionen im Sinne der Agrarreform mobilisieren;
- 3) eine parlamentarische Front für die Agrarreform aufbauen;
- 4) Initiativen der lokalen und regionalen Regierungen, die zur Agrarreform führen können, anregen;
- 5) die allgemeine Diskussion über die Agrarreform fördern.

Die Forderungen der Kampagne basieren auf dem "Estatuto da Terra" und dem 3. Kongress der CONTAG (1979). Agrarreform bedeutet für die Unterzeichner allerdings nicht nur Landverteilung, sondern auch billigen Kredit, Garantie von Mindestpreisen, Schulen und ärztliche Versorgung für die ländliche Bevölkerung.

Konkret wird versucht die Zentralregierung unter Zugzwang zu setzen, d. h. Situationen zu fördern und Tatsachen zu schaffen, in der sie gezwungen wird, das "Estatuto da Terra" anzuwenden. Da im Bundesstaat Sao Paulo die Oppositionspartei PMDB regiert, ergibt sich hier ein zusätzlicher Spielraum, denn der linke FLÜ-

gel dieser Partei setzt sich auch für die Agrarreform ein. So ist es bekannt, daß das Institut für Agrarfragen (IAF) und das ihm übergeordnete Agrarministerium von Sao Paulo ein offenes Ohr für die Landlosen hat. Die bewußte Zurückhaltung spricht schweigende Duldung bei einigen Landbesetzungen hat deswegen Kritik aus dem konservativen Lager hervorgerufen.

Auch **hat** bei den Landbesetzungen die Polizei immer gewartet, bis ein richterlicher Räumungsbefehl vorlag, und selbst die Räumungen in Sao Paulo verliefen ohne die sonst in Brasilien übliche Brutalität bei solchen Unternehmen.

Aber, wie ein Repräsentant des IAF es kürzlich zugab, selbst wenn die Regierung von Sao Paulo alle schlecht genutzten Länder-eien des Bundestaates den Landlosen für den Anbau von Lebensmitteln zur Verfügung stellen würde, wäre das Landproblem in Sao Paulo immer noch nicht gelöst, da der Bundesstaat nur sehr beschränkt über das Grundeigentum im ganzen Bundesstaat entscheiden kann. Eine Lösung wird es nur auf nationaler Ebene geben. Trotzdem sind diese lokalen Lager der Landlosen sowie die verschiedenen Landbesetzungen von Bedeutung: sie ermöglichen es den Landlosen, wichtige organisatorischen Erfahrungen zu machen und zu lernen wie ihnen ihre Organisation zu Teilerfolgen verhelfen kann; sie ermöglichen die Mobilisierung der Gesellschaft für die Agrarreform und die Verdeutlichung der Zusammenhänge zwischen teuren Lebensmittelpreisen, Abwanderung der Landbevölkerung und den Landvertreibungen oder der Regierungspolitik; sie zeigen mögliche Schritte in Richtung Agrarreform auf.

Kontaktadresse: Secretaria Nacional da Campanha Pela Reforma Agrária, IBASE, Rio de Janeiro.

Campanha Nacional Pela

REFORMA



AGRÁRIA

CONTAG/CPT/CIMI/CNBB/ABRA/IBASE

VERSCHULDUNG

Trotz wachsender Schulden — Das Kartell ist nicht in Sicht

Wer heute nach Wachstumsraten fragt, wird feststellen müssen, daß das Wachstum des Schuldenbergs die höchsten Raten die höchsten Raten aufweist. Die mehrmaligen Erhöhungen der "US-Prime-rate" in den letzten Monaten haben dort den Zins mittlerweile auf 13% angehoben. Und die Entwicklungen des Dollar-Kurses in den letzten Tagen deuten auf eine weitere unmittelbar bevorstehende Zinserhöhung hin.

Die Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler macht das US-Budgetdefizit für die massiven Zinssteigerungen verantwortlich. Durch ein strukturelles Defizit von 200 Mrd. US-\$ jährlich, absorbiert die US-Regierung ein Drittel der am Markt verfügbaren Kredite. Ein Ende für diese Entwicklung ist in diesem Jahr noch nicht absehbar, denn vor den Präsidentschaftswahlen im Spätherbst wird sich nichts verändern.

Ein Anstieg der US-Zinsen um 1% bedeutet für die elf höchstverschuldeten Länder Lateinamerikas eine jährliche Mehrbelastung von mehr als 2,5 Mrd. US-\$. Dies bei einer Gesamtverschuldung der Länder Lateinamerikas von 350 Mrd. US-\$ (950 Mrd. DM). Die Entwicklungen auf dem Zinsen- und Schuldenmarkt belasten aber auch die Banken. Anfang Juni waren mehrere US-Banken ins Gerede gekommen. Begonnen hatte es mit der als sehr dynamisch geltenden Chicagoer Bank 'Continental Illinois'. Nur eine massive Garantieerklärung der US-Notenbank sowie ein Kreditpaket der übrigen Kreditwirtschaft und der Einlagenversicherung im Gesamtumfang von 7,5 Mrd. US-\$ konnten den run auf die Einlagen stoppen. Auch eine Reihe weiterer Banken spürte deutlich den Vertrauensschwund.

Nachdem in den letzten Monaten die Diskussionen an der Gläubigerfront zugenommen und die Konflikte auf der Schuldnerseite sich weiter zugespitzt hatten, erwarteten viele auf der in der kolumbianischen Stadt Cartagena vom 21. - 22. Juli stattgefundenen Konferenz der Finanz- und Außenminister von Brasilien, Mexico, Argentinien, Venezuela, Chile, Peru, Kolumbien, Ecuador, Uruguay, Bolivien und der Dominikanischen Republik die Bildung eines Schuldnerkartells. Dazu kam es jedoch nicht. Auf dieser Konferenz der Schuldnerländer wurden vielmehr eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, die die Position der lateinamerikanischen Schuldnerländer stärken soll. Man einigte sich auf eine gemeinsame härtere Haltung gegenüber den Gläubigern.

Der Cartagena-Gipfel war notwendig, ja unausweichlich geworden, nachdem die 'Phase 2' der Verschuldung viel zu früh eingesetzt hat. Nach dem Schuldenschock des Herbstes 1982 pendelte sich die Argumentation während des Jahres 1983 auf ein recht zuversichtliches Niveau ein. Nicht zuletzt wegen der scheinbar positiv verlaufenden Entwicklung in Mexico.

Die laufenden Umschuldungen, so die Annahme, würden für 3 - 4 Jahre eine Atempause schaffen; währenddessen würde ein allgemeiner Aufschwung für eine strukturelle Verbesserung der Wirtschaften der lateinamerikanischen Länder sorgen, so daß die sogenannte 'Phase 2', die heikle Generaldiskussion über das mittelfristige Schuldenvolumen erst 1986/87 angepackt werden müsse. Die Entwicklungen zeigen jedoch, daß die 'Phase 2' schon begonnen hat, dann die Umschuldungen der letzten beiden Jahre bröckeln allenthalben auseinander.

In dem Kommuniqué, das unter dem Namen 'Übereinkunft von Cartagena' herausgegeben wurde, betonten die Minister, daß sich nur bei niedrigen Zinsen und längeren Zahlungsfristen schwere politische und soziale Folgen für die Stabilität im lateinamerikanischen Raum vermeiden ließen. Sie erklärten weiter, daß sie auch bereit wären, das Schulden-Problem auch unter politischen Aspekten auf einer gemeinsamen Konferenz mit den Industrieländern zu erörtern. Man einigte sich ferner auf eine neue Tagung über die Schuldenkrise im September in Buenos Aires, und zwar kurz vor der nächsten Jahresversammlung des IWF in Washington.

In der 'Übereinkunft von Cartagena' wird betont, daß Lateinamerika in einer noch nie dagewesenen Krise stecke, die zu einem erheblichen Teil von den Wirtschaftspolitiken der Industrieländern verursacht worden sei. Das gelte vor allem für die Zinserhöhungen, die Erschwerung lateinamerikanischer Exporte, den Verfall der Rohstoffpreise und die Verweigerung neuer Kredite. Als Folge davon sei mehr als ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung Lateinamerikas gegenwärtig beschäftigungslos. Lateinamerika ist nach den Worten der Minister bereit, seine Schuldenverpflichtungen zu erfüllen. Das könne jedoch in keinem Fall bedeuten, daß die Regierungen ihre Pflicht vernachlässigen, für das Wohl sowie die politische und soziale Stabilität ihrer Völker zu sorgen. Die Minister betonten zwar, daß auch künftig Verhandlungen über Umschuldungen oder neue Kredite von den Staaten einzeln geführt werden sollen, doch wollen sie sich dabei durch einen neuen gemeinsamen Finanzierungsausschuß beraten lassen. Der Ausschuß wird seinen Sitz in Buenos Aires haben. Man sah dies weitgehend als eine Geste zur Unterstützung Argentiniens an, daß gegenwärtig mit erheblichen Schuldenzahlungen in Verzug ist. Argentinien gilt neben Bolivien, das kürzlich seine Schuldenzahlungen einseitig aussetzte, als problematischster Schuldner der internationalen Geschäftsbanken. Dieser neue Ausschuß soll gleichzeitig die Erfahrungen der einzelnen Regierungen bei Kreditverhandlungen sammeln, Kontakte zu den Entwicklungsländern anderer Kontinente aufnehmen und den Dialog mit den Industriestaaten fördern.

Die schwersten Belastungen stellen derzeit die Zinszahlungen dar. Deshalb war man sich auch einig, daß eine drastische und sofortige Senkung der internationalen Zinssätze zu erfolgen hat. Diese Sofortmaßnahme muß mit einer Streckung der Tilgungszahlungen einhergehen.

DIE SITUATION ENDE 1983

	Kurzfristige Verschuldung Mrd. US-\$	Zinsrate (% der Exporteinnahmen)	Tilgungsrate
Lateinamerika	80,3	37,8	64,6
Brasilien	12,6	40,7	82,4
Mexico	10,0	42,4	59,3
Argentinien	9,8	56,9	149,4
Venezuela	7,0	25,0	32,3
Chile	1,7	48,8	62,5
Peru	1,2	31,8	66,2
andere	5,9	29,5	45,1

Quelle: Latin America Weekly Report, 8 June 1984, London

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, zählen die Zinsen und Tilgungen allein der kurzfristigen Verschuldung die Einnahmen aus den Exporten völlig auf. In vielen Fällen reichen die Exporteinnahmen überhaupt nicht aus, um den Zahlungsforderungen nachzukommen.

Viele der betroffenen Länder haben in den letzten beiden Jahren ihre Importe drastisch gesenkt. Bei den Ländern Lateinamerikas gingen die Auslandseinkäufe um durchschnittlich 22,2% zurück. An der Spitze lag dabei Mexico mit 46,3%. Brasilien verzeichnete einen Rückgang von 20,3%. Die Folgen für die Entwicklung dieser Länder sind gravierend. Im sozialen Bereich läßt

sich eine Art nationaler Verwahrlosung mit eskalierenden Defiziten feststellen. Im wirtschaftlichen Bereich verrotten teuer erworbene Industrieausstattungen, Human Capital und eine Vielzahl anderer Kapazitäten. Politisch geraten die Regierungen immer stärker zwischen die Mahlsteine des IWF. Ihre Ausweglosigkeit spiegelt die Unfähigkeit und die fehlende Bereitschaft der Industrienationen wider, eine Lösung mit Perspektive zu entwickeln.

Ein Ausdruck dafür ist auch die einseitige Berichterstattung der Medien, die überwiegend aus der Sicht der Banken berichten: Überschriften wie 'Die Scharfmacher konnten sich in Cartagena noch nicht durchsetzen' oder 'Mexico und Brasilien blockierten die Bildung eines Schuldnerkartells'. Mit der Angst vor dem Schuldnerkartell werden hier die Bürger und die ganze Welt verrückt gemacht. In Wirklichkeit geht es und ging es auch in Cartagena gar nicht darum, ein Kartell zu bilden. Und Mexico haben sich auch nicht, wie es vielfach hieß, dagegen gesträubt. Diese Rolle hatte diesmal vielmehr Venezuela.

Vor seiner Abreise nach Kolumbien hatte der argentinische Vertreter bei den Schuldenverhandlungen Juan Sourrouille erklärt, daß nur diejenigen, die keine Ahnung von der Situation haben, von einem Schuldnerkartell sprechen. Die unterschiedliche Situation der einzelnen Länder macht es schwer, sie alle unter einen Hut zu bekommen. Die gemeinsamen Forderungen können deshalb vorwiegend nur politischer Natur sein:

- gleiche Zinsraten für alle; Bemessung der Zinsen nach den tatsächlichen Kreditkosten und die Anbindung der Zinsen an einen bestimmten Prozentsatz der Exporteinnahmen;
- zeitliche Grundmuster für die Rückzahlung der Schulden, d.h. eine noch größere Streckung der Schuldentilgung.

Letztlich geht es hierbei immer um die Erreichung besserer gemeinsamer Konditionen. Die Umschuldungsverhandlungen selbst werden auch weiterhin von jedem Land eigenständig durchgeführt werden müssen.

Diese Konferenz der Schuldnerstaaten ist nur eine Reaktion auf die Krise, sie stellt aber noch keine Einrichtung dar, die in irgendeiner Form an das heranreicht, was bei den Gläubigerorganisationen und -banken schon seit Jahren üblich ist. Es ist müßig, sich dauernd von den Medien wegen der Verschuldung "terrorisieren" zu lassen. Die Banken legen Wert auf das System der freien Marktwirtschaft, sind selbst aber nicht bereit, bei profitkräftigen Unternehmen das Risiko zu tragen. Nach zwei Jahren Schuldenkrise dürfte klar sein, daß die Banken und die internationalen Organisationen die Kapazitäten und auch das Geld haben, technisch und finanziell die sogenannte Krise zu beheben. Die Schuldnerstaaten selbst müßten allmählich vom Reagieren zum Agieren übergehen und neue Weichenstellungen nicht nur fordern, sondern auch durchzusetzen versuchen.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Millionenpoker in Santo Domingo

Die Niederlassung des US-Konzernriesen GULF AND WESTERN AMERICAS CORPORATION in der Dominikanischen Republik steht zum Verkauf. Dieses Millionen-Dollar-Geschäft ist für die Inselrepublik von größter Bedeutung, da der Konzern eine beherrschende Rolle in der dominikanischen Wirtschaft und Politik spielt. Der folgende Artikel beschreibt die Rolle von G&W in der Dominikanischen Republik und zeigt, wie der Multi es schafft, auch durch imagefördernde "Sozialmaßnahmen" noch Profit zu machen.

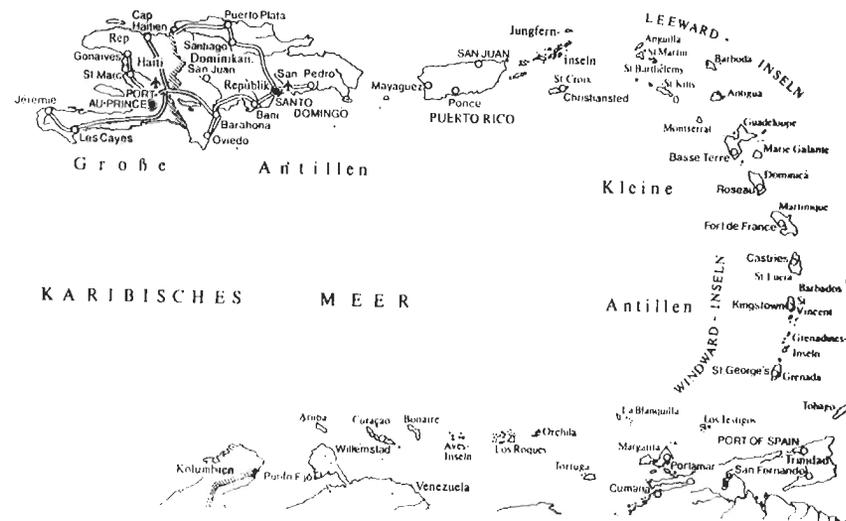
Gerüchte um ein heißes Millionen-Dollar-Geschäft drängten den aristokratischen Don Rafael Herrera, Herausgeber des großbürgerlichen "Listin Diario" in Santo Domingo, ans Telefon. Aktueller Anlaß für den Griff zum Hörer waren Hinweise, daß GULF AND WESTERN AMERICAN CORPORATION (G&W), deren Bedeutung für die Dominikanische Republik sich nur im Superlativ beschreiben läßt, ihre Geschäfte auf der Zuckerinsel einstellen wolle. Es stünden Informationen im Raum, so Don Rafael gegenüber dem lokalen G&W-Statthalter Carlos Morales Troncoso, wonach englische Makler im Auftrag der großen japanischen Sogo Susha Mitsubishi über den Ankauf sämtlicher Besitztümer des Konzerns feilschten. Der Gesprächspartner am anderen Ende der Leitung, ein bebrillter Dicker mit Glatze, wollte jedoch nicht eindeutig Farbe bekennen. "Die Anlagen von Gulf and Western sind nicht verkauft", bügelte Morales den neugierigen Fragesteller ab, "und Gespräche mit Mitsubishi gab es auch nicht".

Das flauwe Dementi des im Vertuschen und betrügerischen Machenschaften erfahrenen US-Großkonzerns überzeugte die Öffentlichkeit jedoch nicht. Grund zur Besorgnis gab es bei einem Buchhalter, der befürchtet, daß ein Rückzug von G&W "den Bankrott unzähliger marginaler Geschäfte und Betriebe zur Folge haben müßte, die nur durch die Existenz dieses Unternehmensmöglich waren." "Fürchterlich und katastrophal wäre der Weggang des Konzerns", meint der vom wohltätigen Wirken multinationaler Konzerne Überzeugte ferner, "weil die allgemeinen Folgen weit über die Entlassungen von 35 000 Beschäftigten, die in diesem Unternehmen Lohn und Brot für ihre Familie verdienen, hinausgehen." Informationsfreudiger als Morales zeigte sich jedoch wenig später sein Vize Becker, ein aus Sachsen stammender Selbmademan. Auf Fragen deutscher Besucher nach den Verkaufgerüchten um G&W erklärte er bestimmt: "Das Eigentum von G&W steht zum Verkauf auf dem Markt." Wer im Millionenpoker - genannt werden Beträge zwischen 200 und 250 Mio \$ - schließlich das Rennen macht, ist allerdings noch völlig offen.

G & W: STAAT IM STAATE

Die Befürchtungen des multigläubigen Buchhalters sind nicht ganz von der Hand zu weisen. In der Tat wären erhebliche Effekte auf die Volkswirtschaft zu erwarten, zumal der gesamte östliche Landesteil vollkommen von G&W beherrscht wird. Erfäht wäre damit der Einfluß des US-amerikanischen Multi auf den Kleinstaat freilich nur sehr unvollkommen. Die Zuckerenklave der Ostregion bildet nur einen Teil des wirtschaftlichen Imperiums von Gulf and Western auf der Karibikinsel. Morales Troncoso administriert seit 1978 - G&W reagierte damals auf den Wahlsieg der sich national-revolutionär gebenden sozialdemokratischen Dominikanischen Revolutionspartei (PRD) mit der Einsetzung nationaler Topmanager - einen

Wirtschafts- und Machtfaktor sui generis. Der Konzern stellt mehr als 25% sämtlicher Auslandsinvestitionen und bewirtschaftet etwa ein Fünftel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen. Schlachthäuser, Hotels und ein Luxus-Ferienzentrum, eine Gießerei, Zuckerplantagen und -fabriken sowie Finanzgesellschaften sind ebenfalls Bestandteile der lukrativen Wirtschaftsaktivitäten (siehe Kasten). Der dominikanische Stützpunkt des weltweit operierenden Konzerns enthält ferner ein besonderes Schmuckstück: In der Industrie-Freizone von La Romana sind etwa 5 000 Arbeiterinnen, denen gewerkschaftliche Rechte vorenthalten und Hungerlöhne gezahlt werden, vorwiegend mit der Anfertigung von Textilien für den US-Markt beschäftigt.



Meist werden solche Frauen eingestellt, deren Männer ebenfalls als unterbezahlte Tagelöhner während der Ernte des Zuckerrohrs mit umgerechnet etwa 2,50 DM pro Tag abgespeist werden. Für den unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegenden Betrag müssen sie an sechs Werktagen und einer 12-Stunden-Arbeitszeit im Akkord schuften. Noch schlimmer sind allerdings die haitianischen Saisonarbeiter dran. Kritik an den menschenunwürdigen Verhältnissen übte die US-amerikanische Ordensschwester Carol Coston: "Die Gerechtigkeit verlangt, daß die Schnitter von Zuckerrohr zumindest einen Lohn beziehen, der ihr Lebensminimum sichert." Ein Pater vom Maryknoll-Orden fügt hinzu: "Gulf and Western sollte eine Führungsposition übernehmen und gerechte Löhne zahlen. Als erster Schritt dazu müßten die Zuckerrohrarbeiter bessergestellt werden." Die Zahlung von Minimallohnen an dominikanische Ehepaare, wo beide Partner für G&W arbeiten, ergibt jedoch einen wirtschaftlichen Sinn: Gesichert wird so die Subsistenz der Familie wie auch die niedrigen Produktionskosten des Konzerns. Festgestellt wurde von den US-Kirchenleuten jedoch auch "eine substantielle Abnahme der Reallöhne von Zuckerrohr-Schnittern nach Ankunft von G&W".

EIN MULTI ERFÜLLT SICH GRUNDBEDÜRFNISSE

Das knochentrockene G&W-Profitstreben kaschieren zahlreiche philanthropische Aktivitäten, wie ein "Soziales Entwicklungsprogramm" oder die Verteilung von Bonbonschachteln, Fahrrädern und Automatikuhren an die Kinder der Zuckerrohr-Arbeiter zum Christfest. Auf den Leim gehen dem Konzern mitunter selbst G&W-Abhängige, die sich als "Kinder von Gulf and Western" verstehen. Zu Beginn des Jahres überreichte Gulf-Präsident Morales 20 Arbeitern der Central Romana (Zuckermühle) einen 10 000-Peso-Scheck sowie ein Grundstück für Bauvorhaben. Den Auserkorenen stellte er mit Absicht kein fertiges Haus hin, "weil Paternalismus nichts bringt und die Leute geschenkte Dinge nicht schätzen. Wir hoffen, daß sie sich anstrengen und den Bau vollenden." Wenn die Hausbauer den ersten Zement ordern sollten, wird dabei auch genügend für die Gulf abfallen: Der Konzern ist Hauptaktionär einer großen Zementfabrik. Vortrefflich ist ferner die Finanzierung der sozialen Wohltätigkeiten des Konzerns geregelt. Ein vom Multi beherrschter regionaler Entwicklungsfonds, dessen Kapital aus hinterzogenen Steuerabgaben gespeist wird, leistet so ebenfalls imagefördernde Vorhaben, die das US-Wochenmagazin "Industry Work" als "beispielhaft" preist.

GW

Gulf + Western Americas Corporation
Central Romana
SANTO DOMINGO, REPUBLICA DOMINICANA

Dem tatkräftigen Morales geht es dabei anscheinend nicht ums Geld. Die schnöde Profitgier seiner New Yorker Konzernzentrale bleibt unerwähnt, wenn von "schweren Bedrohungen" die Rede ist. Insbesondere die "gewaltsamen Versuche des Marxismus zur totalitären Lösung unserer Probleme" sind ständiger Antrieb, wenn in die Armen investiert wird. Dabei erkennt Morales, daß "unsere demokratischen Werte nicht nur durch militärische Maßnahmen verteidigt werden". Ganz oben an steht die Befriedigung von Grundbedürfnissen: "Unsere Fähigkeit zur Lösung der sozialen Probleme wird nur dann Erfolg haben, wenn wir in kürzester Frist mehr Arbeitsplätze schaffen, den Mangel an Schulen und Lebensmitteln beseitigen sowie die elementaren Bedürfnisse derjenigen erfüllen, die vom Fortschritt ausgeschlossen sind und auch keinen Zugang zu seinen materiellen und geistigen Möglichkeiten haben" (O-Ton Morales). Die vertraut klingenden Sprüche unterschlagen jedoch, daß die einheimische Nahrungsmittelerzeugung der einseitigen Produktion von Zucker für den Export geopfert wurde. Hunger ist das Ergebnis, und die Dominikanische Republik muß ständig mehr Lebensmittel einführen.

WEN DER KONZERN ANZAPFT

Im Gleichklang marschiert der in Sorge um die Elenden umtriebene Morales mit höchst unterschiedlichen und teils sehr obskuren Weggefährten. Zunächst ist da die "Konföderation der Assoziationen für die Einheit Amerikanischer Gesellschaften" (CAUSA), deren Leute die Zuckerinsel offenbar zu ihrem nächsten Aktionsfeld erkoren haben. Multimillionär Sun Myung Moon, von Gott gesandtes Vereinigungs-

kichen-Oberhaupt, der sich im Kampf gegen die neuen Dämonen, die Kommunisten, so leicht von keinem übertreffen läßt, hat seinen Blick auf Santo Domingo geworfen. Die beispielhafte Vermarktung des Antikommunismus durch die "Moonies", die in Uruguay tüchtig Geld einbrachte, soll offenbar auch in der Karibik wiederholt werden. Der ehrgeizige koreanische Oberst a.D. Bo Hi Pak, als ausgebuffter Chef-Aufkäufer der Mooncrew ist ständig unterwegs, besitzt nicht nur seit einiger Zeit eine Villa in der exklusiven G&W-eigenen Ferienkolonie Casa del Campo. Gastfreundschaft gewährte ihm G&W im vergangenen Jahr ihm und den CAUSA-Leuten, die dort ihr erstes Öffentlichkeitsseminar veranstalteten. Inzwischen wurde eine offizielle CAUSA-Filiale eröffnet, die über etliche Aktionskomitees verfügen soll. Landet der Moon-Aufkäufer - er kommt zur "Entspannung" häufig auf sein Anwesen in La Romana - jetzt mit dem Erwerb der G&W-Anlagen in der Dominikanischen Republik seinen großen Coup?

Zur besseren Absicherung ihrer Interessen gründete G&W ferner die Dominikanische Entwicklungstiftung (FDD). Unter Verzicht auf antikommunistische Töne, aber mit viel Geschwafel über die Befriedigung von Grundbedürfnissen, entwickelt der Konzern zusammen mit der Chase Manhattan Bank, Esso Standard Oil, IBM sowie einheimischen Oberschichten-Clans die von ihnen zu Hungernden und Armen gemachten Land- und Stadtbewohner. Die Mitgliedsbeiträge der etwa 400 Mitglieder (zumeist Privatbetriebe) sind eher bescheiden. Das Geld für die Kredite an arme Kleinbauern und städtische Kleinstunternehmer besorgt sich die FDD bei Banken und Finanzgesellschaften, die unter den Stiftungsmitgliedern zweckmäßigerweise besonders stark vertreten sind. Hinzu kommen reichlich fließende Spenden aus dem Ausland, die der FDD ihr blühendes Geschäft mit der Armut ermöglichen. Angenehmes Ergebnis dieser Konstruktion ist, daß die cleveren Unternehmer praktisch ohne eigenes Geld ihren Interessen förderliche Vorhaben in lukrative Einnahmen umsetzen können. Spendenbeiträge in Höhe von Millionen Mark werden der FDD auch von der Deutschen Welthungerhilfe (WHH) zugesteckt. Als Stiftungsschatzmeister wirkt derzeit G&W-Chef Morales, der die eingehenden "Hungerpfennige" penibel als Einnahmeposten der Unternehmer-Tarnorganisation verbuchen läßt.

Geschätzter G&W-Anteil an Branchen und Beschäftigten (1979) (ZT)

BEREICH/PRODUKTION	%	BESCHÄFTIGTE
Zuckerindustrie	33	18 000
Zuckerderivate (Melasse, Furfural)	90	600
Viehzucht	25	300
Gemüse- und Obstanbau	5	-
Finanzen	10	-
Zement	60	700
Bauwirtschaft	15	-
Tabak	20	350
Bekleidung	15	1 500
Möbel	15	-
Tourismus	15	1 500

REGIERUNG REPRÄSENTIERT, GULF REGIERT

Der Arm des raffgierigen und aggressiven Multis, der sich jetzt jedoch bei seinen weltweiten Geschäften übernahm und mit zwei Milliarden Dollar in die roten Zahlen kam, reicht sehr weit. Nicht nur, daß ein amtierender Agrarminister über Kleinbauern, die von G&W okkupiertes Land besetzten, brutal sagte: "Die werden wir entfernen." Willig stellt die Regierung ferner Polizei zur Verfügung, wenn die Zuckerarbeiter mal rebellisch werden. Ebenso gehört zum vertraulichen Umgang daß die sozialdemokratische Regierung Jorge sich in Verhandlungen mit dem Inter-

nationalen Währungsfonds gelegentlich durch Morales vertreten läßt. So wurde Ende 1983 ein Unternehmer-Trio zum Fonds geschickt, um festgefahrene Verhandlungen wieder flott zu machen. Auf dem Trip nach Washinton begleiteten den Multi-Statthalter ferner Felipe Vicini, Kopf der "First Family" des Landes, sowie Eduardo León Jimenez, Brauereibesitzer und Sozios der Philip Morris International. Die Verhandlungen dieser Crew lösten unter Teilen der Bevölkerung maßloses Stauern und Erschütterung aus. Vielen Leuten wollte einfach nicht eingehen, daß unter dem G&W-Kommando nationale Interessen gegenüber dem IWF vertreten werden können. Andere Dominikaner argumentierten realistisch und fanden ihre Regierung einfach nur "ehrlich", weil die wahren Herren der Republik ausgeschickt wurden.

Nach dem Besuch eine Messe für Blinde dementierte Staatschef Blanco hastig und funktionierte die Staatsaktion zum Privatbesuch des Unternehmertrios um. "Im Reich der Blinden ist", wie eine unter Dominikanern weit verbreitete Volksweisheit jedoch weiß, "der Einäugige (bekanntlich) König". Freilich ist das G&W-Reich keine Monarchie - gegenüber Unternehmern und Auslandsfirmen ist der Präsident gleichwohl auf einem Auge blind. Dem Profitanliegen des US-Unternehmens und seinen schönen Benefizwerken steht er stets aufgeschlossen zu Diensten. Dazu zählt auch die feierliche Einweihung von zwei Sekundarschulen durch Blanco im Osten des Landes. Die Gelder stellte der Regionale Entwicklungsfonds und ließ - entgegen der tatsächlichen Rechtslage - verbreiten, daß Gulf and Western die Ressourcen beisteuerte. Nach Segnung der Bildungsanstalten durch Fondspräsident Bischof Polanco durfte schließlich Landesvater Jorge die Schlüssel überreichen. So werbewirksam der stets lächelnde Blanco sich auch an Gulf-Business beteiligt, die Wirklichkeit sieht anders aus: Erziehungsministerin Ivelisse Prats hat, wie unlängst durchsickerte, Ansprüche an G&W in Höhe von ungerechnet etwa 13 Mio DM. Nach dem Gesetz Nr. 491 über Zuckerpächter aus dem Jahre 1969 müssen von G&W 50% des Nettowerts von Zuckerrohr-Nebenprodukten an den Fiskus abgeführt werden, der mit diesen Einnahmen Schulen errichten soll. Auf dem dafür vorgesehenen Haushaltsposten Nr. 1 653 war jedoch niemals ein Zahlungseingang zu verzeichnen. Ergebnis: 100 000 Kinder finden jährlich keinen Schulplatz, und die Analphabeten nehmen zu.

WIE ALLES ANFING

Am Beginn des G&W-Einstiegs in die Dominikanische Republik stand ein Millionen-Dollar-Schwindel. Die Fusion der damaligen Gulf and Western Industries im Jahre 1967 mit der South Puerto Rico Sugar Co. wurde zu "überhöhten und fiktiven Preisen vorgenommen ... , um einer eventuellen Nationalisierung des Bodens vorzubeugen", wie ein Hearing des Antitrust-Komitees im US-Repräsentantenhaus feststellte. Der Ausschuß hatte Zugang zu den Archiven der Chase Manhattan Bank sowie der Gulf und entdeckte, daß der Kredit in Höhe von 62 Mio \$ zum Kauf der Central Romana-Zuckermühle sowie der Plantagen auf Phantasiepreisen beruhte. Unter diesen Vorzeichen eröffnete G&W ihr gewinnträchtiges Geschäft mit der Dominikanischen Republik. Ab 1967 kam das Unternehmen nicht nur in den Genuß erheblicher Vergünstigungen für Auslandsinvestitionen durch eine "nationale" Gesetzgebung, sondern erhielt auch Vorrechte, die über die sonst übliche Norm hinausgingen. Günstig schlug dabei zu Buche, daß nach der US-Intervention von 1965 mit Balaguer ein halbtotales Regime für 12 Jahre die Macht ausübte, das die G&W extrem begünstigende Verträge und Abmachungen bereitwillig unterzeichnete. Zu den festgeschriebenen Privilegien gehört nicht nur, daß das Unternehmen über die gesetzlich festgelegten 18% hinaus Gewinnrückführungen vornehmen kann; Vorrecht erhielt G&W 1973 für 20 Jahre in der Furfuralproduktion, einem auf dem Weltmarkt zu hohen Preisen stark gefragten Erzeugnis. Die Abgabenbefreiungen umfassen: "Sämtliche Steuern, Rechte, Gebühren, Geld- und Naturalobligationen, d.h. Importabgaben, Steuern sowie Konsular-, Kai- und Hafengebühren ... außerdem sämtliche fiskalischen oder kommunalen Abgaben, die heute oder zukünftig erhoben werden und die direkt oder indirekt Einfluß auf Maschinen oder -teile, Anlagen und Kraftfahrzeuge, Ersatzteile, Zubehör, Rohöl oder Furfuralrückstände haben könnten."

Im Fall der Fabrik Cementos Nacionales erhielt G&W ebenfalls bedeutende "Entschädigungen" für die "Hilfe und den Beitrag zur nationalen Entwicklung". Die ebenso 20 Jahre umfassenden Befreiungen sehen vor: "Entlastung von allen Steuern für jegliche Geschäftstätigkeit des Unternehmens". Wundersam fügt es sich, daß Präsident Balaguer damals ein aufwendiges öffentliches Bauprogramm durchführte. Hinzu kommen andere Abmachungen, zu denen Geheimabreden über Devisentransfers sowie die "Vermietung" des Hispanola-Hotels gehören. Systematisch verletzte G&W dominikanische Gesetze, praktizierte eine ständige Unterbewertung der Zuckerausfuhren und fälschte die Gewinn- und Verlustrechnungen. So wurde 1971 das Gesetz Nr. 159 erlassen, daß "die direkte oder indirekte Ausdehnung der Zuckerrohrsaat und -kulturen für industrielle Zwecke" verbot. G&W hielt sich jedoch nie an diese gesetzliche Norm. Auf Druck der privaten Zuckerproduzenten (G&W und Vicini) wurde eine neue Regelung durchgesetzt, die eine Erweiterung des Zuckerrohr-Anbaus ermöglichte. Voraussetzung dafür war indes die Ansiedlung von Pächtern, was ebenfalls von G&W nicht eingehalten wurde. Entsprechende Gerichtsentscheidungen wurden vom Konzern einfach ignoriert.

TRICKREICHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Wieviel Geld G&W tatsächlich aus dem Land herausholte, ist für Outsider kaum nachzurechnen. Hinweise auf die Höhe der Gewinnrückführungen im Zeitraum 1968-1978 enthält jedoch ein vertrauliches Zentralbankpapier. Danach hatte G&W in der genannten Periode etwa 39 Mio \$ Gewinne an die Zentrale überwiesen. Das waren rund 78% der 1978 mit 50 Mio \$ registrierten Gesamtinvestitionen. Aus offiziellen Angaben geht ferner hervor, daß eine Wiederanlage der Gewinne im Land nicht vorgenommen wurde. Neueren Angaben zufolge beantragte G&W 1981-1982 den Gewinntransfer von 19 Mio. \$. Aber auch diese Zahlen sind nicht sehr aussagekräftig, da G&W die tatsächlichen Gewinnüberweisungen durch Rückzahlungen, Unterbewertungen sowie gesetzwidrige Verfahren bis zur Unkenntlichkeit verwischte. Ein anderer Vorgang ist da schon etwas erhellender. Vor vier Jahren stellte die Securities and Exchange Commission der US-amerikanischen Regierung fest, daß G&W dem dominikanischen Staat für einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 38,6 Mio \$ an Abgaben vorenthalten hatte.

Einschließlich der bis dahin angefallenen Zinsen war die Schuld inzwischen auf 58 Mio \$ angewachsen. Im Zuge dubioser Abmachungen mit dem dominikanischen Staat, bei denen auch sehr viel Schmiergelder geflossen sein sollen, bequeme sich G&W schließlich zur Errichtung eines regionalen Entwicklungsfonds, in dem Strohmänner à la Bischof Polanco den Krummstab schwingen. In den Geheimabmachungen ist festgehalten, daß die Steuerrückstände innerhalb von sieben Jahren auf das Konto des "Fondo para el Desarrollo de la Región Este" (FDRE) einzuzahlen sind. Die Raten in Höhe von jährlich etwa 5,5 Mio sind jedoch in "weichen" Pesos und nicht in harten Dollars vorzunehmen. Abgemacht wurde ferner, daß die bis zur Aufdeckung des Skandals angefallenen Zinsen nicht an den dominikanischen Staat abzuführen sind. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben die im Siebenjahres-Zeitraum entstandenen Zinsen und Zinseszinsen für die sukzessive Tilgung der Steuerschuld. Ergebnis der kapitalistischen Magie: G&W steckt Zinsgewinne von etwa 20 Mio \$ ein sowie die Steuerschuld von 38,7 Mio \$, die aus noch anfallenden Zins- und Kursgewinnen abgetragen wird. Hinzu kommen die FDRE-Infrastrukturmaßnahmen, die ebenfalls wieder G&W zufließen. Mit ihrem "dominikanischen Goldfinger" Morales, der ebenso WHH-Gelder anzapft, konnte der im letzten Jahr verstorbene Präsident Carlos Bluhdorn mehr als zufrieden sein. Dankbar zeigte sich auch die dominikanische "Volksvertretung". Auf Initiative der sozialdemokratischen PRD beschloß das Abgeordnetenhaus eine Brücke in La Romana auf den Namen des verbliebenen G&W-"Paten", der enge Kontakte zur US-Unterwelt pflegte, zu taufen. Der Moon-Schein wäre entsprechend dieser alten Verbindungen bei den aktuellen Verkaufabsichten nicht ganz auszuschließen.

CHILE

Pablo Neruda, 80 Jahre

Um geboren zu werden, wurde ich geboren,
um den Gang einzuschliessen all dessen, was
nahe kommt,
was an meine Brust schlägt wie ein neues,
bebendes Herz.

Vor 80 Jahren, am 12.7.1904 wurde Pablo Neruda als Sohn eines Lokomotivführers in Parral im regenreichen Süden Chiles geboren. Eigentlich heisst er Ricardo Eliezer Neftali Reyes Basoalto, aber da sein Vater argwöhnisch die literarischen Versuche seines Sohnes betrachtete, legte er sich das Pseudonym Pablo Neruda zu in Anlehnung an den tschechischen Schriftsteller Jan Neruda ohne zu wissen wie bekannt dieser war. Bereits mit 16 Jahren gewinnt er den ersten Preis in einem lokalen Dichterwettbewerb. Später studierte er französisch in Santiago und war Mitarbeiter in verschiedenen Literaturzeitschriften. Mittellos wie die meisten seiner Dichterkollegen und voller Sehnsucht nach Europa wie die meisten seiner Dichterkollegen bewirbt er sich für den diplomatischen Dienst und verbringt schliesslich einige einsame Jahre als Konsul in Südostasien. 1935 kommt er in dieser Tätigkeit nach Madrid, wo im spanischen Bürgerkrieg er mit seinen Gedichten und persönlichem Engagement die Republikaner unterstützt, weswegen er aus Amt und Würden verjagt wird. In Paris gründet er eine internationale Schriftstellervereinigung zur Unterstützung der Republik. Nach dem Sieg der Volksfront in Chile wird er Konsul in Paris und organisiert später die Ausreise tausender spanischer Flüchtlinge nach Chile auf der "Winnipeg". Nachdem er 1940-43 Generalkonsul in Mexico war, kehrt er nach Chile zurück und tritt 1945 der kommunistischen Partei bei und wird von den Provinzen Tarapaca und Antofagasta in den Senat gewählt. Seine Kritik am Kurs der Regierung Gonzales Videla's führt zu seiner Absetzung und zu einem Haftbefehl gegen ihn. Über ein Jahr lang verbirgt er sich an verschiedenen Orten und flieht schliesslich nach Argentinien. 1949 wird er Mitglied des Weltfriedensrates. 1952 wird der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben und er kann nach Chile zurückkehren. 1957 wird er Präsident des chilenischen Schriftstellerverbandes. 1970 ist er der Präsidentschaftskandidat der P.C., er verzichtet später zugunsten Allendes. 1971 erhält er den Nobelpreis für Literatur. Wenige Tage nach dem Militärputsch verstirbt er ohne Kontaktmöglichkeit zu seinen Freunden. Sein Begräbnis wird zur ersten Demonstration gegen die Militärjunta.

Seine wichtigsten Werke sind: "Crepusculario" (1923), "Veinte poemas de amor y una canción desesperada" (1924), "Residencia en la tierra" (1933, erw. 1935) "España en el corazón" (1937), sein Hauptwerk "Canto general" (1950), "Las uvas y el viento" (1954), "Odas elementales" (1954), "Memorial de Isla Negra" (1964). Prosa auf deutsch erhältlich: "Ich bekenne ich habe gelebt" (Memoiren) und "Um geboren zu werden" (Prosaschriften), bei Luchterhand.

Prosa: "El habitante y su esperanza" (1926), "Anillos" (1926), "Viajes" (1955), "Mi infancia y mi poesía" (1964), "Una casa en la arena" (1966), "Confieso que he vivido, Memorias" (1974), "Para ser nacido" (1978). Davon sind die beiden letzten Titel "Ich bekenne ich habe gelebt" und "Um geboren zu werden" bei Luchterhand erschienen.

DIE CONQUISTADOREN

Sie kommen Auf die Inseln

Die Menschenschinder verheerten die Inseln.
Guahani war die erste
in der Geschichte der Todesmartern.
Des dunklen Erdentons Söhne sahen ihr Lächeln
verwüstet, ihre zerbrechliche
Wildgestalt geschlagen,
und selbst im Tode begriffen sie nicht.
Sie wurden mit Stricken gebunden, verwundet,
wurden verbrannt, zu Asche verzehrt,
wurden zerfleischt und in die Erde gescharrt.
Und als dann die Zeit sich im Walzertakt
drehte in Palmenwäldern im Tanz,
war der grüne Ballsaal leer.

Nur Knochen blieben zurück
starr aufgeschichtet,
in Kreuzesform, zum grösseren
Ruhm Gottes und der Menschen.

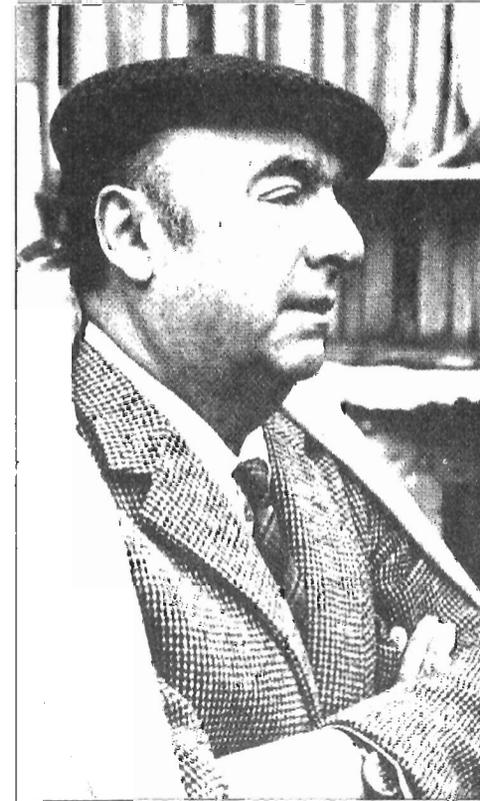
Von den grossen lehmigen Inseln
und dem Astgewirr von Sotavento
bis zu den Korallenmoosgruppen
schlug das Messer des Navárez Wunden.
Hier das Kreuz, der Rosenkranz,
hier die heilige Jungfrau vom Würgeholz.
Columbos' Kleinod, das phosphoreszierende Cuba,
empfing die Reiterstandarte, die Knie
auf dem nassen Sand.

(Aus "Canto General")

ODE AN DIE SOCKEN

Maru Mori brachte mir
ein Paar
Socken,
die sie mit ihren
Hirtenhänden gestrickt,
zwei Socken, mollig anzufühlen
wie Hasen.
In sie
steckte ich die Füsse
wie
in zwei
Futterale
gewebt
aus Fäden der
Dämmerung
und Fell der Schafe.

Ungebärdige Socken,
zwei Fische
aus Wolle
wurden da meine Füße,
zwei gewaltige Haie
von ultramarinem Blau,
durchwirkt
von einer goldenen Flechte,
zwei gigantische Amseln,
zwei Brunnenrohre:
so wurden meine Füße
durch
jene
himmlischen
Socken
geehrt.
Sie waren
so wunderbar,
dass meine Füße
zum ersten Mal mir unzulänglich
schienen
wie zwei altersschwache
Feuerwehrmänner, Feuerwehrmänner,
unwürdig
jenes bestickten
Feuers,
jener leuchtenden
Socken.
Und dennoch,
ich widerstand
der heftigen Versuchung
sie aufzubewahren,
wie Schüler
Leuchtkäfer
aufheben,
wie Gelehrte
ehrwürdige Dokumente
sammeln,
ich widerstand
dem mächtigen Impuls
sie in einen goldenen
Käfig
zu legen
und ihnen tagtäglich
Kanarienfutter zu geben
und Fleisch rosafarbener Melone.
Entdeckern gleich,
die in der Wildnis
das junge, das allerseltenste
Edelwild
an den Bratspiess liefern
und unter Gewissensbissen
verzehren,
streckte ich
die Füße aus,
fuhr in
die
schönen Socken
und dann in die Schuhe.



Jeder Chilene kennt Pablo Neruda und sie sind stolz auf ihren Nobelpreisträger. Zu seinem Geburtstag und dem Salvador Allendes wurde vor wenigen Tagen eine Feier von einer kleinen Gruppe von Chilenen veranstaltet. Der Vortrag über Neruda beschränkte sich auf eine Chronik seines Lebens: dann geboren, da gewesen, dies geschrieben, dann vertrieben, Preise, Ämter, Ehefrauen, Tod. Der Redner hätte auch eine Tabelle verteilen können, aber die Art und Weise wie er sprach, dieses feierliche Pathos in der dahinrollenden Stimme, das innere Leuchten der Augen, machten den Vortrag fesselnd. Pablo Neruda wird verehrt, er ist ein Nationalheiligtum.

Ob hier jemand so über Brecht sprechen würde? Oder Goethe? Und wer liest denn schon Gedichte? Das war doch in der Schule etwas zum Auswendiglernen, zum Interpretieren. Was meinte hier der Autor? Und immer den Versen hinterher wie die Jogger im Gänsemarsch. So kann man diesen seltenen Geschöpfen begegnen wie ein Nilpferd dem Flamingo. Dabei kann man doch auch mit den Worten mitgehen, sich bei der Hand nehmen lassen und treiben lassen, ohne Absicht, und die Fenster der Fantasie öffnen. Und schon kommen die Antworten, Bilder purzeln hervor und laufen los, bis sie irgendwo stehen bleiben und sich auf eine Wiese legen. Ist es nicht das unbeherrschte, sprudelnde, unbändige Leben was uns an der latein-amerikanischen Dichtung fasziniert?

Und das ist die Moral meiner Ode:
Zweifach ist die Schönheit
Schönheit,
und was gut, ist zweifach
gut,
so es sich um zwei Socken handelt
aus Wolle
im kalten Winter.

(Aus "Elementare Oden")



Pablo Neruda im holden Alter von 3 Jahren? Weit gefehlt! Es handelt sich um ein ihn schätzendes Redaktionsmitglied in typischer Pose.

DIE TREPPEN VON VALPARAISO

Die Treppen beginnen unten und oben und winden sich steigend. Sie werden fein wie Haar, gewähren kurze Rast, sind steil. Werden seekrank. Stürzen vornüber. Breiten sich aus. Weichen zurück. Enden nie.
Wieviele Treppen? Wieviele Treppenstufen? Wieviele Füße auf Stufen? Wieviele Jahrhunderte von Schritten, treppauf, treppab, mit dem Buch, den Tomaten, dem Fisch, den Flaschen, dem Wein? Wieviele tausende von Stunden, die die Stufen abgenützt, bis sie Kanäle waren, in denen der Regen rinnt, spielt und weint?
Treppen!

Keine Stadt hat sie in ihrer Geschichte so verschwendet und aufgeblättert, hat sie in seinem Angesicht so ausgestreut und vereint wie Valparaiso. Kein Antlitz einer Stadt besitzt diese Furchen, über die Leben kommen und gehen, als stiegen sie immerfort auf zum Himmel, als stiegen sie immerfort hernieder zur Schöpfung.

Treppen, die auf halbem Wege eine Distel mit purpurfarbenen Blüten zur Welt brachten! Treppen, die der aus Asien zurückgekehrte Seemann erklimm, den zu Hause ein neues Lächeln erwartete oder eine schreckliche Abwesenheit! Treppen, die ein Betrunkener wie ein schwarzer Meteor hinabstürzte! Treppen, auf denen die Sonne steigt, um den Hügeln Liebe zu spenden! Wenn wir alle Treppen Valparaisos begangen haben, sind wir um die Welt gereist.

(Aus "Ich bekenne ich habe gelebt", übertragen von Curt Meyer-Clason)

ICH ERINNERE

Ich bezeuge!
ich war
dort,
war dort
und litt und halte
mein Zeugnis aufrecht,
sollte es auch niemanden geben
der sich erinnert,
ich
bin's, der erinnert,
auch wenn keine Augen mehr auf Erden sind,
ich werde weiterhin sehen
und niedergeschrieben wird bleiben hier
jenes Blut,
jene Liebe wird hier weiterglühn,
es gibt kein Vergessen, meine Herren und Damen,
und durch meinen versehrten Mund
weetersingen werden jene Münder!

(Aus "Memorial von Isla Negra". Alle Gedichte übertragen von Erich Ahrend. Wir danken dem Luchterhand-Verlag für die freundliche Nachdruckgenehmigung.)

URUGUAY

Vier Monate vor den nationalen Wahlen

"Tiranos temblad!" - Tyrannen erzittert! - eine Zeile der uruguayischen Nationalhymne, die noch immer mehr Hoffnung als gefürchtete Wirklichkeit ist. Wie es in Uruguay weitergehen wird, kann keiner genau sagen. Nur eins ist gewiß: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Das uruguayische Militär, seit 1973 an der Macht, leitete 1981 einen politischen Liberalisierungsprozeß ein, dessen eigene Dynamik und Reichweite von niemandem richtig eingeschätzt worden ist. In den letzten zwei Jahren haben sich die politischen Ereignisse überschlagen, und Uruguay scheint sich zu einem Experimentierfeld politischer Strategien zu entwickeln. Politische Opposition und Militär stehen sich ungefähr kräftegleich gegenüber, und keiner kann dem anderen seinen politischen Willen aufzwingen. In dieser Situation kann es nur ein konsequentes Fortschreiten der Demokratisierung oder einen Abbruch des eben begonnenen Liberalisierungsprozesses geben.

EIN SCHRITT ZURÜCK, ZWEI SCHRITTE VOR

Die politische Situation in Uruguay kennzeichnet sich seit dem Erscheinen der ersten oppositionellen Wochenzeitschrift, nach acht Jahren absoluter Friedhofsruhe, durch den Zickzack-Kurs des Militärs im Liberalisierungsprozeß, wobei der Tendenz nach die demokratische Opposition an Boden gewinnt. Kaum einer zweifelt jedoch daran, daß dieser Prozeß jederzeit wieder umkehrbar ist, wenn auch verbunden mit außerordentlich hohen politischen und sozialen Kosten. Die Erfolge der Opposition haben das grundlegende Kräfteverhältnis nicht umkehren können, und das Militär übt seine Macht weiterhin uneingeschränkt aus. Allerdings braucht es vor dem Hintergrund der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen Legitimationszuschuß, der nur aus der Zusammenarbeit mit Teilen der demokratischen Opposition entspringen kann.

Die politische Stärke der Opposition liegt darin, sich dieser Zusammenarbeit versagt und Sektoren, die hierzu bereit waren, erfolgreich an den parteipolitischen Rand gedrängt zu haben. Diese Verweigerungsstrategie führte zu Zugeständnissen von seiten des Militärs. So wurden Massera, führendes Mitglied der Kommunistischen Partei, und Liber Seregni, Präsidentschaftskandidat der Frente Amplio bei den Wahlen 1971, nach jahrelanger Haft freigelassen. In diesen Zusammenhang steht auch die Rückkehr Manuel Zitarrozas und der Olimarefos aus dem Exil.

Auf der anderen Seite jedoch finden immer wieder neue Eingriffe in die Pressefreiheit statt. In den letzten zwei Jahren wurden über ein Dutzend Zeitungen geschlossen oder ganz verboten. Es wird weiterhin verhaftet und gefoltert.

Erst kürzlich wurde der Fall eines Arztes aus dem Landesinneren bekannt, der drei Tage nach seiner Verhaftung tot seiner Frau zurückgegeben wurde. Es wurde zum ersten Mal offiziell zugegeben, daß dieser Tod auf extreme Folterung zurückzuführen ist.

In Zusammenhang mit dem neuen "demokratischen Erscheinungsbild der Streitkräfte wird die repressive Rolle von neuen Akteuren, den paramilitärischen Gruppen, ausgeübt. Bis heute gehen auf das Konto paramilitärischer Gruppen mehrere Bombenanschläge, zwei fehlgeschlagene Attentate und fortlaufende Morddrohungen

gegen Angehörige der Opposition. Auffällig ist das geringe Interesse von staatlicher Seite, diese Vorfälle zu untersuchen.

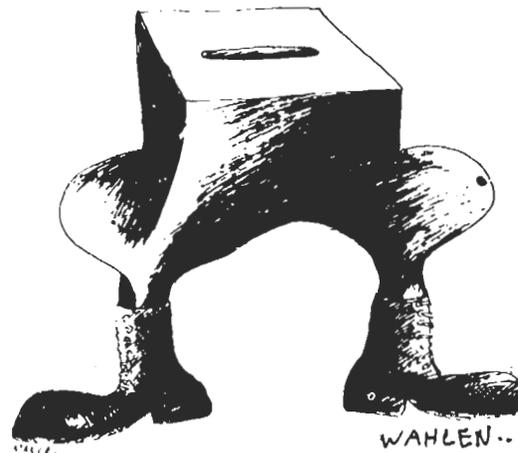
MACH DU NUR EINEN PLAN...

Obwohl es dem Militär zeitweise mit machiavellistischer Geschicklichkeit gelang und gelingt, die demokratische Opposition zu verunsichern und zu spalten, lassen sich doch im Bemühen den politischen Liberalisierungsprozeß im Griff zu halten, gravierende Fehleinschätzungen feststellen.

Der erste Versuch, eine neue autoritäre Verfassung über eine Volksabstimmung durchzusetzen, scheiterte an der eindeutigen Ablehnung der Bevölkerung. Danach bemühten sich die Streitkräfte innerhalb der politischen Parteien Kreise zu finden, die der Diktatur nicht allzu feindlich gegenüberstanden. Zur Schwächung der radikaloppositionellen Sektoren wurde ein neues Parteiengesetz erlassen. Auch dieser Schuß ging nach hinten los. Nach den parteiinternen Wahlen von 1982 waren die kompromißbereiten Sektoren marginalisiert, und das Militär mußte die Gespräche mit den Oppositionellen wieder aufnehmen. Da diese jedoch nicht bereit waren, die undemokratischen Vorstellungen des Militärs zu akzeptieren, wurden die Gespräche 1983 erfolglos abgebrochen.

Während die Streitkräfte über eine mögliche Durchsetzung ihres autoritären Demokratiemodells nachdachten, verstärkten sich die Proteste der Bevölkerung und somit die Verhandlungsmacht der Opposition. Vor dem Hintergrund der schwindenden politischen Legitimation des Militärregimes und den drastischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise entsteht die Möglichkeit, daß die Geschlossenheit des Militärs - seine bisherige Stärke - aufbricht.

Ogleich man im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas sehr wenig über die internen Flügelkämpfe des uruguayischen Militärs weiß, wird es immer deutlicher, daß dem harten Flügel um G. Alvarez, dem augenblicklichen Staatspräsidenten, eine ungefähr gleich starke Fraktion gegenübersteht, die einen Rückzug des Militärs von der Politik vorzieht. Angesichts der Militärprozesse in Argentinien wollen sie jedoch Garantien hinsichtlich der Straffreiheit für ihren Mißbrauch der politischen Gewalt (Morde, Folterungen, Verschwindenlassen von Menschen etc) und ihrer wirtschaftlichen Verbrechen (unzulässige Bereicherung, Korruption etc) Da keiner ihnen diese Garantien geben kann, versuchen sie mit einem Bein an der Macht zu bleiben. So entstand der dritte Plan, der den Parteien am 1. Mai vorgelegt wurde.



Dieser Plan nimmt wesentliche Teile der vorhergehenden Projekte - allerdings z.T. in abgeschwächter oder zeitlich begrenzter Form wieder auf. Die wichtigsten Punkte sind:

- Festhalten am Termin der nationalen Wahlen im November 1984, ohne allerdings den "konstitutionellen Akt Nr. 4", der u.a. die politischen Rechte für die gesamte Linke außer Kraft setzt, aufzuheben. Als Zugeständnis von Seiten des Militärs wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, von dieser Bestimmung einige gemäßigte Linksorganisationen auszunehmen.
- Beibehaltung des "nationalen Sicherheitsrates" (COSENA), der den Militärs ein politisches Mitspracherecht garantiert.
- Festlegung einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit zur Änderung der von der Diktatur erlassenen Gesetze. Damit erhofft sich das Militär über die parlamentarischen Minderheiten weiterhin ihr diktatorielles Rahmenwerk zu erhalten.
- Verpflichtung der Opposition, diesen Pakt für einen noch näher festzulegenden Zeitraum einzuhalten.

Der oppositionelle Dachverband Multipartidaria, diesmal mit Vertretern der Frente Amplio und ohne Vertreter der Blanco-Partei, hat angekündigt, daß die Verhandlungen mit dem Militär wieder aufgenommen werden.

DER FALL WILSON FERREIRA ALDUNATE



Das neueste politische Ereignis ist die Rückkehr Wilson Ferreira Aldunates, des politischen Führers der Blanco-Partei, aus dem Exil. Er hatte nach dem Staatsstreich 1973 fluchtartig das Land verlassen und politisches Exil in Argentinien gesucht. Nachdem dort 1976 sein engster Mitarbeiter Ruiz Gutierrez und mit ihm Michelini, Führer einer politischen Gruppe, die aus der Colorado-Partei ausgetreten ist und sich 1971 der Frente Amplio angeschlossen hatte, umgebracht worden waren, floh er nach Europa. Allein im politischen Exil erwiderte der Großgrundbesitzer und Konservative die Kontakte, die ihm angeboten wurden. Sie kamen im wesentlichen von Seiten der Sozialistischen Internationalen und den ebenfalls exilierten Uruguayern, die in ihrer Mehrzahl den radikalen Linksparteien zugeordnet waren. Ferreriras Opposition gegenüber dem Militärregime verhärtete sich, und er nahm eine ähnliche Rolle ein wie Perón vor 1973; mit einem

Unterschied: Während Perón trotz seiner Propaganda gegen die damalige Militärdiktatoren zu ihnen Kontakt hielt und mit ihnen verhandelte, boykottierte Ferreira die uruguayischen Militärs vollständig und zog mit einer gewissen großbürgerlichen Arroganz über sie her. Das nahm ihm das Militär übel, und es entwickelte sich zwischen ihnen eine fast schon persönlich bedingte Feindschaft. 1978 erklärten die Militärs Ferreira wegen "Vaterlandverrats" und Unterstützung der "Subversion" zum polizeilich Gesuchten.

Angesichts dieser Tatsache mußte die Aufstellung Ferreriras als Präsidentschaftskandidat der Blanco-Partei für die Wahlen 1984 als Provokation gelten. Die Blanco-Partei hatte aber keine andere Möglichkeit, wollte sie nicht die Chance eines Wahlsiegs im Voraus verspielen. Wilson Ferreira ist einer der wenigen charismatischen Politiker Uruguays, der einzige der Blanco-Partei. Zudem hat sein politisches Exil und seine propagandistisch wirksame Opposition gegen das Militär ihn zu einer Art Heroen aufgebaut, was - wie schon die parteiinternen Wahlen 1982 zeigten - wahlstrategisch sehr nützlich ist.

Ferreira wurde für die Militärs zum roten Tuch und für die Blanco-Partei zum Symbol - und manchmal hat man den Eindruck - zum eigentlichen Grund ihrer demokratischen Opposition. Zeitungen wurden zensiert, beschlagnahmt und eingestellt, weil sie Fotos oder Interviews mit Ferreira veröffentlichten. Die Blanco-Partei ihrerseits verweigerte die Gespräche mit den Militärs aufgrund dieser Vorkommnisse und verlangt die Aufhebung des Verbots der politischen Betätigung für Ferreira.

Auch für die anderen Parteien hatte der Fall Ferreira schwerwiegende Konsequenzen. Vor der Weigerung der Blanco-Partei, Gespräche mit dem Militär ohne die Rehabilitierung Ferreriras aufzunehmen, konnte die Colorado-Partei nicht die Gespräche weiterführen, ohne als Verräter der Opposition dazustehen. Auch die Heroisierung Ferreriras und sein demokratischer Radikalismus, den er im Ausland nicht unmittelbar konfrontiert mit der zerreibenden und häufig nicht ganz sauberen Alltagspolitik aufrechterhalten konnte, behagte den anderen Parteien nicht. Man konnte sich ausrechnen, daß je näher die Rückkehr Ferreriras an den Wahltermin im November rückt, desto weniger Zeit vorhanden sein würde, sein Image abzubauen, und desto größer die Gefahr, daß die Blanco-Partei die Wahlen gewinnen wird. Auch innerhalb der Blanco-Partei, nahm das Unbehagen über die rausgezögerte Rückkehr Ferreriras zu. Während die Opposition im Landesinneren immer mutiger wurde und viele ihre Freiheit riskierten, blieb der Parteiführer sicher im Ausland.

Am 16. Juni schließlich wurde der Akt in Szene gesetzt. Von Buenos Aires setzte Ferreira in einem Passagierdampfer, begleitet von mehr als 200 Journalisten und zahlreichen Politikern, nach Montevideo über. Das Hafenviertel war bereits am Tag zuvor von den Streitkräften abgeriegelt worden. Dennoch stellten sich Hunderttausende zur Begrüßung ein. Ferreira wurde zusammen mit seinem Sohn im Hafen verhaftet.



Eine erste Konsequenz: Die Blanco-Partei hat sich aus dem Dachverband der demokratischen Opposition, in dem neben ihr noch die Colorado-Partei, die Unión Cívica und die Frente Amplio vertreten sind, zurückgezogen. Dieser Austritt erklärt sich über den Beschluß der Multipartidaria, wieder Verhandlungen mit dem Militär aufzunehmen, um die Übergabe der Macht an eine demokratisch gewählte Regierung zu diskutieren. Solange ihr Parteiführer inhaftiert ist, wird die Blanco-Partei den Dialog mit den Militärs nicht führen.

Die Episode Ferreira wirft ein Licht auf die Probleme der demokratischen Opposition in Uruguay, die es bislang nicht geschafft hat, ihre parteipolitischen Einzelinteressen hinter das Interesse an der Demokratisierung zurückzustellen. Die Parteien untereinander betrachten sich mit Mißtrauen, viele Aktionen unterbleiben, sie könnten dem parteipolitischen Gegner nützen. Dies zeigt sich besonders deutlich in dem ambivalenten Verhältnis der bürgerlichen Parteien zu den Massenmobilisierungen. Ein Repräsentant der Colorado-Partei erzählte, daß es einen Mobilisierungsplan gegeben hätte, der über Demonstrationen, Betriebsstilllegungen bis zum Generalstreik gegangen sei, von dem man dann aber abgesehen hat, da solche Mobilisierungen eher die linken Kräfte stärken. Den bürgerlichen Parteien gehören noch die Wahlurnen, der Frente Amplio aber die Straße.

DIE LINKE IN URUGUAY

Obgleich die linken Organisationen immer noch offiziell verboten sind, wird ihnen von Seiten des Militärs mittlerweile ein gewisser Spielraum zugestanden. Nach der Entlassung Seregnis hat auch die Frente Amplio als Dachverband aller

linken und linksliberalen Organisationen wieder an Leben gewonnen. Wie auch die bürgerlichen Parteien kennzeichnet sich die Linke durch ihre grosse, häufig mehr persönlich als ideologisch bedingte Zersplitterung. Der Frente Amplio gehören mittlerweile dreizehn verschiedene politische Organisationen an. Das politische Spektrum reicht von den radikaleren Christdemokraten, die sich unter der Diktatur zeitweise opportunistisch von der Frente Amplio zurückgezogen hatten, bis zum PVP, einer kleinen Organisation, die zumindest nicht von vornherein die Notwendigkeit eines bewaffneten Widerstand undiskutiert sein lassen will. Für viele ist dieses breite und widersprüchliche Spektrum explosiv, und der Austritt - sprich Ausschluß - einiger Organisationen aus der Frente Amplio nur eine Frage der Zeit. Der Traum von der geeinten Linken ist im wesentlichen emotional gestützt und verdeckt das Fehlen mittelfristiger politischer Konzeptionen. Auch Seregni, als parteipolitisch Unabhängiger, der auch über die Frente Amplio hinaus großes politisches Prestige besitzt, ist für

den Zusammenhalt dieses linken Bündnisses entscheidend.

Die Probleme, eine linksorientierte Strategie festzulegen, zeigten sich in dem gescheiterten Versuch der unabhängigen Linken, also derjenigen, die weder in der Kommunistischen noch in der Sozialistischen Partei organisiert sind, eine neue Partei zu gründen.

Die vordringlichste Aufgabe der Frente Amplio in der nächsten Zeit wird darin bestehen, sich nicht ins parteipolitische Abseits drängen zu lassen, d.h. ihre Legalität und Zulassung zu den nationalen Wahlen durchzusetzen. In dieser Hinsicht ist die Einbeziehung der Frente Amplio in die Gespräche mit den Militärs ein Fortschritt. Für viele Mitglieder erwächst hieraus jedoch ein Problem: Zum einen können sie schwer akzeptieren, daß sich die Frente mit ihren ehemaligen Folterern an einen Tisch setzt, und zum anderen befürchten sie, daß diese neue politische Rolle auf Kosten der Massenmobilisierungen geht. Wie die Frente Amplio diesen möglichen Widerspruch löst, bleibt abzuwarten.

Mit einem kleinen Makel ist die politische Aufwertung der Frente Amplio schon belastet. Sie findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die Blanco-Partei wegen der Verhaftung Ferreriras die Wiederaufnahme der Gespräche mit dem Militär verweigert. Würde ein gemeinsamer Boykott der Gespräche nicht eher die demokratische



Staatspräsident General Gregorio Alvarez

Opposition stärken, die einziger Garant für die fortschreitende Demokratisierung ist? Könnte die Frente Amplio durch ihre Solidarität mit der Blanco-Partei nicht besser ein Beispiel setzen, statt mit der Colorado-Partei zusammenzugehen, deren kompromißbereite Haltung den Militärs gegenüber häufig genug deutlich geworden ist? Und wird nicht die Frente Amplio auch diese Solidarität brauchen, wenn sich erneut die Fronten zwischen Opposition und Militär verhärten und es um die Durchsetzung der Amnestie geht?

"Sabremos cumplir!" - Wir wissen es zu vollenden! - eine weitere Zeile der uruguayischen Nationalhymne. Wir wollen es hoffen.

Altes Unrecht in neuen Kleidern

216 zu 211 lautete das Ergebnis. Die Rede ist nicht etwa von einem Basketballspiel zweier besonders treffsicherer Mannschaften, sondern von der Abstimmung über die neueste Vorlage zur Immigrationsgesetzgebung der USA (Simpson/Mazzoli-Bill - SMB), die Ende Juni im Kongreß stattfand.

Seit 1982 waren bereits verschiedene Versionen im Senat und Kongreß verhandelt worden, ohne daß es je zu einer Abstimmung im Kongreß gekommen war. Entsprechend wird die jetzt erreichte Einigung bereits als Durchbruch gefeiert, obwohl noch entscheidende Unterschiede zwischen den von Senat und Kongreß verabschiedeten Fassungen bestehen. Es ist jedoch auf jeden Fall davon auszugehen, daß das neue Gesetz gegenüber dem alten zwei Neuerungen aufweisen wird: Die Einstellung 'illegaler' Immigranten von Seiten der US-Firmen wird unter Strafe gestellt, und vormals 'illegalen' Immigranten wird die Möglichkeit zur Legalisierung ihres Status gegeben.

Bevor auf die Bedeutung der SMB eingegangen wird, soll als Hintergrund die Entwicklung der Migration in die USA, die Funktion der Migranten in den USA sowie die Rolle der Immigrationsgesetzgebung dargestellt werden.

DIE ENTWICKLUNG DER MIGRATION

Das US-Nachrichtenmagazin TIME behauptete kürzlich, 92% der illegalen Immigranten seien Mexikaner. Diese Vorstellung mag durchaus die herrschende öffentliche/veröffentlichte Meinung wiedergeben, sie wird dadurch aber nicht richtiger. Richtig ist, daß etwa 90% der Immigranten, die vorwiegend wegen 'entry without inspection' (Einreise ohne Inspektion) nach Festnahme zum Verlassen der USA aufgefordert werden, Mexikaner sind (siehe Tabelle 1).

Diese Zahlen spiegeln aber vor allem die Aktivitäten der Border Patrol (Grenzpolizei) wider, die hauptsächlich an der Grenze zu Mexiko operiert. Die ganze Vielfalt des aktuellen Migrationsprozesses wird dabei nur zu einem geringen, wennauch für die Betroffenen sehr wichtigen Teil erfaßt. Es ist heute eben nicht mehr so, daß die Einwanderer lediglich durch den Rio Grande schwimmend oder sich durch die Wüste schleppend in die USA gelangen. Illegale Immigration ist ein Mosaik, in dem außer der 'klassischen' Form des 'Touristen' bis zum internationalen Menschenhandel viele Variationen vorhanden sind. Der Anteil der Mexikaner an der gesamten illegalen Immigration beträgt annähernd 50%, an der gesamten amerikanischen Immigration etwa 80% - immer noch genug, um sie in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken.

Tabelle 1 soll dies verdeutlichen. Zur Erläuterung: Spalte C zeigt die Anzahl der Ausländer, die von den US-Behörden festgenommen wurden und bei denen die Bedingungen zur Deportation vorliegen.

Spalte D zeigt, wie hoch der Anteil der 'ohne Inspektion' der Behörden ins Land eingereisten Mexikaner an dieser Gruppe ist. Spalte F stellt die Zahl der tatsächlich Deportierten dar, der Rest der in Spalte E aufgeführten illegalen Immigranten entschloß sich zur unbürokratischen, kostensparenden und der Möglichkeit einer eventuellen späteren legalen Einwanderung förderlichen 'freiwilligen' Ausreise. Wie groß diese Chance für Mexikaner tatsächlich ist, geht wohl aus Spalte A und B hervor....

Tabelle 1: Situation der ausländischen Einwanderer in den USA

	A	B	C	D	E	F
1975	386	67	767	655	679	23
1976	399	58	876	757	793	28
1977	462	45	1.042	921	897	30
1978	601	93	1.058	949	1.004	28
1979	460	53	1.076	978	992	26
1980	-	-	910	817	736	17

A: Gesamte legale Immigration

B: Mexikanische legale Immigration

C: Zur Ausweisung erfaßte Ausländer

D: Eingereiste Mexikaner "ohne Inspektion"

E: Erwartete Ausländer

F: Deportierte Ausländer

Quelle: Statistical Abstracts of the United States, 1982-83

Die Funktionalisierung der Migranten in den USA läßt sich in zwei real nicht voneinander zu trennende Komponenten einteilen, eine konjunkturelle und eine strukturelle. Konjunkturell insofern, als die Nachfrage nach billiger mexikanischer Arbeitskraft nach dem Konjunkturzyklus, aber auch dem US-amerikanischen 'Kriegszyklus' variiert. So war der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg Auslöser dafür, Mexikanern im Vergleich zu anderen Nationalitäten günstigere Bedingungen zur legalen Einwanderung zu gewähren, damit durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft vor allem in der Landwirtschaft die Nahrungsmittelversorgung gewährleistet werden konnte. Ähnliche Begründungen gab es im Zweiten Weltkrieg, als mit dem Bracero-Programm die temporäre Rekrutierung für die Landwirtschaft in bilateralen Verhandlungen ermöglicht wurde. Dieses 1942 als Kriegsmaßnahme entstandene Programm wurde vor allem im Interesse des Agrarkapitals bis 1964 fortgesetzt und erst dann auf Druck der Gewerkschaften eingestellt. Seitdem ist die illegale Immigration an die Stelle der offiziellen Programme getreten, die Verfügbarkeit mexikanischer Arbeitskraft in den USA war also in keinem Moment aufgehoben.

Es ist einleuchtend, daß kurzfristige konjunkturelle Interessen des Kapitals keine ausreichende Erklärung der Kontinuität der mexikanischen Immigration liefern können. Die Aufmerksamkeit muß stattdessen auf langfristige strukturelle Interessen gerichtet werden, die auf einen einfachen Nenner zu bringen sind: Profit. Mexikanische Arbeitskraft ist im Laufe dieses Jahrhunderts immer dort eingesetzt worden, wo die Löhne niedrig waren, die Arbeitstage lang, die Arbeitsbedingungen schlecht, die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht gegeben etc.

Entsprechend unterschiedlich war die Reaktion des Gesetzgebers in den USA auf diese sich wandelnden Bedingungen.

ZUR GESCHICHTE DER IMMIGRATIONSGESETZGEBUNG

Der historische Verlauf der Immigrationsgesetzgebung zeigt zwei Tendenzen: Kontinuität, was die stets gegebene Möglichkeit der Zufuhr mexikanischer Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt der USA betrifft, und Flexibilität, was die Feinsteuerung des Prozesses anbelangt. Maxime war dabei stets, das Angebot an mexikanischer Arbeitskraft unter Festschreibung ihrer Diskriminierung auf einem möglichst hohen Niveau zu halten, ohne die Stabilität des Systems potentiell bedrohende soziale Unruhen anzustacheln.

Es kann hier nicht auf die konkrete Entwicklung der Gesetze und Ausführungsvorschriften eingegangen werden. Die meines Erachtens wichtigsten Aspekte sind folgende:

1. Die legale Immigration wurde seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend erschwert und formalisiert. Den Kriterien zu genügen gelingt nur einem verschwindend geringen Anteil der Einwanderungswilligen. Die übrigen sind gezwungen, den illegalen Weg zu wählen, für den jedoch die legale Immigration den institutionellen Rahmen absteckt, sowohl was den unmittelbaren Migrationsprozeß als auch die Möglichkeiten angeht, in den USA Unterkunft und Beschäftigung zu finden. Die Ausweitung der illegalen Immigration ist also durch die Ausweitung der legalen Immigration mit bedingt.
2. Die Haltung der US-Administration zur illegalen Immigration läßt sich umschreiben mit den Worten: Institutionelle Unterstützung einer ungesetzlichen Praxis. Hier springt vor allem die Möglichkeit zur legalen Einstellung illegaler Einwanderer seitens des Kapitals als auch die im Normalfall sehr laxen Praxis der Behörden im Umgang mit illegalen Immigranten in Auge, wobei besonders die Möglichkeit zur 'freiwilligen' Ausreise anstelle der Deportation Bedeutung hat. (Vgl. Tabelle 1)
3. Rechtliche Diskriminierung, Routinekontrollen der Border Patrol und des 'immigration and naturalisation service' (entspricht in etwa der Ausländerpolizei in der BRD) als auch gelegentliche Kampagnen gegen die Migration sorgen für die gesellschaftliche Diskriminierung der Migranten und damit in einer in einer sehr direkten Weise dafür, ihre Löhne niedrig zu halten, da ihnen die Möglichkeit des Kampfes weitgehend genommen wird.
4. Ökonomische Krisen haben oft Kampagnen gegen die Migration zur Folge, was sich vor allem in zunehmen der sozialer Diskriminierung, Medieneinsatz, verschärfter Aktivitäten von Border Patrol und INS bis hin zu massenhaften Aufforderungen, das Land zu verlassen, zeigt. Beispielhaft sind hier die massiven Repatriierungsprogramme während der großen Depression in den 30er Jahren, die 'Operation Wetback' von 1954, als über 1 Million Migranten das Land verlassen mußte, oder auch die späten 70er/ frühen 80er Jahre (siehe Tabelle 1). Der Zweck dieser Kampagnen besteht dabei weniger darin, tatsächlich etwas an der Zufuhr ausländischer Arbeitskraft in die USA zu ändern, als vielmehr darin, den Staat und die Parteien in einer Krisensituation zu legitimieren und die einheimische Bevölkerung verstärkt in dieses System einzubinden.

DIE NEUERE DISKUSSION DER IMMIGRATIONSGESETZGEBUNG

Die 70er Jahre sind gekennzeichnet von einer zunehmenden Flut von Gesetzesanträgen. Der Vorschlag des Kongreßabgeordneten Rodino, die Einstellung illegaler Immigranten unter Strafe zu stellen, wurde im Senat zweimal abgelehnt. Die Regierung Carter beschäftigte sich

auch mit dem Thema, ohne es sonderlich zu forcieren. Die Regierung Reagan verschärfte die Vorschläge, vor allem hinsichtlich der administrativen Kontrolle der Grenze, hinsichtlich des Zulassungssystems, der Kontrolle des Arbeitsmarktes sowie der dort geltenden Bestimmungen. Diese Vorschläge finden sich auch in der SMB wieder. Die SMB wurde 1982 zum ersten Male im Senat verabschiedet, im Dezember 1982 zuerst im Kongreß besprochen. Die Einbringung einer Vielzahl von Änderungsvorschlägen führte dazu, daß unter Berücksichtigung dieser Vorschläge die SMB im Mai 1983 erneut im Senat verhandelt werden mußte, und wiederum wurde sie verabschiedet. Es folgte die Beratung in verschiedenen Ausschüssen des Repräsentantenhauses, wobei die Senatsversion in einigen Punkten entschärft wurde. Vor allem die Vorschläge des Ausschusses für Landwirtschaft machten das Projekt für viele Abgeordnete akzeptabel, da die Rekrutierung der Arbeitskraft für temporäre Beschäftigung gegenüber der alten Regelung erheblich erleichtert wurde: Es soll nun erlaubt sein, die Migranten bis zu drei Tagen vor der geplanten Arbeitsaufnahme zu rekrutieren. Sie bleiben ohne jeglichen Schutz des Bundes, bleiben damit der Willkür des Kapitals in einem Maße ausgeliefert, das vorher zwar auch der Praxis entsprach, aber nicht rechtlich abgesichert war. Verabschiedet wurde die SMB im Kongreß in der letzten Juniwoche 1984.

Die Diskussion um die SMB, die schon seit Jahren geführt wird, kann jetzt also eine konkretere Dimension annehmen. Bereits die Möglichkeit der Verabschiedung der SMB im Kongreß hatte viele Interessengruppen aktiviert, ihre Vorstellungen im Kongreß einzubringen. Dabei kam es vor allem hinsichtlich zweier strittiger Punkte zu recht seltsamen Bündnissen. Die Bestrafung der Unternehmer bei wissentlicher Beschäftigung illegaler Migranten fand aus offensichtlichen Gründen bei der Lobby des Kapitals nur wenig Anklang, ebenso wenig bei den selbsternannten Fürsprechern der Migranten und vor allem der Spanisch sprechenden Minderheit in den USA, die eine weitere Diskriminierung aller Nichtweißen auf dem Arbeitsmarkt befürchtete. Sie gingen dabei von der Annahme aus, daß die Unternehmer ihre Praxis tatsächlich aus Angst vor Bestrafung ändern würden, um sicherzugehen, verstärkt sichere Kandidaten, soll heißen weiße, angelsächsische Protestanten einstellen würden. Hinsichtlich der Amnestievorschläge für jene illegalen Immigranten, die beweisen können, seit einem noch nicht genau bestimmten Datum (späte 70er oder frühe 80er Jahre) dauernd in den USA gelebt zu haben, gab es auch großen Widerstand. Hier opponierten u.a. die Advokaten der Rechte der US-Staatsbürger auf US-amerikanische Jobs, aber auch die Advokaten der Migranten, die befürchteten, daß die Anwendung der Amnestiebestimmungen zur weiteren Institutionalisierung der Diskriminierung führe. Die Kritik wandte sich hier v.a. gegen die Schaffung einer jahrelangen Übergangsphase, während derer die Migranten zwar den Pflichten eines Staatsbürgers unterworfen werden, vorallem was die Leistung von Steuern und Sozialabgaben angeht, ohne aber die entsprechenden Rechte in Anspruch nehmen zu können, und auch ohne die Gewähr zu haben, nach dieser Übergangsperiode tatsächlich mit einem legalisierten Status weiter in den USA leben zu können.

Die Verabschiedung im Kongreß bedeutet jedoch noch nicht, daß die Arbeit an der SMB damit abgeschlossen wäre. Zwischen den vom Senat und vom Kongreß verabschiedeten Versionen besteht noch eine Anzahl von erheblichen Unterschieden, vor allem hinsichtlich der Art der Bestrafung der Unternehmer (der Kongreß lehnt die vom Senat befürworteten Gefängnisstrafen ab, das Ausmaß des temporären Beschäftigungsprogramms in der Landwirtschaft (der Kongreß will hier weitergehende Möglichkeiten als der Senat schaffen), verschiedene As-

pekte des Amnestieprogrammes sowie Fragen der Finanzierung und Durchführung der jeweiligen Maßnahmen.

DIE SIMPSON-MAZZOLI-BILL

Die Kommentare zur SMB stellen diese als eine wichtige Veränderung dar. Dies ist sie aber nur insoweit, als man die Tatsache ihrer Verabschiedung als ihren wesentlichen Zweck begreift. Für diesen Erfolg spielt sicherlich eine Rolle, daß sich beide Parteien im Laufe einer langanhaltenden ökonomischen Krise, die trotz des jetzt igen Aufschwungs des Konjunkturzyklus noch nicht vergessen ist, gerade im Wahljahr gezwungen sehen, der Bevölkerung einen Anlaß zu geben, sich mit ihnen zu identifizieren. Man darf dabei auch nicht vergessen, daß die Verabschiedung der SMB letztlich nur der Abschluß eines Prozesses ist, der noch auf die Carterregierung zurückgeht, also auf eine Zeit, die von sehr hoher und langanhaltender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Hier zeigt sich, daß die politische/ideologische Dimension der Migration sich zwar als Reaktion auf die ökonomische Entwicklung bewegt, aber nicht unbedingt zur gleichen Zeit und mit gleicher Geschwindigkeit. So kommt es, daß die ganz klar auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Gesetzgebung zu einem Zeitpunkt durchgesetzt wird, zu dem sich die objektiven Bedingungen dafür schon weiter verändert haben: Der Aufschwung ist da, die Arbeitslosigkeit relativ niedrig und weiter fallend, der Dollar auf dem höchsten Stand seit 10 Jahren und weiter steigend etc.

Es ist weiter zu beachten, daß dieses Gesetz nicht etwa eine neue Ära, sondern lediglich eine neue Etappe einer bewährten Praxis einleitet - Kontinuität in der Zufuhr billiger Arbeitskräfte an das US-Kapital und Flexibilität in der Möglichkeit ihrer Abfuhr. Eine genauere Betrachtung der angeblichen und tatsächlichen Veränderungen macht dies deutlich. Die Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung der Unternehmer besteht auch heute schon in zwölf Bundesstaaten - bisher kam es noch zu keiner Verhandlung in irgendeinem Staat des Südwestens, u.a. auch aus dem Grunde, daß der Unternehmer der formalrechtlichen Verantwortung bereits damit genüge tut, daß er sich ein Dokument zeigen läßt, welches den legalen Status des Beschäftigten bestätigt, und diese Dokumente gibt es überall zu kaufen. Die Aufstockung der Ressourcen der Border Patrol wird jedoch das Klima der Angst weiter verstärken und dadurch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Migranten weiter erleichtern, was auch durch die verbesserten Möglichkeiten zur Rekrutierung temporärer Arbeiter gewährleistet ist.

Der strukturelle Kontext der Migration wird also durch keine der vorgesehenen Maßnahmen in irgendeiner Weise verändert. Im Gegenteil: Er wird lediglich in seinen diskriminierenden Auswirkungen zunehmend rechtlich verankert. Fazit: Das Kapital profitiert, der Staat ist legitimiert, die nationale Arbeiterklasse kooptiert, die Migranten bleiben und werden weiterhin diskriminiert.

UND DIE REAKTION DER MEXIKANER ...

Die mexikanische Regierung hat die Entwicklung der SMB mit einem gewissen Fatalismus verfolgt. Es gab lediglich im Jahre 1982 eine vorsichtige Anmerkung, daß Probleme der internationalen Migration wohl eher in bilateralen Verhandlungen zu lösen seien. Die mexikanische Regierung kann in der gegenwärtigen ökonomischen Situation des Landes tatsächlich kein Interesse an Restriktionen der Migration haben. Die Möglichkeit, dieses Interesse auch durchzusetzen, sind allerdings aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit vor

allem auf dem Gebiet des Außenhandels beschränkt. So richtet sich die Kritik denn auch vornehmlich gegen die zunehmende Ausbeutung der Mexikaner in den USA und ihre zunehmende Kriminalisierung, während es praktische Ansätze zur Verbesserung dieser Situation kaum gibt. Der Sozialwissenschaftler Jorge A. Bustamante, Berater der mexikanischen Regierung zum Thema Migration, kommt in der Kritik der SMB zu einer zugleich resignativen und hoffnungsvollen Schlußfolgerung: "Ein Tag wird kommen, an dem diese Kriminalisierung als eine weitere Manifestierung des Machtmißbrauchs der USA gegenüber Mexiko erkannt wird. Dieser Tag wird jedoch nicht kommen, ohne daß die Arbeitsmigranten selbst an der Bestimmung ihrer Rechte mitwirken können."

Ob diese Prognose angesichts der geschilderten Hintergründe der SMB zu großer Hoffnung Anlaß gibt?

Quellen: TIME, Newsweek, Nacla, Uno más uno

MEXIKO / GUATEMALA

Guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko — Wieder auf der Flucht

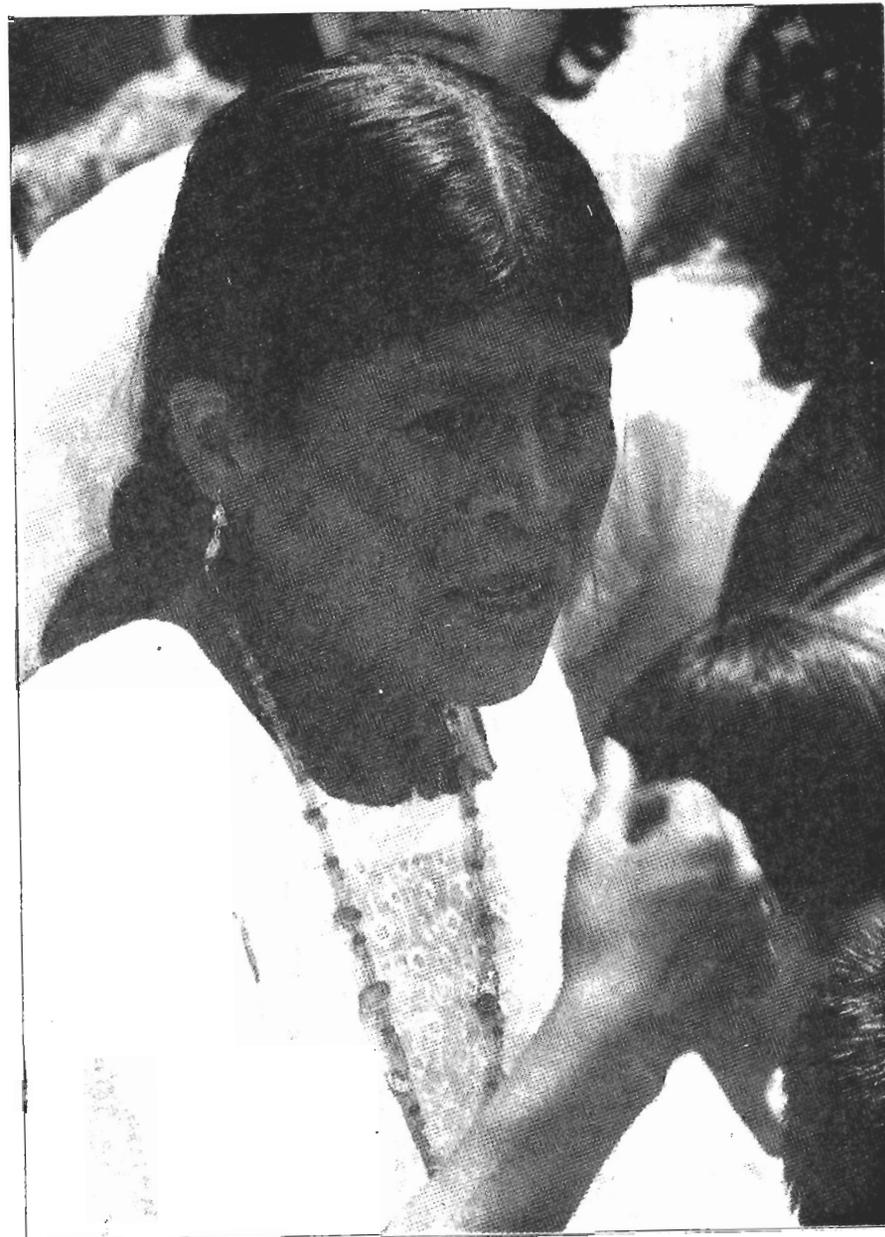
Wie Honduras im Fall der salvadorianischen Flüchtlinge, so hat sich nun auch Mexiko zur Umsiedlung seiner Flüchtlinge aus der Grenzregion in den Nachbarstaat entschlossen. Die scheinbare Gemeinsamkeit beider Maßnahmen darf jedoch nicht den Blick verstellen für den bedeutenden Unterschied: was in Honduras ganz offen zur Schaffung einer Kolaboration zwischen den Regierungstruppen von El Salvador und Honduras führen soll, um die salvadorianische Guerilla zwischen beiden Fronten zu zerreiben, das soll in Mexiko erklärtermaßen dazu dienen, das Land nicht weiter in den Strudel der zentral-amerikanischen Ereignisse hineingeraten zu lassen. Gerade in der Entscheidung zur Umsiedlung wird jedoch deutlich, daß Mexiko schon weiter in den Konflikt verwickelt ist, als es die offiziellen Stellungnahmen wahrhaben wollen: zu offensichtlich geht die Maßnahme auf den Druck Washingtons und Guatemalas zurück, die in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen haben, Mexiko entweder für eine Repatriierung oder aber für eine Verlagerung der guatemaltekischen Flüchtlinge zu gewinnen.

Am 30. April diesen Jahres gab die mexikanische Flüchtlingsbehörde COMAR öffentlich bekannt, sie habe in Absprache mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen, ACNUR, und dem guatemaltekischen Roten Kreuz die Verlagerung der guatemaltekischen Flüchtlinge in den Nachbarstaat beschlossen. Noch in der selben Nacht überfielen ca. 200 guatemaltekische Soldaten das grenznahe Flüchtlingslager "El Chupadero". Sechs Flüchtlinge wurden getötet, darunter eine hochschwangere Frau und ein zuvor grausam zerstückelter Junge. Eine unbestimmte Anzahl Lagerinsassen wurde nach Guatemala verschleppt und vermutlich umgebracht.

Mit solchen Überfällen hat die guatemaltekische Regierung in den letzten drei Jahren immer wieder versucht, die mexikanische Regierung in einen Grenzkonflikt hineinzuziehen und damit die Vermittlerposition Mexikos in der Contadora-Gruppe in Frage zu stellen. Die mexikanische Regierung scheint einem Grenzkonflikt mit Guatemala auf jeden Fall ausweichen zu wollen. Die mexikanischen Grenzkontrollen und die militärische Präsenz in der Provinz wurde zwar ständig verstärkt, aber bei keinem der Überfälle der guatemaltekischen Truppen auf mexikanisches Territorium sind die Mexikaner eingeschritten, um das Leben der Flüchtlinge, z.T. auch der mexikanischen Bauern zu verteidigen. Die Grenzbeamten und die Polizei wurden eher gegen die Flüchtlinge und gegen die verarmten mexikanischen Bauern eingesetzt.

Der mexikanische Innenminister sagte, er schätze die guatemaltekischen Flüchtlinge als größeres Sicherheitsrisiko ein, als die Übergriffe der guatemaltekischen Armee.

Nur so ist zu verstehen, daß die guatemaltekischen Flüchtlinge jetzt 500 km weit ins Landesinnere, in den Nachbarstaat Campeche umgesiedelt werden sollen. Dort sind sie in einer ungesunden, sumpfigen Gegend als Arbeitskräfte auf Vieh- und Zuckerrohrplantagen willkommen. Wurden die Flüchtlinge bislang, wenn auch nicht offiziell, so doch de facto mit der Einrichtung einer Flüchtlingsbehörde als po-



litisch Verfolgte eingestuft, so werden sie nun zu Personen, die irgendwo im Land "ein besseres Leben suchen" und nichts anderes als Wirtschaftsemigranten sind.

Aus 28 Flüchtlingslagern haben die Flüchtlinge Briefe geschickt an den mexikanischen Präsidenten, an COMAR und an ACNUR mit der dringenden Bitte, die Umsiedlung nicht in der Form durchzuführen. Sie haben sich bereit erklärt, aus Sicherheitsgründen, zu einer Verlagerung weg von der unmittelbaren Grenzfläche, jedoch in der selben Gegend, innerhalb von Chiapas. Dort haben sie nicht nur die brüderliche Hilfe der mexikanischen Bauern erfahren, sondern können durch die sprachliche und kulturelle Verwandtschaft zu den dortigen indianischen Bauern ihre Geschichte und ihre Traditionen bewahren - immer in der Hoffnung auf eine Rückkehr in ihr Heimatland, sobald die politischen Verhältnisse es erlauben.

Die katholische Diözese von Chiapas und mit ihr viele andere christliche, politische und gesellschaftliche mexikanische Gruppen haben sich dem Protest der Flüchtlinge angeschlossen. Sie sehen bei einer Verlagerung keine Möglichkeit mehr, die Flüchtlinge weiterhin zu unterstützen, auch die Strukturen der Selbsthilfe in den Lagern wären zerstört. Die Flüchtlinge, die zu einer Besichtigung des geplanten Umsiedlungsortes im Tal von Edzna in Campeche aufgefordert worden waren, erklärten gemeinsam mit Flüchtlingshilfeorganisationen und Einzelpersonen, dies sei kein Ort, der menschenwürdiges Leben erlaube. Bischof Ruiz von der Diözese Chiapas schilderte die Situation eines typischen Lagers, in dem von 1000 Flüchtlingen 800 Frauen und Kinder sind. Er entkräftete damit das Argument, die Flüchtlinge seien ein Sicherheitsrisiko und die Lager seien Rückzugsgebiete für die Guerilla, was von guatemaltekischer Seite oft behauptet wird. Zum anderen äußerte er die Befürchtung, daß ein großer Teil der ohnehin geschwächten Flüchtlinge diese Umsiedlung gesundheitlich nicht überstehe. Sie werden auch in Campeche noch auf Hilfe angewiesen sein, die sie dort nicht vorfinden werden und die auch nicht vorgesehen ist.

So sind denn auch diejenigen Mitglieder der mexikanischen Flüchtlingsbehörde, die direkt in den Lagern arbeiten gemeinsam zurückgetreten, weil sie die Umsiedlung nach Campeche für unverantwortlich hielten und nicht daran beteiligt sein wollten.

Trotzdem wurde mit der Verlagerung bereits begonnen. Am 6. Juni verließen alle 3000 Flüchtlinge aus dem Lager "Las Delicias", kurz zuvor vertrieben aus "el Chupadero", das neue Lager und zerstreuten sich in unbekannter Richtung in den Regenwäldern. Es ist der verzweifelte Versuch, einen Ausweg zu finden zwischen der Verlagerung nach Campeche und der Rückkehr nach Guatemala und damit in den sicheren Tod.

ACNUR, das Flüchtlingshochkommissariat, schrieb sofort einen Brief an die mexikanische Flüchtlingsbehörde: "Die Tatsache, daß die Flüchtlinge sich nicht mehr an den gewohnten, kontrollierten Orten aufhalten, kann bedeuten, daß ihre persönliche Sicherheit bedroht ist, indem sie irrtümlich mit illegalen Einwanderern verwechselt und an Guatemala ausgeliefert werden. In diesem Sinne wenden wir uns an Sie mit der Bitte, entsprechende Vorkehrungen zu treffen und an dem Prinzip der Nichtauslieferung festzuhalten, wie es in Mexiko bisher Tradition war. Wir bieten Ihnen unsere Unterstützung an."

Wenn man weiß, mit welcher Zurückhaltung und Konformität ACNUR sich in Mexiko bisher verhalten hat, kann man einschätzen, wie groß die Gefahr einer Massendeportation ist.

Es wird befürchtet, daß aus weiteren Lagern die Flüchtlinge in den Urwald und damit in die vollständige Schutzlosigkeit fliehen werden, seit Einheiten des mexikanischen Militärs, der nationalen und der

regionalen Sicherheitskräfte einige Lager umstellt haben, was Angst und Unruhe unter den Flüchtlingen ausgelöst hat. Die sozialistische Partei Mexiko's und das mexikanische indianistische Institut (INI)

forderten den sofortigen Abzug von Militär- und Polizeieinheiten. Das INI befürchtet überdies, daß durch Verwechslung auch die nahegelegenen mexikanischen Gemeinden der Tojolabal-Indianer von den Aktionen der Sicherheitskräfte betroffen sein werden. Zur gleichen Zeit betont COMAR, sie werde die Überzeugungsarbeit für eine Verlagerung nach Campeche fortsetzen.

Vieles deutet daraufhin, daß Mexiko eine gewaltsame Verlagerung der Flüchtlinge anstrebt - diskutiert wurde diese Möglichkeit in Regierungskreisen bereits.

Die einzige Möglichkeit, diese militärische Lösung des Flüchtlingsproblems in Mexiko zu verhindern, ist der Druck der Weltöffentlichkeit. Die Chancen stehen nicht allzu schlecht: anders als Honduras hat Mexiko durchaus noch seinen internationalen Ruf zu verlieren.



Guatemaltekischer Flüchtling in Mexiko zeigt ein Splittergeschöß israelischer Fabrikation, das im Dezember 1983 von guatemaltekischen Soldaten in das Lager von Rio Azul, Chiapas, Mex., hinein eingesetzt wurde.

Foto: Medico International

AUFFORDERUNG ZUR SOLIDARITÄT

Die Diözese von Chiapas und viele andere guatemalteckische und mexikanische Organisationen fordern uns auf, einen Brief, ein Telegramm oder eine Karte an den mexikanischen Präsidenten, Miguel de la Madrid, zu schreiben - als Organisation, als Gruppe, als Einzelperson.

Wir haben einen Musterbrief an den mexikanischen Präsidenten entworfen und einen zweiten Protestbrief an den guatemalteckischen Präsidenten, General Mejia Victores, als eigentlichen Verursacher dieser Situation. Diese Briefe können angefordert werden von der

Informationsstelle Guatemala e.V.
Maistrasse 29
8000 München 2
Tel. 089/536625

Wenn Ihr jedoch selber einen Text an den mexikanischen Präsidenten aufsetzt, so haben unsere mexikanischen und guatemalteckischen Freunde uns gebeten, unter Berücksichtigung der besonderen mexikanischen politischen Verhältnisse folgendes zu berücksichtigen:

1. Der Brief soll die bisherige Flüchtlingspolitik Mexikos dankend anerkennen und sich eines vorwurfsvollen Tones enthalten.
2. Es soll darin unterstrichen werden, daß es sich bei den guat. Flüchtlingen um politische Flüchtlinge, nicht um Wirtschaftsemigranten handelt.
3. Es soll die Bitte ausgedrückt werden, daß eine Verlagerung nur im freiwilligen Dialog und mit Einverständnis der Flüchtlinge geschehen müsse.
4. Kopien dieses Schreibens sollten an ACNUR, COMAR, und an das mexik. Außen- und Innenministerium gehen. Ihr könnt das selbst schicken, oder eine Kopie an die Infostelle Guatemala schicken zur Weiterleitung.

Presidente
de los Estados Unidos de Mexico
Licenciado Miguel de la Madrid Hurtado
Palacio Nacional
MEXICO D.F.
Mexico

COMAR
Comision Mexicana a
Refugiados
Av. Juarez 92
Mexico c 6040
Mexico D.F.

Alto Comisionado de las Naciones Unidas para Refugiados, ACNUR
Presidente Masaryk 29, Colonia Polanco,
Mexico D.F.

Secretaria de Gobernacion
Mexico D.F.

VIELEN DANK!

Quellen: u.a. Guatemala-Info-Rundbrief Nr. 39, Uno más uno 6.6.84, Misereor aktuell 3/84

PERU

Was können die Wahlen bringen?

Für das Frühjahr nächsten Jahres sind in Peru Wahlen angekündigt. Längst bereiten sich die Parteien darauf vor: Aspiranten und Kandidaten für die Präsidentschaft umdrängen die Startlöcher. Mehr und mehr zeigen sich die Parteien in den sogenannten Pueblos jóvenes, den Slumsiedlungen am Rand der Städte. Und auch die Landregionen werden von ihnen wiederentdeckt und - wie gehabt - mit Versprechungen überzogen.

DAS CHAOS UND DAS PROJEKT DES VOLKES

Wie sieht aber die Situation des Volkes ein knappes Jahr vor den Wahlen aus? Die wirtschaftliche Lage verschärft sich täglich im Rhythmus der ebenfalls täglich stattfindenden Abwertung des Sols (der nationalen Währung) gegenüber dem US-Dollar. Banken warben im Mai bereits mit Zinszahlungen von über 100 Prozent, und man schätzt, die Geldentwertung werde dieses Jahr die Marke der 150 Prozent überschreiten. Die vor den letzten Wahlen versprochenen neuen Arbeitsplätze sind von der Regierung nicht auch nur annähernd geschaffen worden, und die Städte konnten und können die vom Lande in die Stadt drängenden Massen nicht auffangen. Regierung und Regierungsparteien erweisen sich als unfähig, den Problemen der Gesellschaft zu steuern. Der Zustand der Unordnung und des Quasi-Chaos wächst; die breite Masse kämpft ums pure Überleben.

Seit Beginn der 80er Jahre ist mehr und mehr eine Art des Regierens in den Vordergrund getreten, die sich nur aus der Unfähigkeit und einem gewissen Desinteresse der Machteliten erklären läßt. Es hat den Anschein, daß sich die herrschende Klasse mit



der Unordnung arrangiert hat, ja sogar damit zufrieden ist. Es wird wenig Interesse erkennbar, das g a n z e Land zu ordnen; man ordnet vielmehr einen bestimmten Bereich oder gewisse Elemente und beläßt es dabei. (Manche vermuten sogar, um das extremste Beispiel des Chaos herauszugreifen, daß die Regierung den Bürgerkrieg in Ayacucho bewußt am Kochen hält). In dieser Kombination von Unordnung und partieller Kontrolle seitens der Herrschenden zeigt sich die eigentliche administrative Amoralität: Man begnügt sich mit dem Minimum an Lenkung, das notwendig ist, um die Macht so lange wie möglich zu behalten und eine Revolution zu unterbinden; das Geschick des Volkes interessiert dabei kaum.

Eine solche Situation entwickelt aber auch ihre Eigendynamik: Das Volk kann einer Regierung nicht mehr trauen, die ihm Sicherheit nicht zu bieten weiß. Man ist gezwungen, Eigeninitiative zu entwickeln, um das Lebensnotwendigste, das, was das unmittelbare Überleben sichern kann, zu bekommen. Sicherheit jetzt, Befriedigung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse hier und heute! Eine auch nur mittelfristige Planung verbietet sich angesichts der prekären, existenzbedrohenden Lage.

In dem von der Elite nicht kontrollierten Machtvakuum entfaltet das Volk - notgedrungenermaßen - von der Basis her seine Klein- und Kleinstprojekte. Es übernimmt Verantwortung, wo die Herrschenden sie nicht wahrzunehmen vermögen; ihm wachsen damit Zuständigkeiten zu, die auf längere Sicht auch nötigen werden, den Inhalt des "Politischen" anders zu fassen.

Es scheint paradox: In einer Situation des Chaos bildet sich, insbesondere auf dem Land, so etwas wie ein Projekt des Volkes heraus (freilich noch unscharf und uneinheitlich, aufgefächert in viele Kleinprojekte und meist noch unzusammenhängend), und damit wächst eine esperanza popular, eine Hoffnung des Volkes, die nicht zuletzt durch die "Kirche der Armen" und die Theologie der Befreiung geprägt wird. Man kann im Vorwahlkampf beobachten, wie sich einige Parteien an diese kirchlichen Kreise anzunähern versuchen, weil sie sich davon einen leichteren Zugang zum Volk versprechen. Andere Parteien (vor allem die Regierungsparteien) greifen diese Kirche aber gerade an: Eine Kirche der Armen, die im Namen der Armen und mit ihnen die bestehende Ordnung infrage stellt, die eine g e r e c h t e Ordnung fordert, die die Demokratie hinterfragt, ist für die herrschende Klasse gefährlich.

Sie wird gerade in einer solchen Zeit zu einer Schlüsselinstitution, da sie den Prozeß der Bewußtseinsbildung des Volkes in erheblichem Maße gestaltet. Von daher erklärt sich auch der erneute Angriff des Staatspräsidenten Fernando Belaunde auf den Kardinal und die sogenannte Linkskirche. Der Versuch der herrschenden Klasse, die bestehende Ordnung zu sakralisieren, um zu verhindern, daß eine neue Ordnung entstehen könnte, wird von dieser Kirche abgelehnt. Damit wird sie für die Herrschenden, die ja das gesellschaftliche Bewußtsein kontrollieren wollen, zum Gegner.

DIE AUSSICHTEN DER PARTEIEN

Im Hinblick auf die Wahlen stellt sich nun folgende Frage: Wie kann man, wenn sich die Krise derart verschärft und ein solches Ausmaß angenommen hat, einen Regierungswechsel erreichen? Peru befindet sich heute nicht mehr in der Situation von 1979, als sich alle Bewerber als das **kleinere Übel** gegenüber der Militärregierung ausgeben konnten. Was ist gegenwärtig die Situation der Parteien?

- Die Acción Popular (AP) hat abgewirtschaftet; gegenwärtig traut ihr wohl niemand einen Wahlsieg zu. Diese Einschätzung stützt sich nicht zuletzt auf das schlechte Abschneiden der AP bei den Kommunalwahlen.

- Die Christliche Volkspartei (Partido Popular Cristiano, PPC) teilt das Schicksal der Partei des Präsidenten. Sie vermochte sich nicht als Partei mit einem eigenständigen Konzept von der AP abzuheben.

- Die APRA präsentiert sich mit ihrem Kandidaten Alán García nach außen relativ geschlossen und werbewirksam. Ihr fehlt aber die innere Kohärenz. Wie man aus der Wahl des Kandidaten für die Vizepräsidentschaft erschließen kann, sucht die APRA, ihr Stimmenreservoir nach rechts, in Richtung der AP zu erweitern.



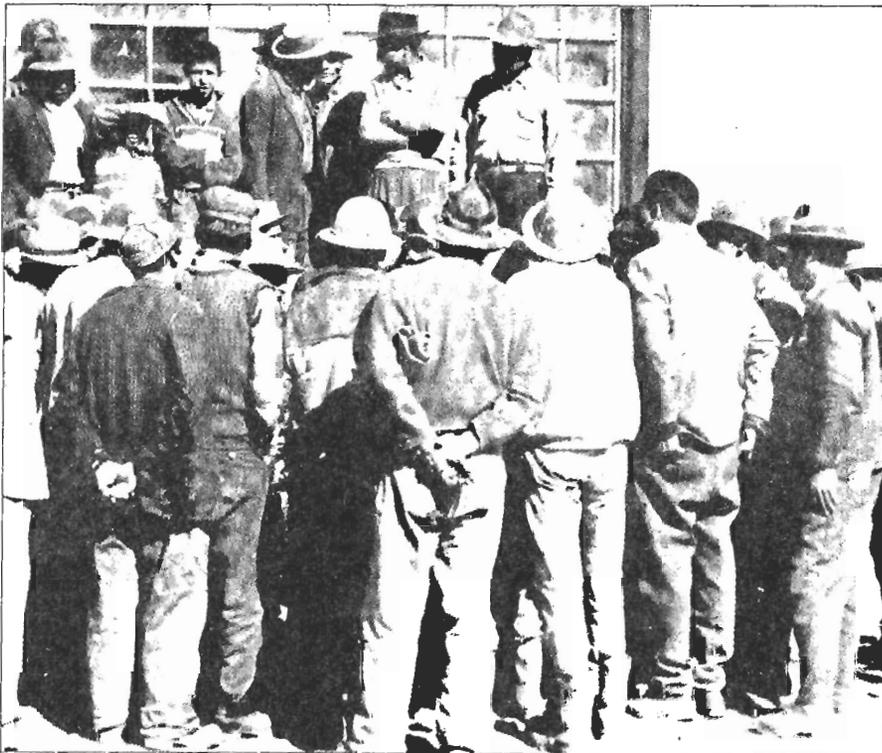
Ein Bündnis mit der Rechten im vielleicht notwendig werdenden zweiten Wahlgang wird nicht ausgeschlossen. Außerdem scheinen die Kontakte zwischen APRA und den Militärs nicht schlecht zu sein.

- Die IU (Izquierda Unida = Vereinigte Linke) hat in Alfonso Barrantes ihre unbestrittene und zentrale Leitfigur, stellt sich aber nach außen eher diffus dar. Nach innen ist sie, obwohl aus sieben Parteien bestehend, stärker geordnet. Sie ist eher dem basisdemokratischen Prozeß verpflichtet: Entscheidungen können nur mit Dreiviertelmehrheit getroffen werden. In bezug auf solche Strukturen entspricht diese Gruppierung stärker dem mundo popular, der Welt der Volksbewegungen. Die IU hat jedoch noch kein ausgearbeitetes Projekt aufzuweisen, das eine Alternative zur prekären sozio-ökonomischen Situation bilden könnte. Daher sähen manche Kreise der Linken in einem Wahlsieg der IU eine Gefahr für diese selbst: Wie könnte sie einen Weg aus der Krise weisen? Würde sie sich nicht vorzeitig verschleifen? Außerdem

wäre auch die Reaktion des Militärs unklar, weil es an einer Politik gegenüber den Militärs bei der IU völlig fehlt.

In der gegenwärtigen schwierigen Lage genügt es nicht, eine Sicht des Politischen zu haben, die ganz auf den Kampf um die Regierungsmacht eingeengt ist. Ebensovienig genügt aber auch eine Sichtweise, die in allem nur einen Kampf der Volksklassen (der clases populares) gegen die herrschende Klasse sieht. Es stellt sich vielmehr die Frage, welches Projekt eine Partei ganz konkret im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, den Markt, die Stadt-Land-Beziehung, die Forderung nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes usw. aufzuweisen hat.

Wer tatsächlich Wege aus der Krise sucht, muß sich wohl auch Schritten einer Avantgarde verweigern. Er muß vielmehr seine Aufmerksamkeit auf die kleinen Projekte des Volkes lenken, auf die Organisationen des Volkes, auf die Konsolidierung der Volksorganisationen, auf die Identität des Volkes selbst. All das hat sich ungeachtet oder - besser gesagt - gerade wegen der Krise und des Machtvakuum, der Unfähigkeit der Herrschenden zur Lenkung der Gesellschaft entfaltet. Indem man das Volk und seine Bedürfnisse wirklich ernst nimmt, sich mit ihm auf einen Prozeß einläßt und auf den Weg macht, das heißt: einen Aufbau der Gesellschaft von unten versucht, kann man sich der Krise in einer Weise stellen, die nicht zu Lasten eben dieses Volkes geht. Freilich erfordert ein solcher Aufbauprozeß Zeit. Er ist vermutlich kaum während eines Wahlkampfjahres zu leisten.



EL SALVADOR

Krieg und Ökologie

"Ich habe schon viele Opfer von Bombenangriffen behandelt", sagt ein europäischer Arzt und Spezialist in Kriegsmedizin, der die beiden Frauen untersucht, "und die Wunden dieser beiden Opfer haben nichts gemein mit jenen Verletzungen, wie sie von üblichen Sprengbomben produziert werden. Die Verbrennungen dieser Menschen gehen auf den Einsatz einer speziellen chemischen Substanz zurück. Es ist nicht einfach, diese Substanz exakt zu bestimmen, aber wahrscheinlich ist es Napalm."

Zivilisten, die in dieser Zone El Salvadors leben, glauben fest daran, daß man sie unter Einsatz chemischer Brandwaffen aus den von der Guerilla kontrollierten Gebieten vertreiben will.

"Diese Waffen", sagt ein Mann, "verbrennen nicht nur unsere Dörfer und Häuser, sondern vernichten auch unsere Felder. Nach diesen Attacken ist unsere ganze Existenz zerstört."

(Christian Science Monitor, Mai 1984)

Die Zerstörung natürlicher Ressourcen mit dem Ziel, dem Feind jegliche Lebensmöglichkeit zu rauben, ist seit langem Teil von kriegerischen Auseinandersetzungen. Doch brachte erst der technologische Fortschritt der letzten Jahrzehnte die Möglichkeit mit sich, Waffen zu produzieren, die gezielt und wirkungsvoll in ökologische und biologische Systeme eingreifen. Seitdem gilt ein wesentlicher Bereich der Kriegsforschung der systematischen Untersuchung jener Schäden, die Brandbomben, moderne Neutronenwaffen sowie biologische und chemische Kampfstoffe in der natürlichen Umwelt anrichten.

Für die Entwicklung solcher Waffen wurden in den USA bis 1960 350 Mio. Dollar aufgewendet. An ihrer Herstellung waren sechs Militärbasen, 20 private Firmen und 60 Universitäten beteiligt. Nach einem 1977 erschienenen Bericht des Oberkommandos der US-Armee wurden zwischen 1949 und 1969 insgesamt 239 Experimente mit den gefährlichen Waffen unternommen, davon 26 in amerikanischen Großstädten - einige dort, wo sich stets große Menschenansammlungen befinden, wie in U-Bahnhöfen und auf Busstationen. Zentrum der Forschung war das wissenschaftliche Institut Fort Detrick mit 2 500 Zivilpersonen und 500 Militärangehörigen. Gearbeitet wurde an bakteriologischen Waffen, die folgende schwerwiegende Erkrankungen bewirken: infektiöser Durchfall, Cholera, Diphtherie und Typhus. Mit Hilfe von Viruskampfstoffen zielte man auf andere verheerende Infektionen: Encephalitis (Hirnhautentzündung), Hepatitis, Pocken, Gelb- und Denguefieber. Außerdem laborierte man an diversen bakteriologischen Waffen, die Krankheiten bei Tieren auslösen sollten: Schweinefieber, Maul- und Klauenseuche und Pferdehirnhautentzündungen.

DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN PENTAGON UND CIA

Ein Jahr nachdem Präsident Nixon seine "historische Entscheidung" getroffen und versprochen hatte, das Genfer Protokoll von 1925 gegen die Anwendung chemischer und bakteriologischer Waffen zu ratifizieren, erklärte der US-General Rothschild in der New York Times: "Die Argumente gegen die Ratifizierung sind heute so überzeugend wie 1925. Zuerst einmal bedeutet der Einsatz dieser Waffen ein äußerst wirkungsvolles Mittel gegen den Feind. Wir müssen uns trotz Ratifizierung auf den chemisch-biologischen Krieg vorbereiten."

Entsprechend bauten die Pentagon-Militärs vor und übergaben ihre Forschungsergebnisse in die bewährten Hände des CIA. Das chiffrierte Programm MENAOMI stellte die enge Kooperation zwischen den Sonderabteilungen von Fort Detrick und der CIA her. Das Programm war unter dem Schlüssel MKULTRA 1953 in 149 Unterprojekte aufgeteilt worden.

TESTFELD VIETNAM

Zum ersten großflächigen Einsatz von chemischen Waffen kam es im Vietnam-Krieg. Die dabei entstandenen Verheerungen nimmt die mexikanische Biologin Maria del Carmen von der "Autonomen Nationaluniversität von Mexiko" zum Ausgangspunkt für ihre Studie über die spezifischen ökologischen Veränderungen, die im heutigen El Salvador durch Bombardierungen und den Einsatz von Herbiziden bewirkt werden. In ihrer Veröffentlichung in den Heften der Salvadorianischen Menschenrechtskommission schildert sie die Wirkung des tonnenweisen Einsatzes solcher Substanzen über den Wäldern Vietnams. Vor allem handelt es sich um die unter dem Populärnamen "agent orange" bekannt gewordene Substanz aus 2,4D und 2,4,5T. Damit wurden 25% der vietnamesischen Vegetation einmal besprüht. Die angewandten Mengen reichten aus, um die Hälfte aller Bäume zu vernichten. 30% dieser Waldfläche war von hohem forstwirtschaftlichen Wert. Überdies ist die Tierwelt - ebenso wie die Menschnatur - durch erhebliche genetische Veränderungen und Mißbildungen betroffen. Aber auch die in Vietnam eingesetzten konventionellen Bomben hatten gravierende ökologische Konsequenzen: wo Millionen von Bomben die Erde aufgerissen haben, da ist der Boden hart geworden, von Kratern übersät und untauglich für den Wiederaufbau. Die Folge ist Erosion: durchsetzt von Wasser-tümpeln, die sich als Brutstätten für Malaria und Dengue-Fieber übertragende Mücken erweisen.

DIE FOLGEN CHEMISCH-BIOLOGISCHER KRIEGSFÜHRUNG IN MITTELAMERIKA

Was in Vietnam erprobt wurde, hat in Mittelamerika ebenfalls Vergangenheit wie Gegenwart. Auf Cuba brach 1970 das afrikanische Schweißfieber aus, dessen Erreger Exilkubaner unter Anleitung der CIA ins Land gebracht hatten. 1981 kam es zu einer Dengue-Fieber-Welle (Typ 2): der ersten in der Karibik seit Jahrzehnten. Dieser Virus wird von der Fliege Aedes Egypti übertragen - und mit ihr wurden in Florida diverse Versuche unternommen.

In El Salvador befinden sich die USA in einer Situation, die in vielerlei Hinsicht der vietnamesischen ähnelt. Eine Oligarchie ist im Konflikt mit der besitzlosen Bevölkerungsmehrheit. Vor dieser Kulisse wird das strategische Ziel der USA deutlich, Umwelt, Vegetation und Anpflanzungen der Zivilbevölkerung in jenen Gebieten zu vernichten, die von der Oppositionsbewegung FDR/FMLN kontrolliert

werden. Etwa 68% des Landes sind mit tropischem Wald bewachsen. Auch das entspricht Vietnam, das mit El Salvador auf dem gleichen Breitengrad liegt. Die ökologischen Folgen der Anwendung von Napalm und chemischen Kampfstoffen werden dementsprechend vietnamesische Ausmaße annehmen können.

Beispielsweise in der Provinz Cuscutlan. Hier hat der Einsatz solcher Mittel weite Teile des wertvollen Laubwaldes vernichtet und dazu die Maisfelder zerstört. Weitere Nutzpflanzen wurden zunächst verletzt und dadurch anfällig für Schädlinge. Schließlich führt der Tod der Wälder zu Bodenerosion und zu schwerwiegenden Veränderungen im Wasserhaushalt.

Oder die Provinz Chalatenango: hier sagte im Mai 1982 in der Stadt La Reina der Ex-Agent der CIA Scott Barnes aus, daß die USA in dieser Gegend gefährliche Experimente mit chemischen, biologischen und genetisch wirksamen Substanzen unternehmen. Barnes bestätigte ferner, daß US-Spezialisten Viren in fließende Gewässer einführen, die in entfernteren Zonen gefährliche Krankheiten bewirken. Außerdem wurden, so der Ex-Agent, Aussaaten von landwirtschaftlichen Produktionen durch Aerosole "behandelt", so daß diese ungenießbar oder sogar gesundheitsschädigend wirkten.

Ende 1981 hatten Helfer des salvadorianischen Grünen Kreuzes eröffnet, daß 200 Kinder im Gebiet von Suchitoto an Augenleiden erkrankt seien, nachdem ein Flugzeug Bomben abgeworfen hatte, aus denen verdächtige Stoffe austraten. Marianella Garcia Villa, Präsidentin der Menschenrechtskommission von El Salvador wurde am 14.3. 1983 in der Nähe des Guazapa-Berges durch Schüsse der Armee ermordet: sie war dabei, Informationen über jene Substanzen zu sammeln, an denen einige der Kinder von Suchitoto gestorben waren.

Der Krieg in El Salvador muß ein sofortiges Ende haben. Daß die kürzlich abgehaltenen "Wahlen" ein untaugliches Mittel zur Lösung des Konflikts darstellen, wird von all jenen, die an einer wirklichen und nicht nur propagandistischen Befriedung des Landes interessiert sind, immer wieder betont: zuletzt von der Bischofskonferenz der Katholischen Kirche El Salvadors. Die Regierung Reagan, ohne deren militärische Unterstützung der Krieg längst beendet wäre, setzt aber offenkundig weiterhin auf bewaffnete Eskalation. Zu befürchten sind also weitere, schlimmere Leiden, vor allem der Zivilbevölkerung in den ländlichen Gebieten. Ihnen sollte unsere Solidarität gelten.

DAS HILFSPROGRAMM VON MEDICO INTERNATIONAL

medico international unterstützt die schwer getroffene Bevölkerung in ihrem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen den von außen aufgezwungenen Krieg mit umfangreichen Gütern zum Aufbau einer medizinischen Notversorgungsstruktur. Angesichts der Kriegsverletzungen und gesundheitlichen Schäden durch international geächtete Kampfstoffe ist unsere Hilfe notwendiger denn je.

Spenden an medico international
Stadtparkasse Frankfurt/M
Konto 232

(übernommen aus: medico international 2/84)

SOLIDARITÄT mit den politischen Geiseln in Uruguay

Amnesty international ruft zu einer internationalen Briefaktion zur Verbesserung der Haftbedingungen von 9 Mitglied der Nationalen Befreiungsbewegung (Movimiento de Liberación Nacional - Tupamaro), die seit 1972 in Haft sind und als politische Geiseln von der Regierung gehalten werden, auf.

Die Haftbedingungen dieser neun Geiseln sind unbeschreiblich und widersprechen allen internationalen Abkommen zur Behandlung von Gefangenen. Jahrelang wurden sie aus "Sicherheitsgründen" von einer Militärkaserne verlegt, ohne daß Anwälte und Familienangehörige über ihren jeweiligen Aufenthalt informiert wurden. Sie waren ständig in Einzelzellen untergebracht und ununterbrochen Folterungen ausgesetzt. Ende 1983 wurden diese neun Männer in ein reguläres Gefängnis verlegt. Sie sind dort jedoch immer noch in separaten Strafkernern untergebracht und haben weder Kontakt untereinander noch mit anderen Gefangenen. Aufgrund der langen Haftzeit und der extremen Haftbedingungen ist ihr Gesundheitszustand sehr bedenklich. Dies gilt insbesondere für Adolfo Wassen, der an Krebs erkrankt ist Henry Engler, der an schweren psychischen Störungen leidet, und Raul Sendic, dem bei der Verhaftung der Unterkiefer weggeschossen wurde.

Im Zuge des Liberalisierungsprozesses ist es mittlerweile möglich, das Problem der politischen Gefangenen im Land selbst zu thematisieren. Forderungen nach einer Generalamnestie werden laut, und auf dem Podium der Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai konnte man die Forderung nach "Demokratie ohne Verschwundene und ohne Geiseln" lesen.



Selbstverständlich ist das Problem der neun Geiseln ein heißes Thema für die bürgerliche Opposition. Dennoch werden mittlerweile auch aus bürgerlichen Kreisen Stimmen laut, die sich für eine Verbesserung der Haftbedingungen, die Initiierung eines regulären Prozesses und die Aufhebung des Status als Geiseln einsetzen. Ein Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärte vor kurzem, daß die zukünftige Demokratie Uruguays nicht auf Kosten dieser Gefangenen aufgebaut werden kann.

WIR BITTEN UNSERE LESER, BRIEFE ETWA DES FOLGENDEN INHALTS AN DIE NACHSTEHENDEN ADRESSEN ZU SCHICKEN.

Sehr geehrter ... (bei Briefen an den Innenminister ist die Anrede Exzellenz)

Die Nachricht von der Überführung in das Establecimiento Militar de Reclusión - 1 von Henry Engler Golovchenko, Jorge Amilcar Manera Lluveras, José Alberto Mujica Cordano, Raul Sendic Antonaccio, Eleuterio Fernandez Huidobro, Julio Angel Marenales Saenz, Mauricio Rosencoff Silberman, Adolfo Wassen Alaniz, Jorge Zalbalza Waksman, die in verschiedenen Massenmedien verbreitet wurde, habe ich begrüßt.

Später mußte ich jedoch erfahren, daß diese neun politischen Gefangenen, die länger als 10 Jahre in verschiedenen Kasernen Uruguays gefangengehalten wurden, und von Zeit zu Zeit in andere Kasernen verlegt wurden, wo sie immer unter unmenschlichen Bedingungen lebten, in den Strafkernern des EMR-1 untergebracht worden sind und sich dort schon mehr als einen Monat lang befinden. Sie haben keinerlei Kontakt untereinander, noch mit anderen Gefangenen der Anstalt. Ich bitte Sie um die Beendigung der Isolationshaft, die ein Verstoß gegen die Mindestregeln der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen vorstellt. Ich fordere Sie auf, die Isolation aufzuheben und den Gefangenen zu gestatten, an den Aktivitäten der anderen Gefangenen teilzunehmen.

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit nutzen, um um Informationen über den gegenwärtigen Gesundheitszustand dieser Gefangenen zu bitten; auch darum, die unverzügliche medizinische Betreuung sicherzustellen und, in den notwendigen Fällen, die Einweisung in ein Krankenhaus oder in eine Spezialklinik, wenn der behandelnde Arzt dies indiziert.

Was Herrn Adolfo Wassen betrifft, bitte ich eindringlich darum, daß er in Anbetracht seiner schweren Krankheit so gut wie möglich untergebracht wird, und daß er seiner Familie so nahe wie irgendmöglich ist.

Hochachtungsvoll

Exmo. Sr. Ministro del Interior
General (R) Julio Cesar Rapela
Ministerio del Interior
Julio Herrera y Obes 1471
Montevideo / Uruguay
(Innenminister)

General Alfonso Fcola
Comandante de la División de
Ejército II
18 de Julio 660
San José / Uruguay
(für das Libertad-gefängnis
zuständig)

Wenn möglich sollten auch Kopien an bürgerliche Oppositionszeitschriften geschickt werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, wegen der internationalen Resonanz, das Thema erneut aufzugreifen.

Sr. Director
JAQUE
Reconquista 338, Apto. 003
Montevideo / Uruguay

Sr. Director
BUSQUEDA
Treinta y tres 1471, piso 2
Montevideo / Uruguay

BRD/NICARAGUA

Städtepartnerschaft

Nürnberg – San Carlos / Nicaragua

Die halbjährige Arbeit einer Nürnberger Initiative hatte nunmehr mit dem Beschluß des Nürnberger Stadtrats am 4. 7. 1984 Erfolg – als erste bundesdeutsche Großstadt geht Nürnberg eine Partnerschaft mit einer Stadt in Nicaragua ein. Ähnliches versuchen Initiativen im ganzen Bundesgebiet – völlig neue Möglichkeiten der Nicaragua Solidarität tun sich auf.

Anfang des Jahres hatte sich in Nürnberg eine Initiative zur Durchsetzung der Städtepartnerschaft mit San Carlos auf Anregung der Stadtzeitung Plärrer und des örtlichen Lateinamerikakomitees gebildet – zahlreiche Einzelpersonlichkeiten und Organisationen schlossen sich dem Anliegen an. Es wurde ein Aufruf erstellt "Hilfe für Nicaragua bevor es zu spät ist – Nürnberg muß Partnerstadt von San Carlos werden". Unterschriften wurden gesammelt und Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Einige glückliche politische Umstände führten jetzt zu dem raschen Erfolg: es gelang, die Nicaragua-Städtepartnerschaft in die Auseinandersetzung zur Nürnberger Kommunalwahl zu plazieren, mit dem Ergebnis, daß nach dem Ausgang der Wahlen mit einer "rot-grünen Mehrheit", die Nürnberger SPD und die Grünen diese Forderung in ein gemeinsames Papier "zur langfristigen politischen Zusammenarbeit" mit aufnahmen. Nach einigem Hin und Her (die angestrebte Städtepartnerschaft war bereits am 6. Juni auf der Tagesordnung des Nürnberger Stadtrats – aufgrund der ungesicherten Mehrheiten durch einige SPD-"Umfaller" wurde die Entscheidung vertagt) wurde nun endgültig die Entscheidung gefällt. Mit den Stimmen von SPD, Grünen, DKP und des parteilosen Oberbürgermeisters wurden die weiteren Schritte zum Abschluß eines formellen Vertrags über die Städtepartnerschaft zwischen Nürnberg und San Carlos (samt Region Rio San Juan) nach einer hitzigen Debatte im Stadtrat beschlossen. Verbunden mit der Städtepartnerschaft soll eine sofortige materielle Hilfe sein. Die örtliche CSU hatte bereits Tage zuvor und dann auch im Stadtrat selbst heftig gegen die neue Städtepartnerschaft und gegen die Sandinisten in Nicaragua gehetzt (nach dem Motto: "in den Händen der Sandinisten werden Bleistifte zu Kalaschnikovs").

DIE NÜRNBERGER STÄDTEPARTNERSCHAFT IST KEIN EINZELFALL

Auf der letzten Bundeskonferenz der Nicaragua- und Mittelamerikakomitees (am 23./24. Juni in Darmstadt) wurde bereits festgestellt, daß es im gesamten Bundesgebiet mittlerweile mehr als 15 Initiativen und Bündnisse gibt, die am Zustandekommen von Städtepartnerschaften zwischen bundesdeutschen Städten und Gemeinden und Städten in Nicaragua arbeiten. Dabei ist der Stand der einzelnen Projekte durchaus sehr unterschiedlich: in einigen Städten wurden bereits im Vorfeld "offizielle" Städtepartnerschaften durch die politischen Mehrheiten abgeblockt, in einigen Städten laufen bereits seit geraumer Zeit "Basispartnerschaften" durch die rege Beziehungen zu Einrichtungen und Projekten in Nicaragua gepflegt werden. Insgesamt deutet sich hier eine ganz neue Form der Solidarität mit dem vom US-Imperialismus bedrohten Nicaragua ab. Das bürgerliche Mittel der Städtepartnerschaften wird zu neuem Leben erweckt und zur Verbreiterung der Nicaragua-Solidarität eingesetzt. Neben der rein materiellen Hilfe, die dadurch in vielen Städten und Kommunen locker gemacht werden kann (in Nürnberg bspw. DM 20.000,- Soforthilfe, im nächsten Haushaltsjahr DM 50.000,- Projektgelder plus Sachspenden), bestehen ungeahnte Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Solidarität auf kommunaler Ebene. Die örtlichen politischen Kräfte können durch eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Nicaragua zu einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Nicaragua angehalten werden.

Es bleibt zu hoffen, daß das Nürnberger Beispiel in der gesamten BRD Schule macht, Nicaragua im fünften Jahr seiner Revolution hätte es verdient.

Informationen und Material zu Städtepartnerschaften BRD/Nicaragua:
Bundeskoordination: Lateinamerikakomitee Duisburg, c/o Yvonne Ajoub,
Flurstr. 1; 4100 Duisburg 1

Nürnberg: Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Nürnberg/San Carlos
c/o Kulturladen Nord, Wurzelbauerstr. 35, 8500 Nürnberg

Wende jetzt auch im Bereich der Jugendhilfe

FAMILIENMINISTERIUM VERHINDERT NICARAGUAREISE

Pressemittteilung des
Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder – VCP
Land Niedersachsen

Seit 1982 unterhält der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder Kontakte zu einem Stadtteilprojekt in Managua/Nicaragua. Aus Spenden finanzierten die Mitglieder des VCP Teile der Stadtteilschule. Durch diese Kontakte entstand das Vorhaben, konkrete Hilfe vor Ort zu leisten und mit 15 Mitarbeitern des Verbands in der Zeit vom 24. Juli bis zum 25. August nach Managua zu fahren.

Nach 10 Monaten intensiver Vorbereitung der Gruppe und der einzelnen Teilnehmer steht die Durchführung des Projektes in Frage. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sperrte die Mittel für diese Unternehmung, die über die aej (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in der Bundesrepublik und Westberlin) beim Bundesministerium zur Bezuschussung eingereicht war.

Am 5. Juli, gerade 20 Tage vor Fahrtbeginn, erhielt die Gruppe telefonisch die endgültige Auskunft, daß diese Maßnahme nicht bezuschußt wird. Begründung: Der Partner, die Sandinistische Jugend, entspreche nicht dem Pluralitätsgebot, die innere Sicherheit Nicaraguas verböte eine Rundreise und das Alter der Teilnehmer sei zu hoch.

Der Verband sieht darin eindeutig eine politische Entscheidung; bei der die Trendwende erneut greift und die lediglich formal bemäntelt wird. Bisher sind alle Maßnahmen der aej in Nicaragua bezuschußt worden. Durch die entstehende Finanzierungslücke ist das Projekt quasi zum Scheitern verurteilt.

Für den VCP ist diese Entscheidung nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenhang der gesamten Mittelamerikapolitik der konservativen Regierung zu sehen.

REZENSIONEN

Isabel Allende: Das Geisterhaus

SUHRKAMP-VERLAG, 1984, 445 S.

"... die Dinge der Vergangenheit dem Vergessen zu entreißen und mein eigenes Entsetzen zu überleben": Diese Worte, die am Anfang und am Ende des Buches stehen, könnten das Motto des ersten Romans von Isabel Allende sein. Die Erzählerin Alba schreibt die Geschichte ihrer Familie nach den "Lebensnotizheften" ihrer Großmutter Clara auf, um zu begreifen, um die Geschichte ihrer Familie und die Geschichte ihres Landes - Chile - zu begreifen.

Die Handlung umfaßt den Zeitraum zwischen der Jahrhundertwende und 1973, vier Generationen einer Familie, deren Schicksal von den sozialen Auseinandersetzungen ihrer Zeit geprägt ist, und die diese Auseinandersetzungen selbst mitbestimmen.

Im Mittelpunkt stehen die vier Frauen dieser Familie: In der ersten Generation kämpft Nivea, die Frau aus der Oberschicht, für die Gleichberechtigung der Frau und erntet dafür Spott von den Männern ihrer Klasse und Unverständnis von den Fabrikarbeiterinnen, denen sie im Pelzmantel von der Emanzipation der Frau erzählt.

Ihre mit magischen Kräften begabte Tochter Clara sieht die Zukunft ihrer Familie voraus, ohne sie jedoch durch ihr Eingreifen ändern zu können. Sie ist es, die die Familiengeschichte in ihren "Lebensnotizheften" festhält. Clara heiratet den rücksichtslosen und ehrgeizigen Esteban Trueba, der sein verwahrlostes Landgut zu einem Musterbetrieb gemacht hat und zu einem der Führer der Konservativen Partei wird. Esteban beherrscht über Jahrzehnte hinweg autoritär seine Familie - nur nicht seine Frau, die sich ihm entzieht und in ihrer Welt der Geister und Poeten lebt. Er liebt sie, ohne sie je verstehen zu können. Esteban Trueba ist rücksichtslos, machthungrig, ein Ausbeuter und Vergewaltiger. Aber er ist nicht die Karikatur eines Bilderbucholigarchen. Er ist hart und grausam und zerbricht am Ende letztlich an dem Haß, den er gesät und dem Terror, den er mit vorbereitet hat.

Seine Tochter Blanca, sein Sohn Jaime und die Enkelin Alba werden zu Opfern seines Hasses und seiner Politik: Blanca muß sich von ihrem Geliebten, dem Landarbeitersohn, Volkssänger und Rebellen Pedro Tercero trennen und einen ungeliebten Mann heiraten, um ihre illegitime Schwangerschaft zu vertuschen. Resigniert kann sie sich auch Jahre später nicht mehr für Pedro Tercero entscheiden, als ihr Mann gestorben und eine neue Zeit angebrochen ist, in der Pedro Tercero Minister in der sozialistischen Regierung wird.

Ihr Bruder Jaime, Arzt und Freund des sozialistischen Präsidenten, wird beim Sturm der putschenden Militärs auf die Moneda ermordet, bei dem Putsch, den sein Vater Esteban Trueba mitvorbereitet hat.

Die Tochter von Blanca und Pedro Tercero, Alba, wird ebenfalls Opfer des Terrors. Ohne selbst wirklich politisch engagiert zu sein, ist sie die Geliebte des linken Studentenführers Miguel und hilft nach dem Putsch den Opfern der Repression. Von der Geheimpolizei verschleppt, wird sie von Esteban García gefoltert und vergewaltigt. Dieser Offizier ist der illegitime Enkel ihres Großvaters, der Pancha García vergewaltigt hatte. Seinen Haß auf diese Familie, auf die er ein Anrecht zu haben glaubt, die ihn aber ignoriert und verachtet, läßt er an Alba aus.

Um nach diesem Schrecken weiterleben zu können, muß Alba versuchen zu begreifen, wie dies alles geschehen konnte. So schreibt sie die Geschichte ihrer Familie - für das Leben und gegen den Haß: "Und jetzt suche ich nach meinem Haß und kann

ihn nicht finden. Ich fühle, daß er in dem Maße erlischt, in welchem ich meinen Großvater verstehe und ... erfahre, wie alles gekommen ist. Es wird mir schwer fallen, alle zu rächen, die gerächt werden müssen, weil meine Rache ein weiterer Teil des einen, unerbittlichen Ritus sein würde. Ich will denken, daß mein Amt das Leben ist und meine Aufgabe nicht darin besteht, den Haß fortzusetzen ..!"

Indem Isabel Allende das Leben dieser Menschen beschreibt, die keine Abziehbilder aus platten Polit-Analysen sind, indem sie ein Leben beschreibt, in dem das Phantastische genauso seinen Platz hat wie die sehr reale Politik Esteban Truebas, schreibt sie gegen Haß und Verständnislosigkeit an. Es ist kein versöhnliches Buch; die Lektüre ist an vielen Stellen schmerzhaft. Es ist ein Buch gegen das Vergessen: Es beschwört die Vergangenheit herauf, viele Szenen, die wohl denjenigen noch im Gedächtnis sind, die sich damals schon für Chile interessiert haben: der Sturm auf die Moneda, das Begräbnis Nerudas. Es geht nicht um die Vergebung durch Vergessen, sondern darum, daß die Erinnerung notwendig ist, wenn wir etwas verändern wollen.

"Das Geisterhaus" steht in der Tradition der großen Familiensagas, ohne je in Sentimentalität und Nostalgie nach der guten, alten, heilen Zeit zu verfallen. In die Handlung sind die sozialen Gegensätze eingearbeitet, ohne daß das Buch zum platten Klassenkampffroman würde. Mit seinen plastischen Charakterisierungen der Personen und den farbigen Schilderungen der Orte, den oft ironischen Darstellungen der "gehobenen Gesellschaft" ist es ungemein spannend zu lesen. Dies ist tatsächlich eines von den Büchern, die man/frau nicht aus der Hand legen mag, bevor sie an der letzten Seite angelangt sind.

DIE KARIBIK — Zur Geschichte, Politik und Kultur einer Region

VON FRAUKE GEWECKE, VERLAG KLAUS DIETER VERVURT, FRANKFURT/M, 1984

Meine anfängliche Skepsis angesichts des umfassenden Titels einerseits und des dünnen Bandes von 165 Seiten andererseits war nach wenigen gelesenen Seiten verflogen. Frauke Gewecke, Professorin für Romanische Literatur, ist gelungen was nur selten gelingt: eine interessante, informative, umfassende, vielseitige, aktuelle Darstellung dieser äußerst heterogenen Region auf engstem Raum.

Im ersten Teil des Buches werden die wichtigsten historischen Ereignisse und Entwicklungen aufgezeigt, die zum Verständnis der aktuellen Situation notwendig sind: die Eroberung und Ausbeutung durch die europäischen Kolonialmächte; die Besiedlung mit schwarzen Sklaven aus Afrika und Kontraktarbeitern aus Indien, China und Indonesien; der Prozeß der Entkolonisierung, an dessen Anfang die Haitianische Revolution und Unabhängigkeitserklärung steht und der im Falle von Puerto Rico und angesichts der französischen Besitzungen Guadeloupe, Martinique und Französisch Guyana vermutlich noch lange andauern wird. (Aimé Césaire: "Die französischen Antillen haben für einen vollen Bauch ihre Seele verkauft."); die Überlagerung des Entkolonisierungsprozesses durch die Vereinnahmung des karibischen Raums als "Hinterhof" durch die USA; die Auflehnung gegen das "Hinterhofdasein" durch die Revolution in Kuba und Grenada und die Auswirkungen für die gesamte Region; die ständige Bedrohung und Anfeindung dieser beiden Unabhängigkeitsbestrebungen vor allem durch die USA und schließlich die erneute Einverleibung Grenadas durch die US Invasion.

Die länderkundlichen Einzeldarstellungen sind allerdings für einen Unkundigen etwas kurz geraten. Trotzdem gelang es der Autorin auch hier, die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen aufzuzeigen und sie im Kontext der allgegenwärtigen imperialen Politik der USA in der Region zu werten.

Nach der Lektüre dieses Buches dürfte der Leser um einiges schlauer sein z.B. in Bezug auf: welche Länder gehören zur Karibik, wie kam es zur "ersten Negerrepublik der Welt" und warum ist Haiti heute eines der ärmsten Länder der Welt, wie sind die neuesten Aufstände in der Dominikanischen Republik zu erklären, was steckt hinter der "Caribbean Basin Initiative", welche Rollen spielen die großen Karibik-Anrainerstaaten Mexico, Venezuela, Kolumbien, aber auch Länder wie Kanada oder die EG, was steckt hinter den Kürzeln CARICOM und OECS, die durch die Ereignisse in Grenada ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten sind. Das Buch enthält auch eine knappe Darstellung und eine Einschätzung dieser Ereignisse.

Der zweite Teil, der sich mit der Kultur der karibischen Länder befaßt und etwa 1/3 des Buches einnimmt gibt einen groben Überblick über die verschiedenen Sprachen und Literaturen, die wichtigsten Schriftsteller und ihre Werke und über die schwarzen kulturellen Bewegungen, die neben den Unabhängigkeitsbewegungen entstanden waren und der Aufwertung der afrikanischen Kultur dienten und bei der Bewußtseinsbildung der karibischen Völker von großer Bedeutung waren und sind. Was steckt hinter Begriffen wie Harlem Renaissance, Afrocubanismo, Négritude; wer waren die "maroons", wer sind die Rastas; wie entstanden Rumba, Mambo, Calypso und Reggae.

"Entkolonisierung heißt nicht nur Ablösung von kolonialer Fremdherrschaft; Entkolonisierung heißt auch in diesem Sinne Nutzbarmachung der eigenen Ressourcen für eine binnenorientierte, nicht fremdgesteuerte Entwicklung; und Entkolonisierung heißt schließlich auch Überwindung der kulturellen Abhängigkeit: Rückbesinnung auf das eigene ethnisch-kulturelle Erbe, "Bewältigung" des eurozentrierten kolonialen Erbes und Neuorientierung in Richtung auf die Definition einer nationalen bzw. "karibischen" Identität." (S.89)

Das Buch enthält eine gut ausgewählte Kurzbibliographie und gibt viele Anregungen zum Lesen von Romanen, die ja bekanntlich die Probleme oft besser erfahrbar machen als manche politische oder soziologische Analyse.

Eroberer und Eroberte

William Prescott: DIE EROBERUNG MEXIKOS
C.H.Beck-Verlag, 1984 (1. Auflage 1842), 390 Seiten

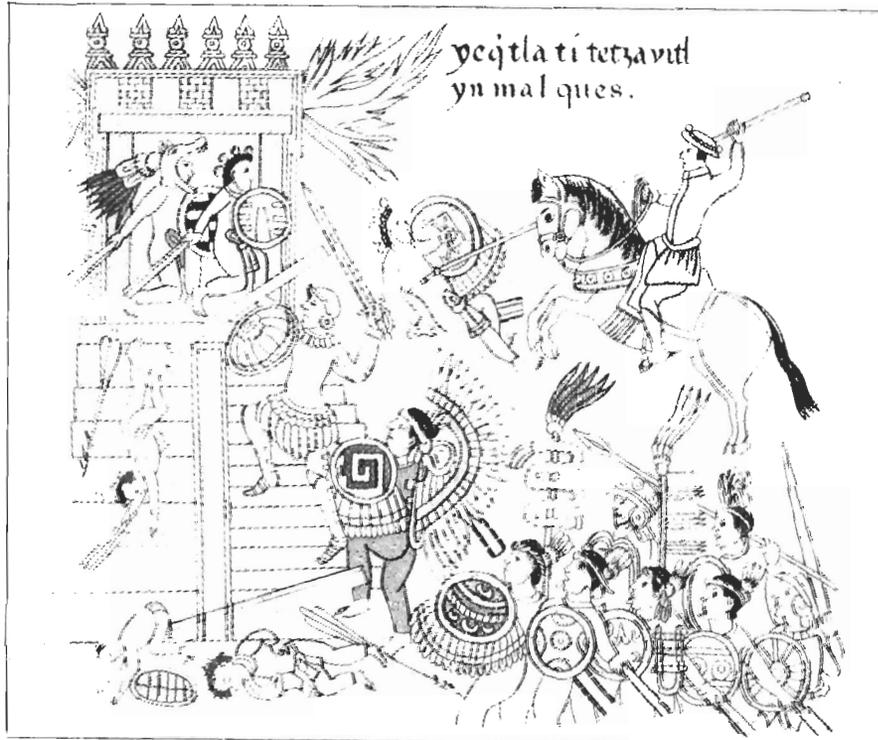
Daß die Bedeutung eines Buches mit dem darin behandelten Gegenstand zusammenhängt, leuchtet ein. Aber daß in den 140 Jahren seit Erscheinen eines historischen Werkes immer neue Auflagen gedruckt werden, ist auf mehr als auf bibliophile oder wissenschaftliche Neigungen zurückzuführen. William Prescott war sicher einer der fähigsten Historiker seiner Zeit, und das bedeutet für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts Verzicht auf Spekulationen über den Sinn von Geschichte, auf Geschichtsphilosophie. Gefragt waren in einem säkularen bürgerlichen Zeitalter nüchterne Fakten zu anschaulichen Beschreibungen aneinandergereiht.

Als Mitglied einer einflußreichen und wohlhabenden Bostoner Familie wußte Prescott seine Beziehungen zu nutzen und verschaffte sich u.a. über den US-Botschafter Abschriften zahlreicher bisher unbekannter Dokumente aus spanischen Staatsarchiven. Neben vielen anderen stand ihm auch die Bibliothek der Nachfahren von Cortez zur Verfügung. Da Prescott nahezu blind war, mußte er Tausende Seiten von Kopien in die USA bringen und sich vorlesen lassen, die Fakten seinem hart trainierten Gedächtnis einverleiben und schließlich sein Monumentalwerk einem Sekretär diktieren. Das Ergebnis machte ihn auf einen Schlag weltberühmt. Sein flüssiger, geradliniger Stil, der auch in der Übersetzung nichts an Spannung verliert, macht das Buch im Vergleich zu den neueren von Anmerkungen und theoretischen Abhandlungen zerrissenen Darstellungen zu einem Reißer. Dadurch und durch die Wahl seines Themas kam er dem romantischen, auf Vergangenheit und Abenteuer in fernen Ländern gerichteten Geschmack einer Leserschaft der historischen Romane von Alexandre Dumas oder R.L. Stevenson entgegen. Dabei wirkte er zumindest für die Geschichtsschreibung Amerikas bahnbrechend und genügt, was dokumentarische Belege und Quellenkritik betrifft, wissenschaftlichen Ansprüchen. Selbst heute bedarf seine Darstellung der Ereignisgeschichte und der spanischen Seite der Eroberung nur weniger Korrekturen. Archäologie und Altmexikanistik haben inzwischen zahlreiches neues Quellenmaterial erschlossen, und die historische Fragestellung hat sich geändert (z.B. in Richtung Sozialgeschichte). In Prescotts Werk konnten damals jedoch Europäer sich des Beginns eines glanzvollen Unternehmens rühmen, das sie Ende des 19. Jahrhunderts zum Abschluß brachten - der kolonialen Unterwerfung der Welt.

Man spürt in der "Eroberung Mexikos" die Unruhe eines liberalen US-Amerikaners, dessen Familie für die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten gekämpft hatte, und der die declaration of human rights im Kopf hatte. Für Prescott sind auch Indianer Menschen, was weder für die Spanier des 16. noch für die US-Bürger des 19. Jahrhunderts selbstverständlich war. Wie aber sollte die Grausamkeit der Conquista bewertet werden? Die Maßstäbe des Autors orientieren sich an mittelalterlicher Ritterlichkeit, diplomatischer Korrektheit des 18. Jahrhunderts und dem bürgerlichen Verständnis von Menschenrechten. So beschreibt er minutiös Heldentaten und ehrenhafte Zweikämpfe während der Schlachten in Tenochtitlan, beklagt und bewundert das machiavellistische Doppelspiel Cortez' mit Azteken und deren Vasallen, ist empört über das Gemetzel an den unschuldigen Zivilisten Cholulas. Und doch reduziert sich seine Stellungnahme letztlich auf die Frage: Akzeptiert man ein Recht auf Eroberung? Prescott weigert sich, darauf eine Antwort zu geben, es sei nicht Sache des Historikers, kommt aber immer wieder auf die Frage zurück und diskutiert manchmal nach juristischen Gesichtspunkten die einzelnen Handlungen von Cortez. Historische Tragödien, letztlich bestimmt durch die Vorsehung, sind ihm das Massensterben der Indianer durch die Pocken, die

Vernichtung der Dörfer, ganzer Landstriche, um Tenochtitlan von der Versorgungsbasis abzuschneiden, die Einäscherung der Hauptstadt selbst, die größer als jede Stadt Europas war. Als Verbrechen betrachtet er die Hinrichtung von Cuauemoc, des letzten Aztekenherrschers, und sammelt Beweise für seine Unschuld. Die Gefangennahme Montezumas in seinem eigenen Palast verletzt Prescott geradezu. Gleichzeitig bewundert er die militärischen und politischen Talente, die Standhaftigkeit des Conquistadors, die Ausdauer und Verwegenheit seiner Leute und ihre Religiosität, kritisiert aber die "Übergriffe" der Spanier über die "üblichen" Eroberungsmethoden hinaus. Denn das Recht auf Eroberung vollständig in Frage zu stellen, hätte ja die Existenz der USA für den Historiker ebenfalls in Frage stellen müssen. Was Prescott mit seinem Helden Cortez wieder versöhnt, sind dessen Fehlschläge und die Tränen über die Zerstörung von Tenochtitlan. (Das hat Prescott aus einem Brief von Cortez, und wir können es glauben. Cortez war ja nach Ansicht seines Vorgesetzten, des Gouverneurs von Kuba, ein Rebell. Die Entscheidung über seine Unternehmung, seinen Besitz, seine Stellung, ja sein Leben hing 1521 noch in der Luft und war nur günstig zu beeinflussen, wenn Cortez seinem König ein wohlgeordnetes Reich, eine glänzende Hauptstadt und einen unermesslichen Staatsschatz übergab, wie er es versprochen hatte. Und nun grassierten im Reich die Pocken, Tenochtitlan lag in Schutt und Asche, und der Schatz versank unauffindbar im Schlamm des Sees von Texcoco. Cortez hatte allen Grund zum Heulen.)

Prescott hat mit der "Eroberung Mexikos" die Geschichte der Eroberer geschrieben. Aufgrund der Vernichtung der meisten Zeugnisse der unterworfenen Völker Mexikos ist es bis heute extrem schwierig, eine authentische Geschichte der Unterdrückten zu schreiben. Daran hat sich als erster Bernardino de Sahagún (1499 - 1540) versucht in seinem Werk "Historia general de las cosas de Nueva España" das auf den Aussagen und Erzählungen von Indianern beruht.



Wer sich einen Überblick über die Geschichte der Eroberung aus der Sicht der Unterworfenen verschaffen will, der kann sich an einem gut recherchierten historischen Roman versuchen:

Gary Jennings, DER AZTEKE
Fischer-Verlag, 1983, 850 S.

Zur Handlung: Kaiser Karl V. interessiert sich einige Jahre nach der Eroberung für die Geschichte, Geographie usw. Neuspaniens und beauftragt seine Kleriker, einen gebildeten Azteken zu finden, der darüber Auskunft geben könnte. Dieser wird gefunden, und eine kirchliche Kommission beginnt die Lebenserinnerungen Mixtlis aufzuzeichnen, stellt Fragen, ist an den passenden Stellen entsetzt und empfiehlt ihrem Herrn, nicht auf das heidnische Geschwätz zu hören und das Unternehmen abzubrechen. Der Hof ist ob der angenehmen Unterhaltung höchst interessiert, und so werden elf lange Berichte nach Spanien geschickt, der Azteke jedoch zum Schluß als Ketzler verbrannt.

Der Schwerpunkt des Inhalts liegt auf der Zeit vor der Conquista. Und jetzt stellt sich die Frage, wie man den Inhalt eines aztekischen Universallexikons in einer Autobiographie unterbringt. Also durchläuft Mixtli eine beispiellose Karriere vom Handwerkssohn zum Schreiber, Soldat, Ritter, Fernhändler, Diplomat, Gelehrten und persönlichen Berater zweier Aztekenherrscher sowie Führer und Dolmetscher von Cortez bis zu seinem Ende als Souveränverkäufer. Mixtli macht Geschichte, bewirkt die Annektierung wichtiger Provinzen, nimmt den ersten offiziellen Kontakt mit den Weißen auf, tötet Montezuma, sucht und findet die Herkunft der Azteken, wird schließlich von Göttern beauftragt, Zeugnis von der vergangenen Größe Mexikos abzulegen. Das Ganze nach den bewährten Mustern von Familiensaga, Entwicklungsroman, sex and crime. Plastische Beschreibungen der Architektur, der einmaligen Gartenanlagen, der Städte, des Kunsthandwerks, von Sitten, Kulthandlungen aller Art, von Ländern, Tieren, Textilien, Kriegen, Ackerbau usw. werden geliefert.

Es ist müßig, an dieser Stelle Detailfehler nachzuweisen oder Kritik an Jennings Interpretation der Herkunft der Azteken zu üben. Bei Mixtlis Begegnungen mit mexikanischen Stämmen, die außerhalb der Hochkultur standen, spürt man direkt die dazu studierten modernen Stammesmonographien. Jennings Einschätzung der Maya um 1500 orientiert sich an den Hochkulturen des klassischen Altertums, die aber den Azteken bekanntlich nicht bekannt waren. Das ist ein logischer Fehler und im Ergebnis ungerecht. Abgesehen von solchen nebensächlichen Mängeln scheinen doch zwei große Probleme durch: Jennings Azteke ist kritisch, vernünftig, skeptisch, immer mal wieder gerne Atheist. Er haßt die Priester, belächelt und fürchtet manchmal die öffentlichen Kulte, von Kalenderweisheiten hält er überhaupt nichts - mit einem Wort, Mixtli ist ein ethnologisch geschulter Feldforscher des 20. Jahrhunderts, ausgeschildet um noch schnell aussterbende Kulturen aufzuzeichnen. Der Erzähler Mixtli ist dabei ein glänzender Unterhalter. Er versteht es, Spannung auf Abenteuer, Entsetzen, Abscheu, Bewunderung und Mitgefühl des Lesers mit der genau richtigen Dosierung an den Mann und die Frau des 20. Jahrhunderts zu bringen und dabei auch noch historische und kulturelle Interessen reichlich zu befriedigen.

Mixtli heißt Wolke. Man kann sich ins Gras legen, den Wolken zusehen, träumen, in Gedanken damit spielen, nur greifen kann man sie nicht. Wer als Junge oder Mädchen Winnetou, Tecumseh und den Pfadfinder verschlang, wird sich am "Azteken" und der "Eroberung Mexikos" sicher nicht den Magen verderben. So können Interessierte diese Bücher durchaus als spannenden Einstieg in das Thema benutzen, um später herauszufinden, was hinter den Wolken liegt.

Von Dollars und Kanonen

Jochen Hippler (Hrsg.)

"Amerika muß die Führung übernehmen ..."
USA, Militärpolitik und Dritte Welt
Trikont (Duisburg) Dezember 1983

Die Zeitschrift CounterSpy hat es sich zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen Ebenen US-amerikanischer Hegemonialpolitik zu analysieren. Dazu gehört die "Arbeit" der Geheimdienste, die Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik und andere Methoden der Intervention und Durchsetzung US-amerikanischer Interessen. Im vorliegenden Buch wurden Aufsätze aus dieser Zeitschrift zusammengestellt, die vor allem die Militärstrategie und die Politik der USA gegenüber der "Dritten Welt" beobachten. Dabei wird der Politik der ideologischen Beeinflussung und der wirtschaftlichen Kontrolle besondere Aufmerksamkeit geschenkt. An zwei Regionen, die für die USA besonderen Stellenwert haben (Mittelamerika/Karibik und Persischer Golf), werden die verschiedenen Instrumente dieser Politik exemplarisch dargestellt.

Diese journalistischen Beiträge tragen häufig den Januskopf US-amerikanischer Pressearbeit: Sie stützen sich in der Regel auf schwer zugängliche oder vertrauliche Papiere US-amerikanischer oder internationaler Institutionen und sind vor allem dadurch ein Beispiel für erfolgreiche Recherche in den der Öffentlichkeit meist verborgenen Grauzonen. Zum anderen bekommt die Darstellung dadurch häufig einen "Entlarvungscharakter", und Verschwörungstheorien wird Vorschub geleistet. Wichtig und notwendig ist daher der einleitende Beitrag des Herausgebers, der dem journalistischen Faktensammeln mit der Analyse der Interessen, die der US-Politik zugrundeliegen, und der daraus folgenden Schwerpunkte einen interpretatorischen Rahmen beigt. Besonders interessant ist hier die Verknüpfung von Militärpolitik und "Dritte-Welt"-Politik, die die - z.B. in der Friedensbewegung - doch oft recht vagen Vorstellungen, daß alles irgendwie zusammenhängt, konkretisieren helfen kann.

Leider äußert sich die Trennung der Analyse-Ebenen manchmal auch in der Interpretation; so z.B., wenn Weltbank und IWF in der Einleitung als sowohl kapitalistische Koordinationsstelle als auch Instrumente der USA gekennzeichnet werden (S. 26), bei der Darstellung eines Länderfalles aber nur der instrumentelle Charakter übrigbleibt (S. 182).

Die manchmal etwas unsaubere Arbeit und mangelnde Differenzierung macht sich auch an anderen Stellen unangenehm bemerkbar. Die bewaffnete Opposition in Afghanistan wird zum Beispiel als "Banden" bezeichnet (S. 233); die Tatsache, daß die Rebellen von der CIA unterstützt werden, reicht aber kaum für ihre Charakterisierung aus.

Auch wenn also einige Schwächen festzustellen sind, die v.a. dem journalistischen Charakter der Aufsätze geschuldet sind, bietet das Buch eine Reihe interessanter Informationen (z.B. über die Beziehungen zwischen dem IWF und einem "vergessenen" Land: Vietnam) und - in der Einleitung - eine gute Einordnung der Politik des Zentrums westlicher Freiheit und Demokratie.

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 77, Juni 1984

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Kirche in Lateinamerika - Schluß mit den heiligen Experimenten in Lateinamerika?
- Kirchenkonflikte in Nicaragua - Kreuzzug der Moon-Sekte in Honduras
Berichte und Hintergründe: Auch in Mexiko droht Flüchtlingen die Verlagerung / Droht in Honduras ein Flüchtlingsdrama? / Duartes Dilemma - El Salvador nach den Wahlen / Nicht die Gesetze sind das Problem - Wahlkampf in Guatemala / Der Löwe aus Guayaquil: Rückblick auf die Wahlen in Ecuador / Operation Schildkröte - Arbeitskämpfe der brasilianischen Metaller / Guerillabekämpfung im peruanischen Andenhochland
Länderberichte zu Chile, El Salvador, Nicaragua
Solidaritätsbewegung: Arbeitsbrigaden in Nicaragua / Miskitoproblematik in Nicaragua: "Ein Völkerkrieg hätte nicht verborgen bleiben können" / Furchtbare Haftbedingungen für uruguayische Staatsgeiseln / 8. BUKO: Entscheidender Schritt nach vorn?

blätter des iz3w Nr. 118, Juni 1984

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Eritrea: Die Befreiung von Nord-Sahel durch die EPLF / Mauretanien: Zur Lage der Sklaven / Guinea: Sekou Touré ist tot
Mittelamerika - der Krieg läßt keine Wahl: El Salvador - Jubelsolidarität gegen US-Intervention
Nicaragua - Wahlen mitten im Krieg / Der wirtschaftliche Krieg der USA gegen Nicaragua / Miskitos: Miskito-Indianer zwischen den Fronten / Nicaragua-Solidarität: Briefe aus Miwili 1980 - 1983 / Erklärung der Entwicklungshelfer des DED / Rio San Juan / Als Arbeitsbrigadistin in El Pochote / Honduras: Eine Landreform aus Papier / Flüchtlinge aus El Salvador / "Wir haben keine Wahl" / Guatemala: Horror ohne Ende?
Boykottaufruf: Kein Urlaub in der Türkei / Rezensionen

Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr. 2 / 84

Postfach 2846, 2 000 Hamburg 20

"Wer hilft wem? Bundesdeutsche Entwicklungshilfe": Bundesdeutsche Entwicklungspolitik nach der Wende von '82 / Die neue Medienpolitik des BMZ / Berichte und Analysen über folgende Institutionen: GTZ, KfW, DEG, DED, Seidel-Stiftung, Brot für die Welt, Terre des Hommes / Überblick über die wichtigsten staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen / Interview mit Gaby Gottwald / Dritte-Welt-Läden / BUKO-Aktivitäten

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Juni/Juli 1984

Ruhrstraße 14, 4040 Neuss 21

Buko-Streiflichter / Vorstellung: Aktionszentrum 3. Welt, Osnabrück / BMZ-Geld für BUKO? / Amnestie für Rheinmetall: Unterschriftenaktion / Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes / Rüstungsexportinfo / BUKO - Agrarkoordination / Pharma-Brief / Bevölkerungspolitik, Geburtenkontrolle in der 3. Welt, Familienplanung in der BRD / Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport"

epd - entwicklungspolitik Nr. 10/11 1984

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Bericht/Analyse: Startbahn nein - für Nicaragua / Tropische Wälder ' Geschäft über die Grenzen / Dokumentation: Keine Chance mehr für die Wälder der Dritten Welt? / Mittelamerika: Vernichtung des Regenwaldes / The systematic demolition of the tropical rain forest in the Amazon

Eingegangene Bücher

- Isabel Allende: Das Geisterhaus. (Roman), 445 S., Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 1984
- Vinicius de Moraes: Saravã - Gedichte und Lieder. 125 S., Verlag K.D. Vervuert, Frankfurt, 1982
- Rosario Castellanos: Die neun Wächter. (Roman), 285 S., Suhrkamp-Verlag, Frankfurt, 1983
- Frauke Gewecke: Die Karibik - Zur Geschichte, Politik und Kultur einer Region. 165 S., Verlag K.D. Vervuert, Frankfurt, 1984
- M.T. Klare/C. Arnson: Supplying Repression - US-Support for Authoritarian Regimes Abroad. Institute for Policy Studies, 1981, Washington, 170 S.
- PACCA -Policy Alternatives for the Caribbean and Central America: Changing Course - Blueprint for Peace in Central America and the Caribbean. 120 S., Institute for Policy Studies, Washington, 1984
- M.T. Klare: Beyond the "Vietnam Syndrome" - US-Interventionism in the 1980s. 140 S., Institute for Policy Studies, Washington, 1982
- C. Arnson: El Salvador - A Revolution Confronts the United States. 120 S., Institute for Policy Studies, Washington 1982
- Jean Pierre Bertrand et al.: Soja. 130 S., Unionsverlag, Zürich, 1984
- Christliche Initiative El Salvador: Nicaragua - El Salvador. Zwei Entwicklungsmodelle im Vergleich. Entwicklungspolitik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua und El Salvador. 75 S. Zu beziehen über: CIES, Kardinal von Galen-Ring 45 44 Münster. 1984

blätter des **iz3w**
Informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:



Mittelamerika: Der Krieg läßt keine Wahl

Nr. 118 · Juni 1984

El Salvador: Jubelsolidarität gegen US-Intervention · Nicaragua: Wahlen mitten im Krieg; Der wirtschaftliche Krieg der USA; Briefe aus Wiwilli; Erklärung der Entwicklungshelfer der DED; Rio San Juan; Als Arbeitsbrigadistin in El Pochote · **Miskito-Indianer** zwischen den Fronten · Honduras: Eine Landreform aus Papier; Flüchtlinge aus El Salvador · Guatemala · **Boycott:** Kein Urlaub in der Türkei

Nachrichten und Berichte zu:
Eritrea, Mauretanien, Guinea

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

**pro familia
magazin**

Sexualpädagogik und Familienplanung

Erscheint alle 2 Monate

Die einzige deutsch- sprachige Zeitschrift auf ihrem Gebiet.

Mit einem weit-
gefächertem
Themanangebot zu
allen Fragen der
Sexualität im
Gesundheitswesen,
der Pädagogik
und der Politik.

Ankreuzen und einsenden an:
Gerd J. Holtzmeier Verlag
Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

Bitte, schicken Sie mir das
„Kennenlernpäckchen“ der Zeitschrift
„Sexualpädagogik und Familienplanung“
(4 Ausgaben ab 1981 je nach Lagerbestand)
zum Preis von DM 10,- (Schein/Scheck beigefügt).

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____



**Ökologischer
Pressedienst**

ECOPRESS ist ein monatlich erscheinender Pressedienst, der auf Ökologie und die damit verbundenen wirtschaftlichen und soziale Entwicklung Lateinamerikas spezialisiert ist.

ECOPRESS hat Korrespondenten und Beziehungen zu Institutionen in allen Ländern Lateinamerikas.

ECOPRESS soll Informationsquelle für die europäischen Länder sein. Seine Inhalte entsprechen der Forderung der "Dritten Welt" nach neuen Informationsstrukturen, d. h. es arbeitet im Rahmen der Empfehlungen, die während der Diskussionen über eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung ausgearbeitet wurden.

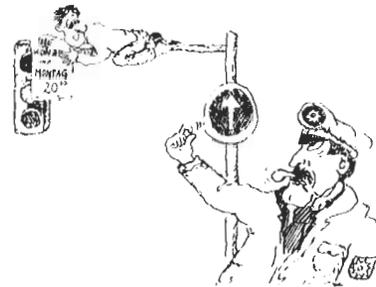
**An ECOPRESS, c/o Reinert, Postfach 11 03 09,
1000 Berlin 11**

Hiermit abonniere ich ECOPRESS zum Bezugspreis von DM 72,- jährlich. Ich möchte zunächst ECOPRESS kennenlernen und bitte um ein Probeexemplar.

Name _____ Beruf _____
Straße _____
Ort _____ Land _____

**Überweisung auf Postgiro-Konto-Nr. 464534-104
Postgiroamt Berlin West, BLZ: 100 100 10**

"ES WIRD SCHON
SCHIEF GEHEN"



Praktische Ratschläge zur
Organisation von Veranstaltungen

Die vom Chile-Komitee München e.V. herausgegebene Broschüre enthält

- Planung einer Veranstaltung
- Veranstaltungstypen
- Finanzierung
- Verträge
- Technische Anlagen
- Auswahl des Saals
- Werbung
- GEMA

und ein originelles Vorwort, in dem man nachlesen kann, wie man's nicht machen sollte.

Die Broschüre kostet DM 3,-.

Bestellungen an:

LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61

Studien zu Zentralamerika

Istmo

Themen der ISTMO sind:

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Istmo 6/7 DNr. Juli '84 enthält:
Noam Chomsky: Interview zur Zentralamerikapolitik der Reagan-Administration
Heinz Dieterich: Das Netzwerk des Staatsterrorismus in Lateinamerika, Teil II
Manfred Kron: Conladora - Lösung, Befriedung, Fehlschlag?
 ... und weitere Texte
 erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei:
 ssz, Coardestr. 42, D-4400 Münster
 ca. 100 S. 8. - DM ISSN 0724-0716

Autoren in der ISTMO waren u.a.
 Elmar Altwater, Heinz Dieterich,
 Eduardo Galeano, Gaby Gottwald,
 Manfred Kron, Ernesto Richter,
 Alexander Schubert, Erich Sulldorf.



Noticiero Latinoamericano

Cada semana toda la información Latinoamericana




NOTICIERO LATINOAMERICANO es un periódico semanal de circulación europea. Un completo panorama de la actualidad noticiosa tanto proveniente del continente como originada en Europa. Suscríbese o adquiera en las principales librerías y kioscos especializados.-

PRECIO: DM 1,50.-

Redacción, publicidad y abonos: Gonzalo Ramírez, Kath.-Eberhard-Str.6, 8013 HAAR-Tel:(089)4603906; y Héctor Barrientos, Ludwigkirchstr.9-A, BERLIN 15 Tel:(030)8819262